

Volksrecht

für Schlessien

Mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“.

Bezugspreis: Die „Volksrecht“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expeditoren: Hauptstraße 44, durch die Buchhandlungen der „Volksrecht“, Neue Grapenstraße Nr. 5 und Neue Fährstraße 11, durch die Buchhandlungen: Altkönigsplatz 1, Reichel, Wladimirstr. 140, sowie durch alle Buchhändler zu beziehen. Bezugspreis im Voraus für ein Vierteljährlich 0,42 RMk. + 8 Pf. Trägerlohn + 0,50 RMk. monatlich 1,75 RMk. + 25 Pf. Trägerlohn + 2,10 RMk. Durch die Volkstischl. Anstellungsverhältnisse 2,40 RMk.

Organ für die werftätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle **Dreslau 2**
Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141
Postfach-Konto: Postfach-Ring Dreslau Nr. 5852.
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, Fil. Dreslau

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlessien. 10 Pf. ansonsten 12 Pf. Anzeigen außer Zeit- und Stellenangeboten 10 Pf. Familienanzeigen, Stellenanzeigen, Verlobungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das letzte Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expeditoren-Geschäftsstelle 215 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Belgiens Wiederwahl abgelehnt

Die Ratswahlen in Genf.

Genf, 15. September. (Eigenbericht.)

Belgien ist durchgefallen! Das ist das sensationelle Ergebnis der halbständigen Vormittagsitzung, die sich ausschließlich mit der belgischen Wiederwählbarkeit befaßte. Die Abstimmung ergab folgendes Resultat:

Angen. Stimmen (sämtl. gültig, d. h. keine unbeschriebenen) 48
mit Ja (für die Wiederwählbarkeit) 29
mit Nein (gegen die Wiederwählbarkeit) 19
die notwendige Zweidrittelmehrheit betrug 32. Es fehlten also Belgien drei Stimmen, um das Recht zu erhalten, heute nachmittag für die eigentliche Wahl zu kandidieren.

Die Verkündung des Resultats rief im ganzen Saal ungeheure Bewegung hervor.

Wanderwilde meldete sich sogleich zum Wort und richtete an die Versammlung unter lautloser Stille eine kurze Ansprache: „Eine Anzahl von Ländern hatte geglaubt, daß es möglich sein könnte, namentlich in bezug auf die Durchführung der Verträge von Locarno, daß Belgien auf weitere drei Jahre im Rat des Völkerbundes verbleibe. Die Mehrheit dieser Versammlung hatte diese Ansicht zum Ausdruck gebracht, aber die erforderliche qualifizierte Mehrheit ist nicht erreicht worden. Unter diesen Umständen habe ich zweierlei zu erklären:

Erstens, daß die belgische Delegation tief davon überzeugt ist, daß die abgegebenen Nein-Stimmen durchaus anständigen prinzipiellen Gründen entspringen sind, die nichts mit dem Gefühl der Verleumdung gegenüber Belgien zu tun haben.“ (Stürmischer Beifall auf allen Bänken, mit Ausnahme der italienischen Delegation.)

Zweitens, und das brauchte eigentlich kaum gesagt zu werden, daß die eben erfolgte Abstimmung Belgien nicht daran hindern wird, auch künftig seine aktive, treueste und mächtigste Mitwirkung dem großen Friedenswerk des Völkerbundes zu leisten.“ (Diesmal steigerte sich der Beifall zu wahren Ovationen, an denen sich nur die italienische Delegation nicht beteiligte.)

Diese Erklärung des Genossen Wanderwilde war in ihrer lapidaren Kürze ebenso geschickt wie eindrucksvoll. Was die erste Behauptung betrifft, so traf sie in der Tat den Nagel auf den Kopf. Es hatte sich in den letzten Stunden

eine Koalition der Kleinen Mächte gebildet.

die gegen eine abermalige Durchbrechung des Turnusprinzips (im vorigen Jahre schon zugunsten Polens) rebellierte und denen die Befürwortung der belgischen Wiederwählbarkeit durch die große Dreifaltigkeit Frankreich-Deutschland-England ein Grund mehr zur Opposition war. Daneben gab es auch einige faschistische und halbfaschistische Delegationen, die den Sozialisten aus dem Rat verdrängen wollten. Aber unter den grundsätzlichen Gegnern gab es auch andererseits gewisse nordische Delegationen, in denen Sozialdemokraten saßen, denen jedoch das Prinzip höher ging als die Person. Es wäre an sich nur zu begrüßen, daß die Kleinen zum erstenmal seit langem Mut zur Unabhängigkeit gefunden haben. Aber in diesem Falle haben sie diesen Drang allzusehr in die falsche Richtung gelenkt, nämlich gegen einen ihrer treuesten Fürsprecher im Rat. Es ist bedauerlich, daß diese kleinen Mächte erst gefunden haben, als es um die Futur der Welt ging. Unter den 19 Kleinländern befanden sich natürlich auch andere Bewerber um die freierwerbenden Ratsplätze, die ihre eigenen Chancen vergrößern wollten.

Als Kuriosum, das für die Versammlung etwas beschämend sei festgestellt, daß nicht weniger als 38 Staaten der belgischen Delegation vor der Wahl ausdrücklich verweigert hatten, sie würden für die Wiederwählbarkeit stimmen! Von der deutschen Delegation kann jedenfalls mit absoluter Gewißheit gesagt werden, daß sie ihr Versprechen gehalten hat.

Die neuen Ratsmitglieder.

Cuba, Finnland, Kanada.

Genf, 15. September. (Eigener Bericht.) Bei der in der heutigen Nachmittagsitzung des Völkerbundes durchgeführten Wahl der drei neuen nichtständigen Ratsmitglieder wurden an Stelle der ausscheidenden Staaten Belgien, Liechtenstein und San Salvador Cuba, Finnland und Kanada gewählt. Cuba erhielt 43 Stimmen, Finnland 33 und Kanada 26 Stimmen. Diese Staaten wurden für drei Jahre in den Rat gewählt. Als Stimmzähler fungierten Stresemann und Chamberlain. Die Abstimmung war geheim. Von den unterlegenen Staaten erhielt Portugal 16 und Griechenland 23 Stimmen.

Die Aufnahme der Entscheidung in Belgien.

Dreslau, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Der „Peuple“ kommentiert bereits am Donnerstagabend den Ausgang der Abstimmung bei der Ratswahl in Genf.

Er schreibt: Es wäre eitel, die Enttäuschung verheimlichen zu wollen, die diese unangenehme Entscheidung in Belgien herzurufen wird. Die Ausgestaltung Belgiens vom Völkerbundsrat ist in der Tat aus zahlreichen Gründen sowohl vom rein belgischen wie vom internationalen Standpunkt aus bedauerlich. In seiner Eigenschaft als früherer alliierter Staat, der an der Befreiung des Rheinlandes teilnimmt, hat Belgien weitgehend während der Dauer dieser Befreiung besondere Interessen wahrzunehmen und besonders Anrecht auf eine Vertretung im Rate. Es wird noch lange dauern, bevor ein anderes kleiner

Staat das gleiche moralische Gewicht im Völkerbundsrat haben wird wie Belgien, das ein unschuldig Opfer des Krieges und einer der Hauptinteressenten an der Durchführung des Friedensvertrages ist. Andererseits erkennen alle Länder einstimmig die großen Verdienste an, die die belgischen Delegierten am Rate der Sache des Friedens erwiesen haben, namentlich in den letzten Jahren, wo Belgien das Glück hatte, von einem Manne so großen Kalibers, wie Wanderwilde, vertreten zu sein.“

Wanderwilde, fährt der „Peuple“ fort, verläßt den Rat zu gleicher Zeit wie Benesch. Der Rat verliert also mit einem Schlage zwei hervorragende Diener des Friedens. Es steht zu befürchten, daß der Geist, der im Rate herrschen wird, davon nicht ganz unberührt bleiben wird. Die entschieden friedliebenden und demokratischen Einflüsse im Rate bedürften insbesondere im gegenwärtigen Augenblick einer Verstärkung und nicht einer Schwächung. Der „Peuple“ fügt hinzu, daß insbesondere auch Frankreich mit einem Schlage zwei seiner zuverlässigsten Freunde im Rate verliert, und zwar Freunde, die diese Freundschaft zu Frankreich glücklicherweise mit einem wahrhaft europäischen und friedliebenden Geist zu vereinen verstanden haben.“

„Le Soir“ schreibt: „Diese Niederlage wird in Belgien schmerzhaft empfunden werden. Es ist ein Zeichen der Zeit, daß die Anwesenheit Belgiens im Rate gerade jetzt als überflüssig empfunden wird, wo Deutschland in den Rat eingezogen ist.“

Wanderwilde verläßt Genf am Sonnabend und wird am Sonntag früh in Brüssel eintreffen.

Die Westplatte bleibt vorläufig befestigt.

Nach der Vollziehung alles nach dem Völkerbundssekretariat am anderen Ende von Genf, wo eine wichtige Sitzung des Rates stattfand, um die vier noch schwebenden Danziger Fragen zu erledigen. Die wichtigste betraf den Antrag Danzigs auf Aufhebung der Entscheidung des Völkerbundesrates bezüglich des Rechtes Polens auf ein Munitionsdepot auf der Westplatte. Das vom Rat am 1. September eingeleitete Juristenkomitee, an dem die Rechtsberater von zehn ratsvertretenden Nationen teilnahmen, hat nach vier langen Sitzungen ein sehr ausführliches Rechtsgutachten von großer völkerrechtlicher Bedeutung gefaßt.

Dieses Gutachten verneint die Möglichkeit, eine frühere Entscheidung des Rates zu revidieren, falls neue Tatsachen einträten; in diesem speziellen Falle stellt es sich aber auf den Standpunkt, daß die frühere Entscheidung über die Westplatte eine schiedsrichterliche Entscheidung darstellt, die im Einverständnis zwischen den beiden Parteien aufgehoben werden kann, besonders wenn neue Tatsachen vorliegen (deren Vorhandensein es übrigens einstweilen verneint). Es bleibe immerhin Danzig die Möglichkeit übrig, diesen Punkt in einem neuen Verfahren aufzuwerfen, allerdings erscheinen die Aussichten Danzigs vorläufig nicht gerade günstig.

Die Frage des Abzugs der Eisenbahner wurde auf einen späteren Termin vertagt, ebenso die Frage der Exterritorialität der Westplatte. Nur der eine Punkt, der eine Änderung in der Verwendung eines Teiles der Danziger Anleihe betrifft, wurde im Sinne des Gutachtens des Finanzkomitees entsprechend den Wünschen Danzigs erledigt.

Der Schiedsgerichtsplan Frithjof Nansens.

Der Entwurf für eine internationale Konvention für die obligatorische schiedsgerichtliche Regelung von Streitigkeiten, den der erste Delegierte Norwegens, Frithjof Nansen, in der Nachmittagsitzung der Abrüstungskommission des Völkerbundes als Antrag einbrachte, sieht folgende Bestimmungen vor:

1. Die Signatarstaaten verpflichten sich, alle zwischen ihnen bestehenden Streitigkeiten für den Fall, daß eine Einigung auf dem Wege der üblichen diplomatischen Mittel oder auf dem Wege gerichtlicher Entscheidung innerhalb eines normalen Zeitraumes nicht erzielt werden kann, sich folgender schiedsgerichtlichen Regelung zu unterwerfen.

2. Bei allen juristischen Streitigkeiten einschließlich derjenigen, die sich auf die gegenseitige Rechtslage der beiden Streitenden Staaten beziehen, sowie insbesondere den in Artikel 36, Absatz 2, des Statuts des Haager internationalen Schiedsgerichtshofes angeführten Fragen erkennen die Signatarstaaten die Zuständigkeit des Haager Schiedsgerichtshofes als obligatorisch an und zwar ipso facto und ohne besondere Vereinbarung. In denjenigen Fragen, wo es zweifelhaft ist, ob es sich um Differenzen über die gegenseitige Rechtslage handelt, oder bei der Kategorie derjenigen Fragen, die in Artikel 36, Absatz 2 des Statuts des Haager Schiedsgerichtshofes erwähnt sind, soll dieser Schiedsgerichtshof selbst entscheiden.

3. In allen denjenigen Streitigkeiten, die nicht unter die obengenannte Regelung fallen, und in denjenigen, wo eine Vereinbarung durch eine Intervention des Völkerbundsrats auf Grund von Artikel 15 des Statuts nicht erzielt werden kann, kommen die Signatarstaaten überein, sich folgenden Verfahren zu unterwerfen:

a) Die Streitfrage wird einem Komitee von Schiedsrichtern unterworfen, das auf Grund gegenseitiger Vereinbarung zwischen den beiden Parteien gebildet wird.
b) Falls die beiden Streitenden Parteien nicht zu einer Vereinbarung über die Zahl, die Personen- und Machtbefugnisse der Schiedsrichter oder über das schiedsgerichtliche Ver-

fahren kommen, kann der Völkerbund selbst auf Grund eines Mehrheitsbeschlusses das Schiedsrichter-Komitee bilden und die Fragen festlegen, über die das Komitee entscheiden soll.
c) Die Streitenden Parteien verpflichten sich, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes die Entscheidung des schiedsgerichtlichen Komitees anzunehmen und im Laufe einer Zeit von sechs Monaten loyal durchzuführen.

4. Diese Konvention herleitet in keiner Weise die Rechte und Verpflichtungen der Signatarstaaten, sowie andere internationalen Konventionen, die bereits bestehen oder in Zukunft eingegangen werden.

Frithjof Nansen beantragt dann weiter, daß die Vollversammlung sämtliche Mitgliedsstaaten auffordern solle, zu dem Entwurf innerhalb des nächsten Jahres Stellung zu nehmen. Ein Exzerpt-Komitee oder die juristische Sektion des Völkerbunds-Sekretariats solle dann auf Grund der Stellungnahme der einzelnen Regierungen im Laufe des nächsten Jahres einen einheitlichen Konventionstext ausarbeiten, der sodann der Vollversammlung des Völkerbundes im Jahre 1928 zur Entscheidung vorgelegt werden könnte.

Auf Grund des Artikels 36, Absatz 2, des Statuts des Haager Schiedsgerichtshofes würde der Haager Schiedsgerichtshof nach dem Konventionstext in Zukunft für folgende Streitfragen ausschließlich zuständig sein:

1. für Streitigkeiten über die Interpretation von internationalen Verträgen;
2. für Streitigkeiten über die von einem Staate übernommenen Entschädigungsverpflichtungen;
3. für die Festsetzung der Höhe dieser Entschädigungsverpflichtungen;
4. für Streitigkeiten über die Auslegung von Bestimmungen des internationalen Rechts.

Nansens Konventionstext hat allgemein große Beachtung gefunden, da er weit über den Rahmen der bereits bestehenden schiedsgerichtlichen Abkommen hinausgeht.

Kr. Man weiß nicht recht, was man aus dem überraschenden Ausgang der Ratswahlen in Genf machen soll.

Es ist nach den vorliegenden Messungen kaum möglich, diesen Vorgang einheitlich zu deuten. Es scheint, daß es überhaupt nicht als die Auswirkung nur einer bestimmten Entwicklung im Völkerbund anzusehen ist, sondern daß eine Reihe ganz verschiedener Umstände an seinem Zustandekommen mitgewirkt hat. Zunächst ist sicherlich richtig, daß einzelne Antipathien gegen die gegenwärtige sozialistisch durchsetzte belgische Regierung und gegen den Genossen Wanderwilde im besonderen dabei mitgespielt haben. Das gilt insbesondere für die Mächte, die ganz oder halb faschistisch sind. Vor allem werden sich die Italiener gerächt haben dafür, daß Wanderwilde Mussolini und den Faschismus dauernd mit ausgesprochener Verachtung behandelt. Aus ähnlichen Motiven werden auch wohl die Rumänen gegen den belgischen Ratsfisk gestimmt haben. Als weiterer Umstand, der mitgewirkt haben dürfte, müssen auch wohl die scharfgezielten Bestrebungen anderer kleiner Mächte, selbst in den Völkerbundsrat hineinzukommen, mitgewirkt haben, z. B. ist auf diese Weise sicherlich die Abstimmung Griechenlands und Portugals zu erklären. Die Entscheidung haben aber wohl doch diejenigen kleinen Mächte gebracht, die als Führer der gegenwärtig noch im Gang befindlichen Rebellion der kleinen Mächte gegen die Großmächte und gegen die Beiseitenschiebung des Völkerbundes in Betracht kommen. Sie haben aus prinzipiellen Gründen gegen die Wiederwahl Belgiens gestimmt, einfach, weil Belgien, obwohl selbst keine Großmacht, in ihren Augen als ein Mitglied dieser Großmacht-Clique erscheint. Man sieht daraus, daß die Erregung der kleinen Mächte gegen die Sonderverhandlungen der Großmächte doch immer noch stärker ist, als man in den letzten Tagen wahrhaben wollte. Für wie wichtig diese Mächte es halten, den Großmächten zu zeigen, daß sie im Völkerbund doch nicht tun und lassen wollen, was sie wollen, zeigt der Umstand, daß bei einzelnen dieser Länder sogar sozialistische Außenminister gegen ihren sozialistischen Kollegen Wanderwilde gestimmt haben. Daß sich diese ganze Aktion aber wirklich gegen die Großmächte richtet, geht daraus hervor, daß es gerade die Großmächte, einschließlich Deutschlands, waren, die für die Wiederwahl Belgiens eingetreten sind.

Kann mir nun das Ergebnis bewerten sollen, so müssen wir sagen, daß wir es, im ganzen gesehen, doch begrüßen. Gewiß ist es bedauerlich, daß ein so hervorragender Friedensfreund und Politiker, wie der Genosse Wanderwilde, dadurch aus dem Rat verschwindet. Aber so hoch wir den Genossen Wanderwilde auch schätzen, so kann uns an unserer Meinung doch nicht irre machen. Denn es ist überhaupt sehr fraglich, wie lange der Genosse Wanderwilde noch im Amt sein wird, und ob nicht auch in Belgien in verhältnismäßig kurzer Zeit wieder ein anderer Außenminister der Walons zum mindesten näher steht, amtierender wird. Die innerpolitischen Verhältnisse in Belgien sind viel zu labil,

Zwei Denkschriften — zwei Welten.

Die engere Gestaltung der Beziehungen zwischen Volk und Staat in den Kommunen und Kommunalverbänden unter gleichen Wahlrecht drückt sich in einer Reihe von Schriften der Selbstverwaltungsgesellschaften aus. In Schlesien sind zuletzt ein Kreisrat und ein Agrarkreis mit solchen Darstellungen aufgetaucht. Ueber den Kreis Waldenburg in Vergangenheit und Gegenwart liegt eine kleine Schrift von dem Regierungsrat Dr. Ohle vor, der unsern dortigen Landrat, Genossen und Kollegen ist. Ueber den Landkreis Trebnitz berichtet Landrat Dr. Steinfeld unter dem Titel „Aus Nieder-Ostmark“, in einem Bande, der mit einer Reihe von Illustrationen ausgestattet ist und einen besondern landwirtschaftlichen Teil von Diplomatendirektor Kettner enthält.

Die Schrift von Dr. Ohle ist ein erfreuliches Zeichen dafür, daß ein Verwaltungsoffizier, der mit offenen Augen und einem verständnisvollen Blick die soziale Lage eines Verwaltungsbezirks mancher Erkenntnis vermittelt, die vielfach bestehenden Schwierigkeiten für ihr ganzes Leben verschlossen hat. Nach einer Einführung über die wirtschaftliche und soziale Gliederung des Waldenburger Industriegebietes bespricht die Arbeit wertvolle geschichtliche Quellen, unter denen er die Tätigkeit von „Friedericus“ für Schlesien steht er mit der Zurückhaltung gegenüber, wie sie auf Grund der neuen Verhältnisse geboten ist, leider aber von nur wenigen Schriftstellern und Politikern geübt wird. Die schweren Sünden seiner Vorgänger charakterisiert er mit erbarmungsloser Schärfe, er sucht sich nicht, das Jota eines Schriftstellers aus der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts über die Leinwandweberei anzuführen: Das, was in den Strafanstalten den Gefangenen an Kost und Unterhalt geboten wird, muß ohne übertriebene Ansprüche gerade als Existenzminimum betrachtet werden, aber nicht eine kleine Zahl der Bewohner der Provinz, die man die Perle in Preußens Krone nennt, lebt materiell bei weitem schlechter, als die Sträflinge in den Zuchthäusern. Deutliche Worte findet er für die Verdrüsslichkeit, mit der die altpreussische Verwaltung vom Oberpräsidenten bis zum Landrat dieser Not, einem Schandfleck unserer wirtschaftlichen Geschichte gegenüberstand.

Die Entwicklung des Bergbaus, der Arbeiter- und Lohnverhältnisse wird in der Schrift Johann an Hand von Tabellen dargestellt und ein überaus trauriges Bild von den Gesundheitsverhältnissen und dem Wohnungselend entworfen. Ohle beschreibt mit Recht die jetzigen Wohnungsverhältnisse im Waldenburger Gebiet als Glied einer Kette von Verdrüssnissen während mehr als 1 1/2 Jahrhunderten. Bemerkenswerter Weise macht er für die Tatsache verantwortlich, daß der Baumarkt ausschließlich in der Hand des Privatkapitals lag, das ebenso wie das Bauunternehmertum bei der Geringfügigkeit der Mietaufwendungen der elend entlohnten Arbeiter für die Wohnungen über Stände war, die Wohnungsfrage zu lösen. Nicht minder deutlich aber geißelt er die Verdrüssnisse der Werkverwaltungen, die entweder garnicht oder minderwertig gebaut haben. „An dieser schweren Schuld der Industrie, die sich heute bitter rächt, kann keiner vorbeigehen, der eine Schilderung des Werdens der Gegenwart verfaßt. Ohle nennt die sozialen Zustände die heute der Industrie auferlegt sind, nichts anderes, als die Nachforderung einer ungeheuer aufgelaufenen Schuld mit Zins und Zinseszins für die Vergeudung des Kapitals der Menschkraft, das man für unausschöpfbar gehalten hatte.“ Er zeigt die Zusammenhänge dieser Wohnweise mit Krankheiten, Sterblichkeit und Verbrechen und sieht in der Hilfe durch die öffentliche Bauwirtschaft wie sie die Gegenwart bringt, das einzige Mittel dieses Problems zu bewältigen, nachdem die Verwaltungsverwaltung auch auf diesem Gebiet wie er an dem Inhalt früherer Berichte nachweist, völlig versagt hat. Er teilt mit, was auf dem Gebiete des Wohnungsbaues durch Zuwendungen für das Waldenburger Gebiet aus dem staatlichen Wohnungsfürsorgefonds bereits geschehen ist und verlangt mit Recht eine starke Erhöhung dieser Zuweisungen. Er gibt als Auffassung maßgebender Stellen der Industrie bekannt, daß diese auf Jahrzehnte hinaus zum Hausbau wirtschaftlich nicht in der Lage sei, und daß die alle Hoffnung auf die staatliche Bauwirtschaft lege. Wichtig liegt diesen Teil der Ausführungen eines bürgerlichen Verwaltungsbeamten mit Nutzen auch die Verwaltung der Breslauer Industrie- und Handelskammer, die die Beibehaltung der Wirtschaft vom privaten Wohnungsbau erwartet. Den niederschleissischen Industriearbeiter arbeitsfreudiger und arbeitsfähiger zu machen, und damit die viel gerühmte Rationalisierung, die bisher sich auf Maschinen und Arbeitssysteme erstreckte, endlich bei dem lebendigen Menschen zu beginnen, wo sie am allerwichtigsten ist, sieht der Verfasser als ein Ziel an, dem nur eine mit großen Mitteln ausgerüstete werkschaffende Waffelfabrikpolitik und ein verstärktes Wohnungsbauprogramm dienen können.

Die Freude darüber, auch in bürgerlich gerichteten Verwaltungskreisen einem ausgeprägten sozialen Gefühl zu begegnen, wird schnell gemindert bei der Lektüre der Trebnitzer Denkschrift. Der Verfasser, Herr Landrat Dr. Steinfeld, leider einen klaren Beweis mangelnder Fähigkeiten als politischer Beamter ablegt. Die Betrachtungen Ohles über Sozial- und Wohlfahrtspolitik finden in der Trebnitzer Denkschrift ihr Gegenstück in selbsten törichten und geschmacklosen Sätzen: „Zur politischen Veranerkennung ist noch die staatliche Fürsorge geboten. . . Heute ist für jeden Deutschen außer einem Schulmann noch ein Kinder mädchen vorhanden. Es soll nicht verkant werden, daß der Krieg und die Kriegsfolgen besondere Maßnahmen einer Fürsorge notwendig machten und auch heute noch notwendig erscheinen lassen. Aber ich glaube nicht, daß man auf diese Weise ein selbständig denkendes, politisch reifes und sich selbstverantwortlich fühlendes Volk heranzieht. Man braucht keine große Phantasie, um sich klar zu machen, wie unter einem derartigen Verstande keine Aufgaben im Kreise der Politik erfüllt werden. Die von ihm beklagte soziale Verarmung über er selbst dadurch aus, daß in seiner Denkschrift zwar die Landwirtschaft, jedoch nicht einmal die Stadt Trebnitz als Kreisstadt ein eigenes Wort verhalten bekommt. Es soll nicht etwa behauptet

werden, daß aus seiner Iedern und uninteressant gezeichneten Schrift eine besondere Vorliebe für die Rechte hervortritt. Er wirft sogar dem früheren konservativen Trebnitzer Abgeordneten, dem damaligen „ungekrönten König von Preußen“, von Heubrand vor, daß er an seinen Wahlkreis nicht häufig im Parlament gedacht und nichts für ihn getan habe. Auch die wichtige Erwähnung, daß der letzte deutsche Hohenzollernkaiser die heilige Hedwig zu seinen Ahnen zählte, wird ihm niemand als Kennzeichen monarchischer Gesinnung auslegen wollen. Aber es fehlt ihm, wie das Verständnis für soziale, so auch das für politische Notwendigkeiten. Während der Waldenburger Kreis dem dort amtierenden Vizepräsidenten die starke Bedeutung politischer Vorgänge für die Gesamtentwicklung des Gebiets klar gemacht hat, beklagt Steinfeld mit dem Hochmut des Bürokraten, daß sich das Siedlungsgebäude „unser unglückselige, geistlose, charakterverderbende und Entwicklung verzögernde Parteipolitik zur Ausnutzung ihrer egoistischen und kurzfristigen Ziele bemächtigt habe. Politiker rechnet er nicht zu ernstdenkenden, verantwortungsvollen Leuten. Die Grundbegriffe der Politik und der politischen Entwicklung sind diesem Landrat verschlossen, der sich nicht scheut, zum Schluß seines Aufsatze mit einer demagogisch aufgemachten Behauptung zu operieren, just als ob er ein Parteipolitiker sei, wie er ihn sich vorstellt!

Die beiden Denkschriften, nebeneinander gehalten, sind interessante Dokumente für die Verschiedenheit und Gegenläufigkeit der Struktur von räumlich gar nicht weit getrennten Gebietsstellen und von der Art der Wirkung, die das in ihnen herrschende Milieu auf manche in ihnen tätige bürgerliche Beamte ausübt.

Die „Geschlossenheit“ der SPD. Die Opposition wirft der Leitung bewußte Unwahrheit und Täuschung vor.

Es wird uns geschrieben: Im Unterbezirk Suhl der Thüringer SPD ringt die offizielle kommunistische Politik mit einer von dem kommunistischen preussischen Landtagsabgeordneten Herrn geführten Opposition. Bei einem Versuch, die beiden unter einen Hut zu bringen, haben die Anhänger der Opposition, Arbeiter aus den Betrieben, nach dem Bericht der „SPD-Presse“ (!) „immer wieder betont, daß sie, die sie die Kleinarbeit leisten müssen, sie, die die Mitglieder für die Partei und Leser für unsere Presse gewinnen müssen, sich nicht nur von dem oberen Parteiparat bevormunden lassen, sondern mitberaten wollen, bei allen wichtigen Parteifragen. Der Essener Parteitag habe ein dementsprechendes demokratisches Bild nicht wieder gespiegelt und unter Anwendung der bisherigen Methoden der Zentrale wird auch der diesmalige Parteitag kein anderes Bild zeigen“.

In einer Entscheidung, die mit 47 gegen 5 Stimmen angenommen wurde, heißt es: „Die Aussprache in der erweiterten Unterbezirksführung hat ergeben, daß die Bezirksleitung Großthüringens in ihrem an alle Ortsgruppen versandten Rundschreiben bewußt Unwahrheiten gesagt und sogar grobe Fälschungen gebracht hat. Erwähnt sei nur die Unterzeichnung, daß die Unterbezirksleitung seit Monaten bewußte Sabotage getrieben hat, ferner daß der Suhrer „Volkswille“ der Opposition in die Hände gespielt werden sollte. In letzterem Falle ist anlässlich einer Aussprache, die der Genosse Tittel in Suhl hatte, gerade das Gegenteil erwiesen worden. Das Rundschreiben der B. Großthüringens stellt ein Dokument gemeinster Demagogie gegenüber innerparteilichen Fragen Andersdenkender dar. Die Ausführungen der anwesenden offiziellen Parteivertreter konnten keinen schlüssigen Beweis für ihre Verdächtigungen bringen. Die erweiterte Unterbezirksführung verurteilt das hinterhältige und kommunistische Vorgehen der Bezirksleitung ganz entschieden und verlangt, daß alle in ihrem Rundschreiben gebrachten Verdächtigungen und Verleumdungen schnellstens reiflos zurückgenommen werden. Solange dies nicht geschehen ist, lehnen wir die derzeitige Bezirksleitung als Beauftragte einer Partei ab, die wir auch heute noch als einzige Vertreterschaft des Proletariats halten, falls sie sich wieder auf den von Lenin vorgezeichneten Weg zurückbegeben hat“.

Wie weit müssen die Gegenläufe in Suhl geblieben sein, wenn die oppositionelle Richtung schon alle die „herzlichen“ Kraftausdrücke gebraucht, die bisher nur die SPD von den Kommunisten zu hören bekam.

Sie reden von Christus und meinen Del.

Heute des Petroleumkapitals gegen Mexiko. Amsterdam, 14. September. (Eigener Drahtbericht.) Eine geradezu unglaubliche Hehe gegen Mexiko wird in einem Teile der niederländischen Presse augenblicklich betrieben. Es ist sehr durchsichtig, daß dahinter das Petroleum-Großkapital steht, dessen Rechtstitel auf die Ausnutzung mexikanischer Delfelder durch die heutige mexikanische Regierung bestritten wurden. So klug sind die Drahtzieher dieser Hehe, die einen Vorwand für einen amerikanischen Einmarsch in Mexiko schaffen möchten, inbehalten, daß sie die Aufpeitschung der Christen durch sensationelle Berichte über eine angebliche Christenverfolgung in Mexiko befehlen. Im „Amsterdamer Telegraaf“, dem Sprachrohr des niederländisch-britischen Petroleumtrustes und seines in Mexiko durch die Mexican Eagle-Petroleum-Gesellschaft interessierten Präsidenten Deterding, besorgt dieses traurige Geschäft ein amerikanischer Journalist Francis Mc. Culloch, dessen Heerartikel so raffiniert demagogisch sind, daß als bezeichnendes Beispiel dieser Revolverjournalistik hier nachstehend ein wörtlicher Auszug aus dem jüngsten Artikel gegeben werden mag:

Hier liegt das Büro des unermüdeten Roberto Cruz, des Hauptinspektors, der so kurz an-Deterding erinnert. Hier unter meinen Füßen liegen die schrecklichen unterirdischen Keller, wo die politischen Gegner des Systems Calles gefangen gesetzt und gemartert werden. Hier ist der Punkt, wo der große Aufmarsch der Revolution geschehen mußte, an dem Toren des Gefängnisses. Doch hört, da naht das drohende Geräusch von Schritten, vermischt mit schreien Kommandos und dem Gellir von Stahl. Von Säuglingen umgeben, die mit ihrem Gewehr und Bajonett und ihrer Khat-Uniform genau wie Soldaten aussehen, kommt eine Gruppe Gefangener angehoppelt. Selbst aus der Ferne erkenne ich, daß dies sind die von dem kontrahierenden Elementen zusammengewürfelten Da lausen junge Mädchen mit den weißen Schleieren und Blumen der ersten Kommanos, aber die Schreier sind verrissen, die Blumen zertrampelt, die jungen Augen rot vom Wein und die Wangen mit einer Scham die über die Lippen fließt. Neben ihnen stehen die schlaffen der Waisenkinder, die in den Kellern, unterirdischen Frauensimmen und neben den Töchtern der Edlen, neben den jungen Söhnen der Groberer lauten Verbrecher, Männer und Frauen, deren Gesicht alle Kennzeichen der Erbordenheit und

Beste Nachrichten.

4000 Tote in Japan geboren. Aus Japan wird gemeldet, daß in dem Unglücksgebiet bisher 4000 Teten geboren worden sind.

Pervertion widerspiegelt. Wie auf der Welt ist dieses Gemenge zusammengekommen? Ich wende mich an einen neben mir sitzenden Herrn, und er erklärt es mir höflich. Es ist Sonntagmorgen, und General Roberts Cruz schied mit Vorliebe seine Trabanten in Mexiko aus, um Katholiken zu verhaften, die zur Weile gehen. Ohne Rücksicht und entgegen den ausdrücklichen Bestimmungen der Verfassung bringen diese Schulheute in Privathäuser, wo die Messe abgehalten wird, ein, und bringen alle Beteiligten zur Generalinspektion. „Aber dann muß die Polizei doch auch in die Bordelle eindringen“, sagte ich. „Nein“, erwiderte der Herr, „das tut sie niemals, denn das würde Schandung der Verfassung bedeuten.“ Der Gefangenentrupp kommt näher. Ich sehe teuflische Gesichter und Engelantlitze. Nicht alle Schlachtopfer dieser Religionsverfolgung sind junge Mädchen. Einige sind ältere Frauen, einige Knaben, offensichtlich rein kapitalistischer Abkunft, mit tiefliegenden Augen und häufig einem stolzen Zug um den Mund. Diese Frauen fielen durch den sanften und würdigen Ernst ihres Gesichtes auf, aber erst später hörte ich, daß es Nonnen waren, für die in der Eile weltliche Kleider gemacht sind, und daß General Roberts Cruz ein teuflisches Vergnügen daran hat, diese Nonnen mit Prostituierten zusammen einzusperrern.

Somit diese elagene Schilderung, der man nur gegenüberzustellen braucht, was die Gewerkschaftsführer, die voriges Jahr Mexiko besuchten, dort selbst gesehen und gehört haben. Es ist Kriegsbeute, was hier betrieben wird, eine Kriegsbeute, die durch ihre Raffiniertheit ungeheure Gefahren in sich birgt.

Die Beratung des Reichskabinetts über die Befoldungsvorlage.

Berlin, 14. September. Die gestrigen Beratungen des Reichskabinetts über die Beamtenbefoldungsvorlage, die den ganzen Tag über bis in die Nacht hinein dauerten, haben den Blättern zufolge, noch zu keiner Verabschiedung der Vorlage durch die Reichsregierung geführt. Die Verhandlungen sind, laut „Deutscher Allgemeiner Zeitung“ auf heute verlegt worden. Die endgültige Stellungnahme des Reichskabinetts dürfte jedoch, wie mehrere Blätter bemerken, erst erfolgen, wenn auch die volksparteilichen Reichsminister Dr. Stresemann und Dr. Curtius, die an der gestrigen Beratung nicht teilnehmen konnten, gehört worden sind.

Spuren von Jagoriski?

Warschau, 14. September. In die dunkle Affäre des verschwundenen Generals Jagoriski scheint nunmehr etwas Licht zu kommen. In einer Abteilung des Justizdepartaments des Kriegsministeriums ist ein Brief von Jagoriski ohne Datum und Ortsangabe eingelaufen, in dem er einen Geldbetrag für den Unterhaltungsfonds der betreffenden Abteilung einfordert. Der Briefumschlag trug den Stempel Danzig. Die Oppositionspresse behauptet, daß Jagoriski im Munitionspdepot auf der Westerplatte gefangen gehalten wird. Auf eine Anfrage lief jedoch aus Westerplatte die Antwort ein, daß diese Vermutung gänzlich unbegründet sei und auch von amtlicher Seite werden die betreffenden Pressemeldungen als falsch bezeichnet.

Kommunistischer Angriff auf Faschisten.

Ravenna, 14. September. Hier gab ein Kommunist mehrere Schüsse auf eine Gruppe von Offizieren der faschistischen Miliz ab. Er verletzete den Kommandeur der 81. Legion der Miliz schwer, während der Sekretär der faschistischen Partei in Ravenna leichter verundet wurde. Letzterer erwiderte das Feuer mit zwei Revolverkugeln, durch die der Kommunist getötet wurde.

Millerand macht sich wichtig.

Paris, 15. September. (Eigener Drahtbericht.) Der ehemalige Präsident der Republik, Millerand, der im Departement Orne in einer Erloswahl für den Senat kandidiert, hat am Donnerstag in Alencon seine erste Wahlrede gehalten, in der er sich zum Verteidiger der reaktionärsten Ideen auf politischem und sozialem Gebiete aufwarf. Er verlangte unter anderem die Revision der Latengesehung und den sofortigen Abbruch der Beziehungen zu Sowjet-Rußland. Die Locarno-Abmachungen erklärte er für eine gefährliche Illusion, da sie den stillen Verhüten Frankreichs seinerlei Sicherheit böten, obwohl die „Aufrechterhaltung des territorialen Besitzstandes Polens für Frankreich ebenso lebenswichtig sei wie die Achtung der Bestimmungen des Friedensvertrages über Elsaß-Lothringen“.

Ein Sacco-Banzettiplag.

Paris, 15. September. Wie die kommunistische „Humanité“ mitteilt, wird auf Grund eines Beschlusses des kommunistischen Gemeinderates von Clignancourt ein Plag des Namen „Sacco-Banzetti“ erhalten. Aus diesem Anlaß ist eine große kommunistische Kundgebung von dem Gemeinderat und den kommunistischen Verbänden angelegt worden.

Die Lage in China.

Neue Volksbewegung in Kanton. — Offensive gegen Fung.

Boston, 18. September. „Times“ meldet aus Peking, die letzten Informationen aus Kanton deuteten darauf hin, daß die Abicht besteht, den antikristlichen Kontakt zu erneuern. Die britischen Behörden seien bereit zu derselben Aktion, die sich letzten September in Kanton so erfolgreich erwiesen habe. „Times“ meldet weiter, daß die abgefallenen Generale Fungyushiangs, dessen Streitkräfte von Kaitung, der Hauptstadt Honans, vertrieben haben und Tschengtschau bedrohen. Die in Peking tagende Militärkonferenz soll beschließen haben, eine sofortige Offensive gegen Fungyushiang auf der Lunghai- und Peking-Hankau-Bahn zu unternehmen. Man befürchtet, daß Fungyushiang nach Schenyt eintücken werde.

Die nationalpolitischen Einigungsverhandlungen vertagt.

Schanghai, 15. September. Heute sollten in Nanjing Verhandlungen zu dem Zweck beginnen, die in Nanjing und Wuhan sitzenden nationalpolitischen Regierungen zu versöhnen. Die Verhandlungen wurden jedoch wegen des Rücktritts des Kanton-Justizministers Wangtschingwei vertagt.

Aus der Partei.

Wannert 50 Jahre bei der Partei.

Der ehemalige Reichstagsabgeordnete und frühere Staatsminister des Freistaates Sachsen, Waldemar Gieseler (heute Thüringen, Friedrich August Wannert, konnte am 14. d. M. auf eine fünfzigjährige Zugehörigkeit zur Sozialdemokratischen Partei zurückblicken. Wannert hat sich in dieser Zeit große Verdienste um die SPD erworben. Er ist auch einer der ersten, die sich an der Spitze der Partei in den norddeutschen Jahrgang mit der Hoffnung, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, mit Erfolg für die Partei zu wirken.

Kaiser Wilhelm Theater
 Gartenstraße 55.
 Der weltbekannte
 Sponage-Prozess:
Mata-Hari
 die rote Tänzerin
 Bearbeitet nach den Geheimakten des Österreichischen und russischen Spionagedienstes mit
 Magda Sonja und Fritz Korner
 10 Akte.
 Außerdem das glänzende Lustspiel:
„Böser-Ruben-Ball.“

TON Fürstenstr. 32
 Das große
 Doppelprogramm
Hütet Euch vor den Frauen!
 (Die Tragödie der Brüder Orlok) 7 Akte.
 Fern: Ist denn Liebe ein Verbrechen...?
 6 Akte von Liebe und sonstigen Unsinn.
 In der Hauptrolle Syd Chaplin.
 Sonntag 3 Uhr Jugendvorstellung: Ist denn Liebe ein Verbrechen?

Lebensmittel - Großhandlung
Max Schönfelder
An 10 Werktagen
 und zwar von Freitag, den 16. bis einschließlich Dienstag, den 27. September, veranstalte ich
10 billige
Reklame-Honigkuchen-Tage
 Zweck derselben ist, das konsumierende Publikum mit der Güte und Billigkeit der bei mir zum Verkauf gestellten erprobten Fabrikate bekannt zu machen, und empfehle die nachstehenden ganz frisch hergestellten Honigkuchen zu folgenden Sonderpreisen:
 Schokoladen-Herzen
 5 Stk. 15 Pf., 10 Stk. 29 Pf., 50 Stk. 1.40
 Pfefferkuchen mit weißer Glasur
 1/2 Pfd. 34 Pf., 1 Pfd. 66 Pf., 5 Pfd. 3.20 Mk.
 Spitzkugeln mit Schokoladen-Glasur
 1/2 Pfd. 38 Pf., 1 Pfd. 75 Pf., 3 Pfd. 2.16 Mk.
 5 Pfd. 3.50 Mk.
 Die mit Schokolade überzogenen Spitzkugeln
 1/2 Pfd. 55 Pf., 1 Pfd. 1.05 Mk.
 3 Pfd. 3.00 Mk., 5 Pfd. 4.75 Mk.
 Heißer Konfekt
 1/2 Pfd. 42 Pf., 1 Pfd. 82 Pf.,
 3 Pfd. 2.49 Mk., 5 Pfd. 3.75 Mk.
 Heißer Konfekt mit Schokolade
 1/2 Pfd. 62 Pf., 1 Pfd. 1.18 Mk.
 3 Pfd. 3.40 Mk., 5 Pfd. 5.40 Mk.
 Schokolade-Biskuits m. Marzipan-Füllung
 1/2 Pfd. 36 Pf., 1/2 Pfd. 70 Pf.,
 1 Pfd. 1.35 Mk., 3 Pfd. 2.90 Mk.
 Hochfeine Diegnitzer Bombenplättchen mit
 Marzipan-Füllung
 1/2 Pfd. 36 Pf., 1/2 Pfd. 70 Pf.,
 1 Pfd. 1.35 Mk., 3 Pfd. 3.90 Mk.
 Nach auswärts: Kostenlose Verpackung
 und zur Einföhrung nur Anrechnung
 der Hälfte des Portos.
 Das meitere offeriere ich nun frischster
 Zufuhr:
Grabower Seideband
 das vorzüglichste Seideband
 1/2 Pfd. 1 Pfd.
 Grabower Seideband 0.55 0.68 1.25
 Grabower Seideband, halb mit Schokolade
 überzogen 0.45 0.85 1.65
 Grabower Seideband, ganz mit Schokolade
 überzogen 0.50 0.95 1.80

Stückkaffee.
 Versöhnte Kaffeebohnen bedienen
 sich immer wieder meiner mit ganz
 besonderer Sorgfalt zusammengestellten
 Spezialmischungen, die sich durch hoch-
 aromatischen, kräftigen, lieblichen Ge-
 schmack auszeichnen.
 Gelb-Mischung Pfd. 1.60 Mk.
 Arabischer Mischung
 in Glas-Papp-Verpackung 2.20
 Wiener Mischung 2.20
 Spezial-Gelb-Mischung 2.80
 Brasilianer Mischung 2.40
 Selbst-Mischung 2.20
 In **Wien** und **Gottswagen**
die Kaffeebohnen
 bieten meine Preise bei nur ausgezeich-
 neter und besserer Qualität
 unbedingt große Vorteile.
Max Schönfelder
 Kaffee-Import, Tee-Import
 Wiener-Graben 11 & 12, Gottswagen
 Breslau 1, Moritzstraße 58.

Stadttheater
 Freitag
 20 bis 22.30 Uhr
 2 Ab. „Rosa Serie C“
 „Rigoletto“
 Sonnabend
 10 bis nach 22 Uhr:
 Erstaufführung:
 „Don Carlos“
 Sonntag
 20 bis 22.45 Uhr:
 Hoffmanns
 Erzählungen

Schauspielhaus.
 Operettenbühne.
 Tel. Stephan 38300.
 Täglich 8 Uhr:
 Der große Beileritzserfolg!
**„Glück
 in
 der
 Liebe“**
 Sonntag, nachm. 3 1/2 Uhr:
„Die Zirkusprinzessin“
 Dienstag 8 Uhr:
 Zum 25. Male!
**„Glück
 in
 der
 Liebe“**

Lobe-Theater.
 Tel. Ring 6774.
 Täglich 20 Uhr:
**Ein Sommernachts-
 traum**
 von William
 Shakespeare
 mit der Musik von
 Felix Mendels-
 sohn-Bartholdy.
Thalia-Theater.
 Tel. Ring 6700.
 Täglich 20 Uhr:
Das blaue Auge
 Wiener Volksstück
 von Hans Sussmann.
 1670

Lieblich
 Theater
 Tel. Stephan 346 46
 Täglich 20 Uhr
Gesund lachen
 Sie sich über
Carl Napp
 den Fikler der Lustspiele.
 Eintrittspreise von 50 Pf an
 Jeden Sonntag 15.30 Uhr
 Familien- u. Kinderdarstellung
 d. volle Progr. z. ermäßigten
 Preisen. — Rauchen gestattet.
 Exterate erleben in
 der „Bolschwacht“
 den größten Erfolg!

Wartburg Lichtspiele
Nur bis Montag!
 Lucy Dornale und Willy Frisch
 in dem großen Hebbert-Film
„Der Prinz und die Tänzerin“
 in 6 Akten.
 Fern: „Der schwarze Zyklon“
 Ein Film aus den wildesten Stücken
 Amerikas in 6 Akten.
Denkig - Woche!
 Sonntag 3 Uhr: Gr. Kinderdarstellung
„Der schwarze Zyklon“
 und Graciano.

**Goldene
 Zeugnisse**
 Jungelos - Genesung genau
Stadtkommissar Eilke Beile
 Großes Lager, auch in
Wien und Gebirgsorten
 Für streng reelle Bedienung bürgt das
 40-jährige Bestehen meiner Firma
Albert Mühlberg
 Schenckstraße 56 Tel. Dyle 5153
Wahrung! Wenn Sie sich befinden in der
 Schenckstraße 56, so unterhalte keine Fiktionen!
 20 Jahre lang habe ich meine Kunden mit besten Waren zu tun

Zentral-Theater Westendstr. 68/62
 Nur Freitag bis Montag
 Auf vielseitigen Wunsch
Der Seekadett
 mit Walter Slesak.
 Ein Schicksal aus der deutschen Marine.
 Der stärkste Marine-Film des Jahres!
 Im Beiprogramm:
Wunder der Alpenwelt
 Kapellmeister Scholz dirigiert.

Harry Carey
 der tollkühne Cowboy
 in dem
Doppelprogramm
 Unter falschem | Der keusche
 Verdacht | Josel
 12 Akte
Odeon-Lichtspiele
 Taschenstraße, an der Liebeshöhle
 Erwerblos zur 1. Vor-
 stellung 0.30 Mk.

**Kaiser-
 Lichtspiele:** Sonntag, den 18. September
 3 Uhr
Jugend-Vorstellung
 Schweidnitzer Straße

**Herren-
 Windjacken
 u. Sporthosen**
 für Straße, Sport und Beruf
Breeches aus dauerhaft. Cordstoffen, mode-
 und grau gemustert
 22.50, 18.-, 14.50, 12.-, 9.90 **7.50**
Knickerbockers aus modernen engl.
 gemusterten Stoffen . 19.75, 16.50 **12.75**
Windjacken aus dauerhaftem imprägn.
 Zeitbahnstoffen
 u. ähnl. Geweb. 18.50, 16.50, 12.50 **9.75**
Windjacken aus besten imprägnierten
 Gabardine- und
 Covercoatstoff. 36.-, 33.-, 29.50, 27.- **22.50**
Rudolf Petersdorff
 Breslau I / Ohlauer Straße 8

Junge Junge
Rebhühner
 Stück von Mk. 1.40 an
Reh-Rücken-Keulen
 Reh-Blätter Pfd. 1.20
 Hirsch-Blatt Pfd. 1.10
 Wildschweins-Blatt Pfd. 1.10
Geflügel
 Leitz. Brat-Gänse . Pfd. 1.20-0.95
 Feder Has-Gänse . Pfd. 1.40-1.30
 Gänse-Teile Stück v. 1.50 an
 Kernets Gänsefleisch . 1/2 Pfd. 1.10
Junge
Brathühner, Poulets
 Stück von 1.50 an
Italienische und ungarische
Pouletchen + Kapauern
 empfiehlt und versendet 9678
 zu billigsten Tagespreisen.
Herbert Böhm
 Wild- u. Geflügel-Großhandlung,
 62 Gartenstraße 62
 Tel.: Ohle 324 Tel.-Adr.: WILBERG

Im Herbst,
 wenn sich die Bäume von
 der Last der Früchte neigen
 und die Spätsommersonne
 die süße Reife gegeben
 dann überrasche Deine Lieben
 einer Fruchttorte, mit einem O-
 kuchen.
 Und Eure Freude wird vollkommener
 sein, wenn Du zum Backen
 rechte **Palmin** verwendest. **Palmin** ist
 reines, hundertprozentiges Pflanzenfett,
 in jedem Eigengeschmack.
 Ob Du nun eine Obsttorte, Zwetschen-
 Apfelkuchen oder gar Pflaumen im Sch-
 rock mit einer Zipsekmütze aus Schlagsahne bäckst, der durch **Palmin**
 gelockerte Teig wird sich sättigen mit dem süßen Saft und dem Aroma
 der Früchte. Er kann dabei schwer von Fett sein, niemals aber
 das Fett selbst zu schmecken sein, wenn Du **Palmin** genommen hast.
Palmin hat keinen Eigengeschmack.
 Die „Palmin-Post“ (D. R. G. M.),
 eine Kinderzeitschrift, wie sie noch
 nicht da war, liegt künftig jeden
 1-Pfund-Tafel **Palmin** bei.
 Die „Palmin-Post“ bringt künst-
 leriische Abbildungen in Form von
 Sammelkarten.

Palmin
 das naturreine Pflanzenfett

**Direkt aus
 der Fabrik!**
 Der berühmte
Breslauer 210
 35% per Lit. Mk. 2
Weinbrand - Verschnitt
 38% per Lit. Mk. 2.80
Echter Weinbrand
 aus französischen Weinen gebrannt
 per Flasche Mk. 3.50 4.00 5.00 6.00
Jamaika-Rum-Verschnitt
 per Lit. Mk. 3.00 3.50 4.00 5.00 6.00
Edelliköre vom Faß
 welche aus den erwähltesten Destillier-Apparaten von
 Küstern, Früchten etc. hergestellt sind
 per Liter Mk. 3.00 und 3.60
Blutorange, Curaçao, Sherry Brandy
Prunelle, Goldwasser, Stonsdorfer
Aipenkräuter, Abtei und alle anderen Sorten
Weine vom Faß
Rotwein, bezaubernd schön, per Lit. Mk. 1.20
Bowinwein, prachtvoll per Lit. Mk. 1.30
Blauer Süsswein, süß, per Lit. Mk. 1.25
Tarragona, süß per Lit. Mk. 1.40
Malaga, süß per Lit. Mk. 1.50
Vermouthwein, süß per Lit. Mk. 1.60
Himbeersaft per Lit. Mk. 1.45
 Beste und billigste Einkaufsquelle
 für Hoteliers, Gastwirte, Wiederverkäufer
 Preislisten gratis zur Verfügung.
 Von 50 Pflk. an franko nach jeder Bahnstation.
Herzberg & Co.
 Fabrik: Höfchenstraße 48
 9668 Zweiggeschäfte:
Bücherplatz 16-17, Klosterstr. 64
Michaelisstraße 3, Leuthenstraße 10

Billiger Fleisch-Verkauf!
 Schweinefleisch Pfd. 0.90 und 1.00
 Frischer Speck und Lungenfett Pfd. 1.10
 Deutscher Räucherpeck Pfd. 1.20
 Rindfleisch ohne Knochen Pfd. 1.10-1.30
 Suppenfleisch Pfd. 0.80-1.00
 Kalbfleisch Pfd. 1.00-1.20
 Kalbfleisch ohne Knochen Pfd. 1.20-1.50
 Rindfleisch Pfd. 1.20
 Pökelfleisch Pfd. 1.00-1.20
 Gepökelte Eisbeine Pfd. 0.90
 Gulaschfleisch Pfd. 0.90
 Gebäcktes Pfd. 0.90
 Leberwurst und Preßwurst Pfd. 0.60
 Mettwurst und Preßkopf Pfd. 0.70
 Knoblauchwurst Pfd. 0.70
 Polnische Pfd. 0.80
 Gekochter und roher Schinken Pfd. 0.50
 sowie alle anderen Fleisch- und Wurstwaren
 empfiehlt zu billigsten Preisen
Adolf Weiß, Moltkestraße 13.

Benutze die Buchkarte
 Für 50 Pf. 100 Buchkarten
 kauft Du die schönsten Bücher von
 anerkannten Verlegern!
 Wende Dich sofort an uns!

Buchhandlung, Neue Grapenstr. 5

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. September.

Breslau im Lichte der Statistik.

Das Statistische Amt der Stadt Breslau gibt wieder ihr statistisches Jahrbuch für 1926 heraus. Es ist ein ziemlich reichhaltiges Bändchen, aus dem man auch über die sozialen Verhältnisse in Breslau interessante Aufschlüsse erhält. Soweit man nach der ersten Prüfung beurteilen kann, beruhen die Zahlen auf solider und zuverlässiger Arbeit. Nur in einem Punkte hätten wir etwas zu monieren. In der Uebersicht über die Bevölkerungsbilanz nach Stadtvierteln und nach Stadtteilen nämlich ergeben die Zahlen für die Bewohner, die in einzelnen Stadtvierteln auf den Hektar bebauter Fläche zusammen, für das Jahr 1925 sehr wesentlich andere Ziffern, als die sonst in der Statistik des Magistrats „Die Stadt Breslau und die Eingemeindung ihres Erweiterungsgebietes“ für die einzelnen Stadtteile angegeben waren. Auch sind die Ziffern lange nicht so hoch, wie sie in dieser Statistik angegeben waren. Da anzunehmen ist, daß die zahlenmäßigen Unterlagen für diese Statistik ebenfalls vom Statistischen Amt der Stadt Breslau stammen, muß das wundernehmen. Die Sache ist nur so zu erklären, daß man damals und jetzt eine andere Einteilung der Stadtviertel und eine andere Berechnungsweise zugrunde gelegt hat. Wenn das aber der Fall ist, so hätte das Statistische Amt über die Veränderung der Berechnungsmethode Rechenschaft ablegen müssen, damit der Leser weiß, was und aus welcher Ursache kam.

Auch in Breslau ist die weibliche Bevölkerung wesentlich stärker als die männliche. Im Jahre 1925 lebten in Breslau 59.000 Frauen mehr als Männer. Das entspricht durchaus den allgemeinen Feststellungen für ganz Deutschland. Ebenso entspricht es diesen Feststellungen für das ganze Reich, wenn umgekehrt in Breslau 6 bis 7 Prozent mehr Knaben als Mädchen geboren werden; wenn aber die Sterblichkeit der männlichen Bevölkerung wesentlich größer ist als die der weiblichen, so war, daß in dem Lebensalter bis zu 15 Jahren weit mehr Knaben als Mädchen sterben, wie auch in dem Lebensalter von 15 bis 60 Jahren mehr Männer als Frauen. Es ist ja bekannt, daß das Jahrzehnt vom 50. bis 60. Lebensjahr das für Männer gefährlichste Jahrzehnt ist. In Breslau sind 1925 618 Männer und nur 456 Frauen, die in diesem Lebensalter standen, gestorben. Infolgedessen erreichten auch die Frauen ein wesentlich höheres Lebensalter als die Männer. In den letzten Jahrzehnten über 70 Jahre ist die Frauensterblichkeit sehr viel größer als die Männersterblichkeit. Einfach deshalb, weil die Männer schon vorher gestorben sind. Relativ genommen ist überhaupt die Männersterblichkeit etwas größer als die der Frauen. Sie ist absolut genommen fast gleich groß, was bei der Uebersicht an Frauen aber eine größere Sterblichkeit an Männern bedeutet. Diese Zahlen läßt sich entnehmen, daß die Männer schon früher verbraucht werden als die Frauen. Das zeigt auch ein Blick auf die Todesursachen. An angeborener Lebensschwäche sterben sehr viel mehr Knaben als Mädchen. Ebenso an Atrophie der Kinder wie an Magen- und Darmkatarrh, auch einer bekannten Kinderkrankheit, während an Altersschwäche umgekehrt sehr viel mehr Frauen als Männer sterben. Daß die Männer auch vom Leben mehr mitgenommen werden, obwohl sie nicht die Last des Lebens tragen, zeigt, daß die Zahl der Selbstmorde bei Männern mehr als doppelt so groß ist als bei Frauen, und daß auch doppelt so viel Männer durch Unglücksfälle unkommen als Frauen. Die diesbezüglichen Breslauer Zahlen entsprechen übrigens wiederum ungefähr den Zahlen, die für das Reich ermittelt worden sind. Auch die Ehe scheint die Männer mehr mitzunehmen. Denn von Verheirateten sterben fast 80 Prozent mehr Männer als Frauen.

Sehr günstig hat sich in Breslau die allgemeine Sterblichkeit entwickelt. Sie ist nicht nur gegenüber den Kriegsjahren außerordentlich stark zurückgegangen, sondern auch gegenüber den Jahren vor dem Kriege. Freilich ist auch die Geburtenzahl gegenüber der Zeit vor dem Kriege stark zurückgegangen, und zwar in noch stärkerem Maße als die Sterbeziffer, so daß auch der Geburtenüberschuss im Vergleich zu 1913 kleiner geworden ist. Immerhin nimmt der Geburtenüberschuss seit Wiederrückgang der Inflation wieder dauernd zu, freilich nicht, weil seitdem die Geburtenziffer anwächst, sondern weil seitdem die Sterblichkeit besonders stark abgenommen hat. Ganz besonders erfreulich ist es auch, daß vor allen Dingen die Säuglingssterblichkeit in den letzten Jahren in Breslau sehr stark abgenommen hat. Das ist um so erfreulicher, als die Bevölkerungsbilanz in Breslau immer noch außerordentlich ungünstig ist. Es gibt neun Stadtviertel, in denen über 450 Menschen auf den Hektar bebauter Fläche kommen. Das dichtbevölkerste ist das Neumarkt-Viertel, ihm folgt das Matthias-Viertel und Siedenhufen. Sehr erfreulich ist, daß die Todesfälle infolge ansteckender Krankheiten seit 1913 sehr abgenommen haben. Das gilt insbesondere für Scharlach, Diphtherie und Typhus. Auch die Sterblichkeit an Lungenschwindsucht ist von Jahr zu Jahr zurückgegangen und war im Jahre 1925 nur noch halb so groß wie in den Jahren unmittelbar vor dem Kriege.

Erfreulich hat sich auch die Bautätigkeit in Breslau entwickelt. Während im Jahre 1924 nur 97 Hauptgebäude zu Wohnzwecken gebaut wurden, wurden im Jahre 1925 258 Hauptgebäude zu Wohnzwecken errichtet. Auch die Bautätigkeit zu gewerblichen Zwecken war 1925 stärker als 1924. Infolgedessen ist auch die Zahl der neuen Wohnungen erheblich gestiegen. Während im Jahre 1924 nur ein reines Plus von 649 Wohnungen zu verzeichnen war, kann für 1925 ein reines Plus von 1280 Wohnungen gebucht werden. Dennoch genügt diese Bautätigkeit natürlich nicht annähernd. Die Zahl der eingetragenen Wohnungsuchenden betrug im vierten Viertel 1925 immer noch 41.144. Insgesamt wurden im Jahre 1925 3706 neue Wohnungsuchende in die Liste des Wohnungsamtes eingetragen, so daß also dieser neue Bedarf an Wohnungen nicht einmal zur Hälfte durch Neubauten gedeckt werden konnte.

Es wären noch viele andere interessante Feststellungen an Hand der Mitteilungen des Statistischen Amtes zu machen, diese merigen für die sozialen Verhältnisse besonders wichtigen werden aber ausreichen, um zu zeigen, wie wertvolle Arbeit durch ein solches Statistisches Amt der Gemeinde geleistet wird.

Diätische.

Am 15. September eröffnete der Breslauer Soziale Frauenverein in der gemeinnützigen alkoholfreien Gaststätte Reulstraße 45 und Gabitzstraße 79/81 eine Diätische. Seitdem die Krankenkasse in der Zeit der Inflation geschlossen werden mußte, fehlt in Breslau diese sehr gesunde Einrichtung vollständig, und dieser Mangel wird vom Publikum und den Ärzten sehr empfunden. Es entspricht somit einem dringenden Bedürfnis, wenn Kranke und Genesenden jetzt Gelegenheit gegeben wird, ihre ärztlich empfohlene Kost in guter Zubereitung einnehmen zu können. Die Diätische steht unter Aufsicht des Gesundheitsamtes, es werden Mahlzeiten für Magen- und Darmtrakt, Zucker, Nieren- und Gichtkranke verordnet. Das Essen kann in der Küche eingenommen oder gegollt werden. Die Speisezeit ist von 12 Uhr bis 1 1/2 Uhr. Besondere Wünsche werden berücksichtigt. Voranmeldungen persönlich oder fernmündlich unter Obste 1927 erbeten. Der Preis für eine Portion beträgt je nach der ärztlichen Verordnung 1,20 Mark bis 1,70 Mark.

Der neugebaute Ehrenbürger.

Breslauer Stadtverordnetenversammlung.

Wie Hindenburg Ehrenbürger von Breslau wurde, das mit anzusehen und anzuhören, hätten wir gestern der halben Stadt gewünscht. Aber leider vollzog sich der „feierliche Akt“ hinter verschlossenen Türen. Berichterstatter über die Magistratsvorlage war der Geheimrat Fischer, jener Hohenzollerndiener, der durch sein „Rechtsgutachten“ dem Extronprinzen Oels zuzuhängen half. Er brachte wider Willen sofort eine komische Note in die Verhandlungen. Feierlich bestieg er das Rednerpult, das außer den Beratungen im ganzen Jahre kaum einmal benutzt wird, wie zu einer großen Rede. Er hielt aber nur eine kurze Vorlesung, deren Hauptinhalt war, daß es für ihn, den Alterspräsidenten der Versammlung, eine ganz besondere Ehre sei, die Vorlage zu begründen, der jeder Kollege mit vaterländischer Gesinnung nur zustimmen könne. Und dann las er davon vor, wie Hindenburg es verstehe, des Reiches Wohl zu fördern, und seine Würde nach außen und innen zu wahren, so daß auch jeder Andersdenkende mit Bewunderung auf ihn blicke. Und dann erst, was Hindenburg für ein glanzvoller Heerführer gewesen sei, also müsse man ihm einstimmig aus Dankbarkeit das Ehrenbürgerrecht zuerkennen. Eine glänzende, und im Vergleich zu der professoralen Verlogenheit des Vortredners, äußerst sachliche Rede hielt dann Genosse Mache. Die Ehrung gelte nicht dem Reichspräsidenten, sondern dem Feldmarschall Hindenburg. Wenn der Vortredner gerühmt habe, daß sich Hindenburg dem Reiche im Zusammenbruch zur Verfügung gestellt habe, so war das seine verdamnte Pflicht, die Ebert und Zehntausende anderer auch erfüllt haben, im Gegensatz allerdings zu den Ausreißern nach Schweden und Holland. Diese Pflicht wurde in ganz hervorragender Weise von denen erfüllt, die man vorher als vaterlandlos beschimpft hat. Was haben im Gegensatz zu den banteronten Generalen nicht Erzberger, Rathenau und Ebert für das Vaterland getan, die man als Dank zu Tode geschickt hat! Wollte man allen, die in Breslau ihre Pflicht getan haben, mit einem Ehrenbürgerbrief bedenken, dann müßte der Magistrat einen Möbelwagen voll in der Stadt herumfahren. Auch daß Hindenburg Heerführer im Kriege war, genügt nicht, denn andere, denen der Krieg keine Badereise war, haben unsere Heimat mit ihren Leibern geschützt. Komisch ist, daß man die Rettung Schlesiens durch Hindenburg erst jetzt, nach dreizehn Jahren, feststellt. Schlesien war 1914 bedroht und General Woytsch hat als Beschützer der Heimat den Ehrenbürgerbrief erhalten. Niemand hat damals an Hindenburg als Beschützer gedacht. Was wäre wohl geschehen, wenn er inzwischen gestorben wäre, ohne Ehrenbürger zu sein? Wir denken zu wenig der Hinterbliebenen derer, die damals mit dem Wall ihrer Leiber Breslau geschützt haben. Auch die Schlacht bei Tannenberg war nicht das Werk Hindenburgs, sondern der Plan des Generals Hoffmann. Wer hat an eine Ehrung des Vorgängers des heutigen Reichspräsidenten gedacht, der nicht nur Schlesien, sondern Deutschland gerettet hat, damals, als diejenigen feige davonliefen, an deren Fingern das Blut von zwei Millionen Deutschen klebte? Als wir nach seinem Tode den Antrag einbrachten, eine Straße Friedrich-Ebert-Straße zu nennen, war man nicht der heutigen Meinung des Herrn Fischer, daß wir mit der Ehrung des Reichsoberhauptes uns selber ehren. Damals hat sich ein Teil der Versammlung gegen unseren Antrag gewandt und hat neue Beleidigungen zu den früheren Beleidigungen des Reichspräsidenten hinzugefügt. Es ist wahr, daß der Gedanke des Ehrenbürgerbriefes dem Magistrat von außen her zugebracht wurde. Hindenburg könne doch nicht nach Breslau kommen, wo man doch den General Woytsch und nicht ihn zum Ehrenbürger gemacht habe. Hand wird nur von Hand gewaschen, und Hindenburg kommt nicht anders denn als Ehrenbürger nach Breslau. Sie werden den Ehrenbürgerbrief beschließen, aber mehr als hunderttausend Breslauer Wähler, die uns gewählt haben, teilen auch in dieser Frage unsere Ansichten.

Vom Oberbürgermeister erfuhr dann die Versammlung, daß der Magistrat ein wissenschaftliches Gutachten des Reichsarchivs darüber eingefordert hat, ob Hindenburg der Retter von Breslau und Schlesien gewesen ist. Das Gutachten bejaht die Frage, und Professor Ziekursch, der das Gutachten nachgeprüft hat, ist der Ansicht, daß es richtig ist. Das Gutachten wurde schon im vorigen Jahre eingefordert, weil man Hindenburg anlässlich der Landwirtschaftlichen Ausstellung den Ehrenbürgerbrief überreichen wollte, er kam aber nicht nach Breslau.

In völlige Würdelosigkeit artete die Versammlung aus, als die Sakentragler Dr. Fritsch und Koesling hintereinander und gegeneinander redeten. Fritsch war für den Ehrenbürgerbrief, der aber auch Ludendorff gebühre, und Koesling dagegen, weil nicht Hindenburg, sondern Ludendorff der alleinige Retter gewesen sei. Auf einen sozialdemokratischen Zwischenruf drohte der Deutschnationale Thum mit Strafanzeige wegen Ehrenbürgerbeleidigung. Geheimrat Fischer wird wohl den Deutschnationalen, ehe sie zum Staatsanwalt gehen, erst ein Rechtsgutachten ausarbeiten, ob eine strafbare Äußerung vorliegt, immerhin wäre es sehr schön und erfreulich, wenn die Ehrenbürgerfrage auch vor Gericht noch einmal zur Verhandlung käme. Uebrigens hat Herr Thum gestern auch deutlich durchblicken lassen, daß er über viel Gehirnschmalz verfügt. Die das noch nicht wußten, werden mit Erstaunen davon Kenntnis nehmen, da man sonst von belagtem Schmalz bei ihm nicht gerade viel zu bemerken pflegt. Mit knapper Mehrheit wurde hierauf der Ehrenbürgerbrief beschlossen.

Aus der öffentlichen Sitzung interessiert, daß die Ringbaudeinhaber Plekner & Million, und Rißler 100.000 Mark von der Stadt für ihre Buden haben wollten, weshalb die Enteignung beschlossen wurde.

Ein Gaudi verursachte wieder einmal der deutschnationale „Arbeitervereiner“ Schönfelder. Als Genosse Mache bei seinem Eintreten für die Arbeiter, Angestellten und Beamten auf die gewaltige Preissteigerung hinwies, die die vortretende Wirtschaftspolitik der Reichsregierung verursacht habe, fuhr Schönfelder in die Höhe. Genosse Mache sagte, er sei schon mit

der Regierung fertig, so daß Herr Schönfelder weiter schreien könne. Im übrigen hätten schon Klügere als Herr Schönfelder von den Dingen etwas gemerkt. Darauf Schönfelder mählich: „Wollen Sie mir die Dummheit absprechen?“ — Nein, das wollten die Sozialdemokraten allerdings nicht, aber große Seltsamkeit löste der seltsame Zwischenruf aus.

Um 5 Uhr eröffnete Stadtverordnetenvorsteher Dr. Friedrich die Sitzung und erteilte Vizebürgermeister Vogel das Wort zu geschäftlichen Mitteilungen. Danach begründete Stadtv. Fischer einen Antrag auf Gewährung von Fahrpreisermäßigungen für im Gehen behinderte Rentnempfänger und Arbeitslosen auf der städtischen Straßenbahn, der vom Stadtv. Genossen Stope unterstützt wird, während sich Stadtv. Stecher als Berichterstatter des Ausschusses VIII gegen den Antrag wendet. Auch Stadtrat Jäger erhebt im Namen des Magistrats um Ablehnung des Antrages, da

Die Straßenbahn kein Wohlfahrtsakt

sei und der Einnahmen-Ausfall nach seiner Berechnung 240.000 bis 260.000 Mark betragen würde. Nachdem Stadtv. Genosse Dars die Stellungnahme der Sozialdemokratischen Vertreter im Ausschuss begründet und Stadtv. Himmson auf die verhältnismäßige Beurteilung der Fahrpreisermäßigung gegenüber Studenten und den hier zur Debatte stehenden außerordentlich beherrschten Personen angriff, wandte sich Stadtv. Genosse Stope nochmals sehr energisch gegen die ablehnende Mehrheit des Ausschusses und den Magistrat. Er wies darauf hin, daß die Berechnungsgrundlage des Magistrats vollständig abwegig sei, da die Zahl der im Gehen behinderten Arbeitslosen und Rentnempfänger viel geringer ist, wie die der Kriegsverletzten und diese jetzt zumest die Straßenbahn nicht benutzen, als bei Erteilung verbilligter Fahrmöglichkeit keinen Ausfall bedeuten können. Nach weiteren Worten der Stadtv. Stecher und Gläser wurde von dem Stadtverordnetenvorsteher der ablehnende Ausschussantrag als der weitergehende zuerst zur Abstimmung gebracht und gegen die bürgerlichen Fraktionen abgelehnt, daraufhin der Antrag Gläser mit der gleichen Mehrheit von Sozialdemokraten, Kommunisten und Bodenreformern angenommen. Es folgten

einige kleinere Vorlagen

über die Instandsetzung der Brücke im Wege nach Lanitz, die Pflasterung der Weststraße Dorffstraße bis Schäferer Kantern, die durch ständige Ueberschüttung nachharen Gefässes erforderliche Dränierung von Weiden an der Bahnhofsstraße in Herrnsdorf, die Instandsetzung einer Scheune und die Abgabe verbilligten Gases zu 11 Pfennig den Kubikmeter für Raumheizgerate ab 1. November 1927, die sämtlich angenommen wurden.

Eine kurze aber lebhaftige Debatte entstand dagegen bei der Magistratsvorlage auf Einteilung des

Enteignungsverfahrens der Ringbuden 180 und 195.

Diese Buden sollen abgebrochen werden, um die so notwendige Straßenerweiterung durchzuführen. Stadtv. Prymzel begründete die Vorlage, die sich erforderlich erweisen habe, da die Eigentümer das sechs- bis siebenfache des gemeinen Wertes gefordert hatten und eine Einteilung daher nicht zu erzielen war. Als Vertreter des unantastbaren Privateigentums tritt hierauf Stadtv. Kiefer auf den Plan und wendet sich gegen den Antrag, da durch ihn Benutzungen in die Bürgerstraße (!) getrieben würde und über die Sache nicht genügend bzw. gar nicht mündlich verhandelt worden sei. Stadtv. Genosse Widera tritt diesen Ausführungen entgegen. Die Baudenbesitzer hätten ungeheuerliche Forderungen gestellt. So wurde für

eine der Buden zuerst eine Viertelmillion,

dann immer noch 100.000 Mark Entschädigung verlangt (lebhafteste Bewegung). Derartige, einer Erpreßung gleichkommende, Praktiken gegenüber käme nur die Einteilung des Enteignungsverfahrens in Frage. Stadtv. Kiefer verweist sich nun gegen den Vorwurf mangelnden Interesses für die Interessen der Allgemeinheit, hält aber trotzdem die Möglichkeit der Verhandlungen nicht für erschöpft. Ein Vertreter des Magistrats erklärt dem gegenüber, daß mit beiden Baudenbesitzern und wiederholt verhandelt worden sei und überdies ja auch nach Einteilung des Enteignungsverfahrens den Interessenten noch die Möglichkeit offenstehe, zu verhandeln. Die Vorlage wird schließlich angenommen.

Hierauf geht die Verlesung der Verlesung einiger

Dringlichkeitsanträge

über, deren Dringlichkeit durchweg ohne Widerspruch bejaht wird. Als erster Antrag wird eine Magistratsvorlage auf Bewilligung im Sportpark Dopperau ohne Debatte angenommen, während bei dem zweiten Dringlichkeitsantrag auf Erhöhung des Zuschusses an die Zentrale für Jugendfürsorge um 3800 Mark Stadtv. Genosse Bieck einige grundsätzliche Darlegungen über die Stellung der SPD zur Zentrale für Jugendfürsorge macht. Die SPD ist grundsätzlicher Gegner der Übertragung derartiger nach dem Reichs-Jugendwohlfahrtsgesetz den Kommunen obliegenden Aufgaben an private Organisationen. Die Übertragung wäre vielleicht noch zu rechtfertigen, wenn die Mittel dann auch von diesen Organisationen aufgebracht würden. Praktisch aber fordert die Zentrale für Jugendfürsorge alle Mittel von der Stadt und lei überdies bei der Auswahl der Mitarbeiter keineswegs von der erforderlichen Objektivität geleitet. Die Fraktion werde diesmal noch den hier angeforderten Mitteln unter der Voraussetzung zustimmen, daß die Funktionen der Z. f. J. im kommenden Jahre auf städtische Organe übertragen werden. Sollte dies nicht geschehen, so werde die Fraktion bei den Sitzverhandlungen ihren ablehnenden Standpunkt zum Ausdruck bringen müssen. Stadtv. Dr. Soffinka und Stadtv. Frau Ollendorf wandten sich natürlich gegen Bieck und betont die außerordentliche Bedeutung der ehrenamtlichen Mitarbeit bei der Jugendfürsorge (die ja garnicht ausgeschaltet werden soll. D. Red.) und halten die private Initiative für unerlässlich. Stadtv. Genosse Bieck unterstreicht nochmals, daß die Z. f. J. fast ausschließlich von Mitteln der Allgemeinheit lebe und daher die Allgemeinheit, d. h. die Kommune auch die Verantwortung tragen müsse. Die Uebernahme bewährter Kräfte aus dem Dienst der Z. f. J. stehe nichts im Wege, so daß Härten nicht zu entstehen brauchten. In der Abstimmung wird die Vorlage dann angenommen.

Bei dem dritten Dringlichkeitsantrag auf Abschließung eines Mietvertrages für Räume eines Jungmädcheneheims wird, nachdem Stadtv. Genosse Gufan Wolf auf die unvernünftigmäßig hohe Miete des in Aussicht genommenen Objekts hingewiesen und Ausschussberatung beantragt hat, in den Ausschuss IX verwiesen.

Zur Frage der

Beamten- und Angestelltenbeholdung

hat der Magistrat nun eine vierte Vorlage auf Erhöhung der für Unterführungen an Beamte, Angestellte und Ruhegehälter empfangener bereitgestellten Mittel um 150 Prozent, das sind 75.000 Mark, eingebracht, mit dessen Beratung vergebene Zulassung nicht verbunden werden. Es hatten die Beamten, von unterer Fraktion unterstützt, einen Antrag auf Gewährung von gestaffelten Zuschlägen (30 bis 20 Prozent) an die Beamten und Angestellten, unsere Fraktion den weiter oben abgedruckten Antrag auf Gewährung von Beihilfen für die

Dauerbrandöfen

Transportable Herde, Ofenbau sowie sämtliche anderen Koch- u. Wälderbedarfartikel kochen Sie, wie allgemein bekannt, gut und preiswert bei der Firma

Eisen-Brandt

Inhaber: Fritz und Max Brandt Spezialgeschäft für Eisen- und Stahlwaren aller Art, Werkzeuge, Oelen, Herde, Haus- und Küchengeräte

BRESLAU Nikolaistraße 63a (Ecke Neuweilgasse)

Arbeiter, und im Laufe der Debatte der demokratischen Stadt. Bleich einen Gegenantrag auf weitere Erhöhung des Unterstützungsfonds eingebracht. Stadt. Dr. Wolf wandte sich als Vertretter gegen den Antrag der Kommunisten, worauf Stadt. Ammon in einer recht langatmigen Begründung auf das Beispiel der Stadt Berlin hinwies und sich gegen das Schema der Unterstützungsgewährung wandte. Der Rämmerer Dr. Pfeibel findet dagegen die Unterstützung als ausweichend, um den vorhandenen Mangeln vorerst zu steuern, und erklärte die vorliegenden Anträge der Sozialdemokraten und Kommunisten als

finanziell untragbar. Stadt. Genosse Maché stellte fest, daß die ungeheure wirtschaftliche Notlage der Gehaltsempfänger infolge der anhaltenden Steigerung des Preisniveaus durch die Einführung der Unterstützungsgewährung vom Magistrat praktisch anerkannt wurde. Sämtliche Beamten und Angestellten einer Hilfe bedürftig, so gilt dies noch vielmehr von den Arbeitern. Es wäre auch interessant, die Ursachen der Preissteigerung zu behandeln, die wohl bei der Preisregulierung zu suchen sind. (Lärm auf der Rechten, Zwischenruf!) Herr Kollege Schäffler, ich wüßte ja, daß Sie jetzt aufwachen werden. Aber Sie können beruhigt weiter schlafen, denn ich bin schon fertig. (Lärm auf der Linken.) Stadt. Schäffler: Sie wollen mir wohl die Dummheit absprechen. (Anhaltende Heiterkeit links.) Die Erhöhung der Bezüge

ist unabweisbar und wird kommen. Bis zu der Erhöhung aber muß Hilfe geschaffen werden, damit die Arbeiter der Stadt sich wenigstens mit den notwendigen Intervorraäten eindecken können. Verwaltungsdirektor Haasfeldt und der Rämmerer Dr. Pfeibel wendeten sich nochmals gegen die Zusatzanträge, wobei der Rämmerer ungeheuerliche Gehaltserhöhungen als einzigen Ausweg zur Deckung der nach diesen Anträgen notwendigen Mehrausgaben in Aussicht stellt und Verweisung in den Ausschuss VIII erbittet. Stadt. Bleich führt einen Eiertanz zwischen Interessenvertretung der Beamten und Entgegnungen auf die Redner der Linken auf. Er bezeichnet die Anträge als Agitationsanträge und polemisiert lebhaft gegen die SPD. Schließlich beantragt er - Erhöhung des Unterstützungsfonds. Auch die Stadt. Dr. Wolf und Krebs polemisierten gegen die sogenannten Agitationsanträge der Linken, wogegen in nicht durchgehender glücklicher Form der Stadtd. Kuhnhold die kommunalistischen Gesichtspunkte verteilte. Stadt. Seppelt beantragt schließlich Schluß der Debatte, der gegen die Sozialdemokraten, Kommunisten und Sozialisten zugestimmt wird. Im Schlusswort der verschiedenen Antragsteller sagt Stadt. Genosse Maché, er freue sich, daß Kuhnhold wieder zu sehen sei und daher seine Anerkennung an den Tag legen könne. (Vorher: Dr. Friedrich: Kollege Maché, so etwas dürfen Sie von einem Stadtverordneten nicht sagen: Heiterkeit.) Der Antrag Bleich kann man wohl nicht als Agitationsantrag bezeichnen, da er nur

eine Wiederentnahme früherer Sünden sei. Im Übrigen seit der SPD von der Beamtenversammlung, von der Bleich behauptet hat, sie hätte gleichlaufend mit einer die Besoldungsfrage behandelnden Stadtverordnetenversammlung gefunden, nichts bekannt. Die Anträge der Linken sind keine Agitationsanträge des UOB, da die SPD, bekanntlich in dem Streit der Beamtenorganisationen neutral sei (Zwischenruf!). Die Tatsache, daß auch die Kompa, wie Dr. Wolf erzählt hat, den gleichen Antrag an die Stadt richtete, beweist dies. Der Rämmerer habe bei dem trüben Bild, das er zeichnete, übersehen, wie zu erwartende wesentliche Rechenannahme aus den Anteilen an den Reichsteuern in Rechnung zu stellen. Die Deckungsfrage ist nicht so schwierig, wie man tut. Die Not aber ist groß und ihr muß geheuert werden.

In der Abstimmung werden der Magistratsantrag, der Zusatzantrag Maché und der Antrag Bleich dem Ausschuss VIII überwiesen, während der Antrag Ammon auf Gewährung von Zuschlägen zu den Gehältern der Beamten und Angestellten mit einer Stimme Mehrheit angenommen wurde. (Zwischenruf Dr. Wolf: Der Magistrat lehnt es doch ab!) Zu bemerken ist dabei, daß die Bodenreformer stets mit den übrigen bürgerlichen Fraktionen gegen die Linke stimmten. In die öffentliche Sitzung der geheime Sitzung an, in der die Ehrenbürgererschaft des Feldmarschall Hindenburg beraten wurde.

Die Reichswehr als Arbeitgeber.

Ausgeprehte Zitronen werden weggeworfen. Drei Frauen hatten beim hiesigen Heeresverpflegungsamt jahrelang Männerarbeit verrichtet, Straßarbeiten und schwere Säcke geklopft und ihren persönlichen Zustand damit natürlich nicht gehoben. Aber sie verrichteten nach wie vor ihre Arbeit, und von Invaldisierung konnte noch keine Rede sein. Da wurde den drei Frauen plötzlich im Juli dieses Jahres ihr Arbeitsverhältnis gekündigt, so daß sie, die die Kraft ihrer besten Jahre im Dienste des Heeresverpflegungsamtes verarbeitet hatten, plötzlich mittel- und arbeitslos dastanden. Da bei dem Heeresverpflegungsamt erfreulicherweise ein Betriebsrat besteht, legten die drei organisierten Arbeiterinnen Einspruch gegen die als unbillige Härte zu betrachtende Kündigung ein, der, da eine Einigung nicht erzielt werden konnte, vor dem Arbeitsgericht verhandelt wurde. Dieses erklärte gemäß dem Klageantrag auf WiederEinstellung bzw. im Falle der Ablehnung durch den Arbeitgeber auf Zahlung von 600 Mark Entschädigung (jeweils ein Zwölftel des Jahresverdienstes für ein gekündigtes Dienstjahr) an jede der Entlassenen.

Der Reichsjustiz, der sich anscheinend nicht entschließen konnte, die ausgeprehten Arbeiterinnen weiter zu beschäftigen (sich Anteil an Ausgaben der unferer löppligen Wehrmacht wird nicht erkünderen gewelen kein V. Ker.), legte Beratung ein, die am Dienstag vor der 2. Kammer des Landesoberlandesgerichtes verhandelt wurde. Der Vertreter der drei Frauen, Genosse Blant vom Komitee- und Staatsarbeiter-Verein, verteilte natürlich die Aufrechterhaltung des erkranklichen Interesses, während Reichsanwalt Süßwiler die Abweisung der Klage damit begründete, daß die Klagenenden doch nicht mehr im Vollbesitz ihrer Kräfte seien. Genosse Blant erinnerte ihn, daß es ihm in einem anderen großen Betriebe auch noch andere als Männerarbeit für Frauen finden könne, von denen die eine zwanzig, die andere achtzehn und die dritte dreizehn Jahre im Dienste des Heeresverpflegungsamtes gestanden habe. Um den Ausschussausstand privater Unternehmer soll zu machen, wies das Gut des Gerichtes noch besonders darauf hin, daß die Frauen noch lebendig wegen Krankheit bestellt hätten (!). Nach längerem Verhandeln wurde schließlich auf Abweisung der Berufung folgender Beschluß gefaßt: Der von beiden Seiten bis zum 20. September widerrufen werden kann.

Die Klage wird die entlassenen Arbeiterinnen von Tage der Rechtskraft des ausgeprochenen Beschlusses, das ist vom 21. September 1927 ab, in einer einzigen ihrer Körperkräfte an den vollen Lohn und unter möglichst bestmöglicher Berücksichtigung ihrer bisherigen Entlassung, weiter bezahlt werden. Die Arbeiterinnen werden bezahlt sein, im Dienste werden nicht zu fehlen. Die Klagenenden haben im anderen Teil ihren Fall nicht zu verlieren, die Klage wird abgewiesen werden. Der Reichsjustiz wird die entlassenen Arbeiterinnen von Tage der Rechtskraft des ausgeprochenen Beschlusses, das ist vom 21. September 1927 ab, in einer einzigen ihrer Körperkräfte an den vollen Lohn und unter möglichst bestmöglicher Berücksichtigung ihrer bisherigen Entlassung, weiter bezahlt werden. Die Arbeiterinnen werden bezahlt sein, im Dienste werden nicht zu fehlen. Die Klagenenden haben im anderen Teil ihren Fall nicht zu verlieren, die Klage wird abgewiesen werden.

Die Gräßhener Straße

genügt längst nicht mehr dem vorhandenen Verkehrsbedürfnis. Bedingt wird das Verkehrseben in der Gräßhener Straße einmal durch die Friedrichstraße in Gräßhchen, dann aber auch durch die zahlreichen großen Fabrikanlagen, die weiter oben entweder direkt an der Straße oder etwas abseits liegen. Ganze Arbeiter-Radfahrertrümmen streben alle Morgen durch die Gräßhener Straße zu diesen Fabriken, während ein Teil der Straßenbahn benützt oder zu Fuß geht. Zurzeit ist man damit beschäftigt, die Gräßhene Straße zu verbreitern, und zwar geschickt das in dem Abschnitt von der Kreutz bis hinter Hopf & Görke. Zu beiden Seiten werden die Bürgersteige erheblich eingekürzt, die Straßenbahnschienen zweifach verlegt und die Fahrbahn neu gepflastert. Auch die Umgebung bei Hopf & Görke ist zu überlegen, um für die Straße mehr Platz zu schaffen. So wird also die Gräßhener Straße in der Gegend des Eichenparks in Kürze die erforderliche Breite aufweisen. Ihre Verbreiterung unter der Unterführung ist jedoch nicht möglich. In absehbarer Zeit wird man wohl auch damit beginnen, die mehr auf den Sonnenplatz zu stehenden Baumreihen und Vorgärten zu befestigen, um auch hier die Gräßhener Straße breiter zu machen. Wenn erst die neuen Großmarkthallen am Ende der Siebenhufener Straße in Betrieb sein werden, wird sich der Verkehr in der Gräßhener Straße, wenigstens im Anfangabschnitt, weiterhin vergrößern.

Öffentliche Frauen-Versammlungen

finden am Montag, den 19. September, abends 8 Uhr, in den in der Sonnabend-Nummer dieser Woche angeführten Notizen statt. Parteigenossinnen! Volkswachtleserinnen! Besucht sämtlich diese Versammlungen. Ueberall werden wichtige Verträge gehalten.

Öffentlicher Lehrgang für Berufsberatung.

In der Zeit vom 19. September bis zum 19. November wird auf Veranlassung des Preussischen Ministers für Handel und Gewerbe ein Lehrgang für Berufsberatung in Breslau abgehalten. Auf Veranlassung der Geschäftsführung, die dem Niederschlesischen Landesarbeitsamt in Breslau übertragen wurde, erfolgt am Montag nachmittag im Provinziallandtags-Sitzungsraum im Landeshaus unter Vorsitz des Landeshauptmanns Dr. von Tschae, die Eröffnung des Lehrganges. Der Vorsitzende begrüßte die Vertreter der Behörden, vor allem Ministerialrat im Preussischen Ministerium für Handel und Gewerbe, Schindler, ferner die Lernenden und Lehrer, die an dem Lehrgang teilnehmen. Ministerialrat Schindler wies sodann auf die außerordentliche Wichtigkeit dieses Lehrganges hin, sowie auf die große wirtschaftliche Bedeutung der Berufsberatung, denn es ist natürlich für die Wirtschaft von hervorragender Bedeutung, wenn der richtige Mann an die rechte Stelle kommt. Für das wichtige Amt der Berufsberatung für die Berufsberatung können nur erstklassige Menschen gebraucht werden. Aber auch bei den Lernenden kann nicht von Grund an angefangen werden, sondern sie müssen schon ein großes Maß von Wissen mitbringen, so daß hier eine Vertiefung ihrer Kenntnisse erfolgt. Das Programm, das vorliegt, ist hart und schwer, aber dieser Lehrgang muß zeigen, was geleistet werden kann.

Direktor Reumann - Breslau statsete dem Vorredner, als dem Vorkämpfer dieser Lehrgangsbewegung, den besten Dank ab. Hörer seien aus Nag und Fern herbeigekommen; im ganzen 46 Personen und zwar aus Niederschlesien, aus Breslau, aus Oberschlesien, aus Frankfurt, Berlin, der Rheinprovinz, Hessen-Kassel, Thüringen, Mecklenburg usw. Sie alle hieß der Redner auf das herzlichste willkommen. Der Leiter des hiesigen Berufsamtes, Dr. Rose, wies auf den umfangreichen Lehrstoff hin, der für 312 Arbeitsstunden in Aussicht genommen wurde. Sieht man sich jedoch die Liste derjenigen an, die sich als Lehrer zur Verfügung gestellt haben, so brauche man um den Erfolg keine Sorge haben. Mit dem Wunsch, daß der zu verarbeitende Stoff in freier Rede und Gegenseite den Lernenden näher gebracht werde, wurde die Eröffnungsfeier geschlossen.

Der umfangreiche Lehrplan, der als Lehrer ganz hervorragende Namen aufweist, wurde bereits am 12. September in Angriff genommen und erstreckt sich über die nächsten 10 Wochen.

Kinderferienwanderungen des Touristenvereins „Die Naturfreunde“ C. B.

Es war ein Mittwochs, hell und klar, ein selten schöner Tag im Jahr, als wir mit knapp vierhundert blauen Großstadtgrünblättern zur Mutter Natur hinanswanderten. Unser Ziel war Wildsburg. Uns an der Spitze gingen in zwei Gruppen teilend, ging es durch Parkanlagen, links durch Beerental, rechts am Ortsranden-Lustbad vorbei, um uns an der Günterbrücke zur Frühstücksrast wieder zu vereinigen. Dann strebten wir unserem Ziel zu, wo uns eine zur Vereinigung frei gegebene Weiche erwartete, und nun Wasser, Luft und Sonne das ihrige beitrugen. Glück und Freude in die kleinen Herzen zu senden. Viel zu schnell verging die Zeit und mit Bedauern wurden die sieben Stunden in den Wagen verkauft, als es sich „Sammeln“ herausstellte und die Kameras bis nachher so busstbewegte Weiche vor. In Schwowitz noch eine Wasserstation und dann marschierten wir braun gebräunt durch Jimpel nach dem Gewerkschaftshaus. Vorher noch einen kleinen Absacker zum Herrn Rednermeister Kattzin, um uns für die in Aussicht gestellten Dampfer zur nächsten Fahrt durch Jungen zweier Lieder zu bedanken. Am Mittwochs, den 12. Juli, sammelten sich 600 Kinder am Waghplatz zur zweiten Wanderfahrt, die mit zwei Dampfern und einem Angehörigen doppelten nach Sandberg führen sollte. Was der kluge Morgen verbrachte, sollte der Tag nicht halten, denn zum zweiten Mal, schon mit schon bis Mistelbäumen drohend herangehen und nach einem kleinen Lutz Hnelein lag des Hinwegs Scheitern. Doch so schlimm wie in der Stadt war es bei uns wohl nicht, denn der Humor behielt immer noch die Oberhand. Die Jungen liefen in Scharen herum, wir anderen hätten es auch so machen wollen, denn nach wärmeren wohl die weißen bis auf die Haut. In Sandberg angelangt, ludte alles Geduld unter Tag und Dunkelheit. Die erste Lösung ging „Laden“, und freudig waren sie alle dabei. Ein „Pompe“, dann „Pompe“, wenn da ein Kinderberg nicht höher schlagen soll - ! Dann zurück zum Standquartier, wo die Zeit mit Wittageffen und Spielen dahinfliehte. Petrus hatte sich inzwischen auf seine Pflichten aus gegenüber besonnen und so konnten wir noch einen leichten Nachmittagsbuchen. Im Keller gab es dann für die Kinder Kaffee und Kuchen. Zeit ward es nun wieder zur Heimfahrt nach in der abendlichen Dampfer zum Sandberg zur Einsetzung an der nächsten Vormittag. Gute gut, alles gut. Glücklich laden wir an der Königstraße.

Die dritte Wanderung war nach dem Kalschobad an der Mutter Natur. Nach vorübergehender Aufbebung machte uns ein der ganzen Tag unbehaglicher Regen alle Freude zu Wasser. Im Sitzraum des Bades erhielt jedes Kind eine Brausekur, ein Geschenk der Firma Speck & Sätting. Dann kam ein einiger Nachtbesuch ein Nachmittags gab es wieder Kaffee und Kuchen, aber der Regen - - - !

Zur vierten Wanderung strahlte uns die Sonne und ein blauer Himmel leuchtete wie am ersten Tage. Diesmal führte uns zuerst die Badeanstalt heingelacht. Da konnten sie sich unbesorgt zumachen im Wasser und am Strande. Der Ranbratz machte dort auch einen Besuch ab und hatte seine Freude an dem Leben und Treiben. Da sich nun ein harter Appetit einstellte, wogen wir nach dem Garten „Waldrücken“, wo bei einer guten Suppe, einem mächtigen Süß-Wurst und Semmel der Magen zu seinem rechten kam. Durch den grüngeblühten Buchenwald führte uns mittags der Weg am Lustbadsturm vorbei nach der Stadt, wo uns auf dem Ring Genosse Udeit offiziell begrüßte. In dieser Stelle sei auch nochmals der freundlichen Stadt Treibung besonders gedenkt, die 200 Mark für die Kinder gekonnt hatte; ein nachahmenswertes Beispiel. Geführt durch die Musikkapelle zogen wir singend durch die Straßen, die Jungens oft langangehend mit ihrem Refrain: „Nie, nie woll'n wir Wasser tragen; nie, nie woll'n wir wieder Krieg. Sei, laßt die hohen Herren sich alleine schlagen, wir machen einfach nicht mehr mit.“ In dem Garten „Königsplatz“ erwarteten uns schon die Kaffeekassen und bei Kaffee und Kuchen gab es einen fröhlichen Schmaus. Nachher noch einige Spiele, dann hieß es sammeln zur Heimfahrt. Damit diese nicht ganz trocken sein sollte, wurden den Kindern noch Bonbons zugeleitet, die von Genossen Janotta gespendet waren. Nach einer Abschiedsrede des stellvertretenden Bürgermeisters ging es zur Bahn, wo uns zwei Züge nach Hause beförderten.

Bei der fünften und letzten Wanderung war uns auch der Wettergott hold, wenn auch die Sonne nicht gar so sehr brannte. Durch die Zimpeler Siedlung gelangten wir in die Gehölkungstälte der Ortskassenkasse. Bald waren alle Turn- und Spielgeräte besetzt und was nicht unter Duschchen oder mit Leichtathletik beschäftigt war, reichte sich ein in Spiel- und Langrennen. Nebenher wurden die Kinder wieder mit Kaffee und Kuchen gestärkt und kurz vor dem Abend gab es als Extraübertaschung für jedes Kind Wiener Würstel und Semmel. Im Fadelzug ging es nach dem Gewerkschaftshaus, das den Kindern zur Freude in flammendem Rot erstrahlte. Im Hof richtete Genosse Kuffert noch eine herzhafte Ansprache an die Kinder und ein Mädchen, das seine 40. Wanderung hinter sich hatte, sprach im Namen aller Kinder ihren Dank aus allen denen, die durch finanzielle Unterstützung oder durch Einsetzung ihrer Persönlichkeit bemüht waren, den Kindern ein paar fröhliche Tage zu schaffen unter anderem auch die uns bei drei Wanderungen begleitende Musikkapelle, die auf dem Lande, auf dem Wasser und in der Bahn in hohen Weisen ihr bestes gaben, sowie die Arbeiterkameraden, die wieder so mancher kleinen Wunde zur Heilung verhelfen sollten. Genosse Philipp schloß sich dem Dank an, denn nur so war es möglich gewesen, gegen 2800 Kindern den Mauern der Großstadt zu entziehen und ihnen eine schöne Erinnerung zu geben. Mit einem „Berg frei“ und auf Wiedersehen zu den Herbstferien verabschiedete er die Kinder. W. R.

Der Meisterchaftstag in Grünau.

Die am kommenden Sonntag in Grünau zur Austragung gelangenden Meisterchaften von Breslau haben in Radparaden freier allgemein großes Interesse erweckt, zumal auch die Beschung in beiden Meisterchaften guten Sport verspricht. Für die Stehmeisterchaft, die in einem Lauf über 50 Kilometer ausgefahren wird, sind Max Stupinski, Karl Dauter, Josef Meier, Erich Rosenberger und der neue Berufsfahrer Willy Schach verpflichtet worden. Bei der Fliegermeisterchaft interessiert vor allen Dingen das erste Zusammentreffen des vorigjährigen Meisters Fritz Knappe mit dem neuen Berufsfahrer Hellmuth Kieslich hier in Breslau. Für beide sind aber auch Krollmann, Junge, Schneider und Loeschke keine leicht zu nehmenden Gegner und es wird daher auch hier zu schönen und vor allem interessanten Kämpfen kommen. Sämtliche Flieger treffen außer in der Meisterchaft noch in einem Malfahren, Bergabfahren und Puntiefahren aufeinander, jedoch also der Breslauer Radparaden: am kommenden Sonntag ein sehr schöner und vielseitiger Renntag bevorsteht. Für die neuen Meisterfahrer sind von der Gemeinde Grünau wertvolle Ehrenpreise gestiftet worden. Freitag und Sonnabend nachmittags 5 1/2 Uhr findet öffentliches Training statt.

Modenschau der Damen-Nähmaschinen.

Zum zweiten Male trat die Breslauer Damen-Nähmaschinen-Fachvereinigung mit einer Modenschau vor die Öffentlichkeit, um für die Magarbeit zu werben. Die Modenschau, die für den 16. und 17. September in der „Hermann-Lage“ vorgesehen war, hatte sich gestern ebenso wie ähnliche Veranstaltungen, die in diesen Tagen vor sich gingen, des besten Erfolges zu erfreuen. Die Veranstalter dieser Schau legen bei ihrer Arbeit das Hauptgewicht auf die persönliche Note des Trägers und nehmen zur Verarbeitung nur allerbeste Stoffe. Die Kleider und Mäntel, die hier vorgeführt wurden, dürften gewiss nicht allzu billig gewesen sein; Preise wurden nicht genannt. Doch immerhin dürfte gerade diese Magarbeit den Vorteil der großen Dauerhaftigkeit haben. In der „guten“ alten Zeit war es ja selbstverständlich, daß ein Kleid nach Maß gearbeitet wurde, dann aber auch jahrelang halten mußte. Diese Gediegenheit entspricht aber dem Gesamtgedanken der heutigen Damenwelt nicht mehr so allgemein. Schnellegeht wie die heutige Zeit, werden auch die Kleider gern schnell gewechselt, und darum wird lieber allgemein billige Fertigmade, als ein teures Stück gekauft, zu dessen Anschaffung auch dem übergroßen Teil der Frauen die Mittel fehlen dürften. Immerhin war gerade diese Modenschau eine außerordentlich gediegene und geschmackvolle und sie dürfte ganz besonderen Anlaß bei den zahlungsfähigeren Frauen gefunden haben. Die Vorführungen werden heute noch einmal wiederholt.

Modenschau der Firma Barasch.

Die nette, intime Modenschau, die die Firma Barasch schon einige Male im „Schlesischen Hof“ veranstaltet hatte, erstreckte sich einer allgemeinen Beliebtheit und so wird auch die gegenwärtige Modenschau wieder überaus stark besucht. Alle vorgeführten Kleidungsstücke, seien es Kleider, Mäntel, Hüte, Schuhe oder Strümpfe, alles stammt aus dem Hause Barasch. Wenn die Firma auch vornehmlich mit ihren Waren auf den Massenmarkt eingeworfen ist, also Kleidungsstücke zu erschwinglichen Preisen führt, so fehlen doch auch nicht die kostbaren Toiletten und teuren Pelzmäntel. Durch eine nette Umgebung von Längen und Gesangsarrangements findet die lange Reihe der Vorführungen eine angenehme Unterbrechung, so daß sich das Auge ausruhen kann, bis wiederum allerlei Kleidungsstücke vorüberziehen, die Hoffnungen auf ein reines Aufpreisverständnis. Eine besonders unterhaltende Nummer ist die am Sonntag folgende Verlosung von zehn Gewinnen. Nicht immer paßt der Gegenstand so recht für den Gewinner, und es erdient z. B. für ein Mißgeschick, wenn ein Herr ein Damennachthemd oder eine ältere Dame eine hochmoderne Hemdhose gewinnt. Jedenfalls hat es die Firma Barasch verstanden, mit einer Riesenauswahl billiger und geschmackvoller Kleidungsstücke das große Publikum zu erfreuen und zum Kauf anzuregen.

Der Erweiterungsbau der Lehman-Hochschule.

Der in der Heuer begonnene Erweiterungsbau der Lehman-Hochschule nähert sich jetzt seiner Fertigstellung. Derzeitlich, aber im wesentlichen fertiggestellt ist, dessen Grundsteinlegung in Anwesenheit des Preussischen Kultusministers im Dezember 1926 stattfand, wird bereits zu einem Teil im kommenden Wintersemester der Benutzung übergeben werden können. Das neue Gebäude, welches sich an das bereits vorhandene, von der Hanfschuh zugängliche Gebäude an, findet

Niemals wieder so billig!
 Der weitaus Weg ist nicht der kürzeste
 Aus eigener Erfahrung

Herrn-Anzüge dauerhafte Stoffe, viele Farben, gute Passform, nur 17.50

Lieg. Gubardine- und Hammam-Anzüge in den neuesten Mustern, 23 Mk.

Sport-Anzüge englisch gemessen, haltbare Stoffe, nur 22.00

Mod. Wintermäntel schwere u. Marengo, gute Stoffe, nur 24.00

Knaben-Anzüge aus besten Stoffen, nur 5.25

Brecheshosen aus Kordstoffen, doppelseitig, nur 5.90

Winterjoppen, Gummimäntel, Wind-Jacken, sow. sämtliche Arbeitshosen **fabrikant billig**

Tuch- und Maßgeschäft Chelomowitz
 Nur Sadovastraße 4, III. Etage
 3 Minuten vom Hauptbahnhof. — Kein Laden.

Fahrräder in jeder Preislage. Reparaturen, Emallierung, Vernickelung billigst. wöchentlich 2 bis 3 Mk. Abzahlung.

Nähmaschinen Auch ohne Anzahlung.

Fahrrad-Kramm Fränckelplatz 5, am Hauptbahnhof.

Meiner Bohnenaffee

ist ein belebendes Element, er wirkt ausreichend auf die Lebensfunktionen des ganzen menschlichen Organismus.

Stieblers Qualitäts-Mischungen erhalten Sie täglich frisch geröstet, wodurch größte Gewähr für Ergiebigkeit und Wohlgeschmack geboten ist.

Nr. 3 Feine Mischung	1/2 kg	3.00
Nr. 4 Feine Hausfrau-Mischung	1/2 kg	3.40
Nr. 5 Kautschuk-Mischung	1/2 kg	3.60
Nr. 6 Kautschuk-Edel-Mischung	1/2 kg	4.00
Nr. 7 Feiner Mischung	1/2 kg	4.20
Nr. 8 Feinster Mischung	1/2 kg	4.40
Gute Hausfrau-Mischungen	1/2 kg	2.80 2.60 2.40

Neu aufgenommen:
Brotarm Vollnahrung schafft Gesundheit und Kraft
 1/2 kg-Paket 1.00 Mk.
 Eingetroffen von neuer Ernte:
Feinster Schlosfisch, Blütenhonig
 1/2 kg-Glas 1.00 1.30 franko einschl. Zölle
 1/4 kg-Glas 0.50 1.30 franko einschl. Zölle
 Honig ist ein allererstes Gesundheitsmittel von höchster Heilkraft.

Stieblers Feinstoff
 Nur beste frische Qual. zu mäßigen Preisen.
 Allefeinige schmelzbare Molkerei-Butter aus pasteurisiertem Rahm hergestellt

1/2 Pfund-Einzel	1.05
Kern. Aust.-Molkerei-Butter	1/2 Pfund-Einzel 0.98
Schweizer Käse, großgelocht	1/2 kg 1.00
Emmentaler Käse	1/2 kg 0.80
Milchner Limburger	1/2 kg 0.80
Bierkäse	1/2 kg 1.40
Milchner Emmentaler o. Rinde, Schachtel 6 Stk.	1.10
Holl. Gouda-Käse	1/2 kg 0.70
Holländer Zerkleinert	1/2 kg 2.00
Berliner Mettwurst	1/2 kg 1.00
Pommeswurst	1/2 kg 0.60
Rindfleischwurst	1/2 kg 0.60
Wurst, geräuchert	1/2 kg 0.60
Hühner, geräuchert	1/2 kg 1.00
Butterkäse, geräuchert	Bund 1.20
Wurst, geräuchert	1/2 kg 2.20
Wurst, mild geräuchert	1/2 kg 4.40
Hamauberlinge	1 Str.-Doie 1.00
Holländer	1 Str.-Doie 1.00
Offener Bratenhinge	1 Str.-Doie 0.90
Holländer I. Manonade	Doie 0.75 u. 1.49
Geleberlinge	1 Str.-Doie 1.00, 1/2 Str.-Doie 0.60

Sonder-Angebot!
Meraner Kurtrauben
 große, blaue, wohlschmeckende Trauben.
 1/2 kg 0.60, im Gefäß ca. 0.80, 1/2 kg netto 0.52

Ital. Goldtrauben
 1/2 kg 0.50, im Gefäß ca. 0.80, 1/2 kg netto 0.40

Verlangen Sie unsere neue Preisliste!
 Der Versand nach auswärts wird schnellstens und auf das Beste erledigt!

Breslauer Kaffee-Rösterei
Otto Stiebler
 Breslauer, Gubardine-Platz 3
 und 32 Filialen
 Jedes Detailgeschäft im offenen Verkauf.

Infolge fortwährender
Mietserhöhung
 sind wir gezwungen, unsere
Filiale Lebengrubenstraße 75
 Ende Herbst 1927 aufzugeben.
 Wir haben hierfür ein Geschäft
Lebengrubenstraße 61, 6. u. 7. Stock
 eingerichtet und bitten die geehrte Kundschaft,
 uns nach vorst. Folgen zu versetzen.

Liebe Mutti!
 Vom 17. Sept. an sind
Kindertage
 Da kaufst Du gewiß
 etwas Schönes für mich
 bei

LINDENMANN & CO. A.G.
 DAS HAUS DER VERTRAUENSQUALITÄTEN
 Breslau • OHLAUERSTRASSE 71/73

Ja, zuerst weiches

So ist die Reihenfolge: lies

1. Adler, Der Marxismus als proletarische Lebenslehre 1.—
2. Lassalle, Arbeiterprogramm 0.20
3. Marx-Engels, Das Kommunistische Manifest 0.60
4. Marx, Lohnarbeit und Kapital 0.30
5. Engels, Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft 0.40
6. Kautsky, Die proletarische Revolution und ihr Programm 2.40

Deine Zeit ist knapp!
kaufe planmäßig!

Lieferer und ständiger Berater: **Volkswacht-Buchhandlungen**
 Neue Graupenstr. 3 u. N. Taschenstr. 11

Sil
 zum Bleichen
 ohnegleichen!

Bücherfreunde
 sollten sich stets der täglichen Neueingänge billiger Bücher in der **Volkswacht-Buchhandlung, Breslau III** Neue Graupenstr. 5, erinnern.

Freitag Billige, schöne Sonnabend
Herbstbekleidung
 für Damen, Mädchen und Knaben

Damenkleider aus gutem Popeline in verschieden schönen Farben mit höherer, moderner Stickerei Stück 9.95

Damenkleider aus Ia Möbiusstoffen, in extra dunkle solide Farbstellungen Stück 10.75 9.75

Damenkleider aus prima Popeline, reine Wolle, viele Farben mit Ia Stickerei Stück 14.50

Tanzkleider aus Taffel, moderne Machart, schöne Ballfarben Stück 12.90

Tanzkleider aus Ia Eolienne mit moderner Ballarten Stück 17.50

Kasaks aus Ia Velour, in verschiedenen Macharten, gute Qualität, Stück 4.50 3.95

Hausröcke aus guten, englisch gemusterten Stoffen, nur dunkle, solide Farben Stück 2.95 1.95

Hauskleider aus gutem Velour u. Winterkrepp, in viel. schönen Farbstell. Stück 5.75 3.90

300 Stück moderne Damen-Mäntel

Damenmäntel aus Ia Flausch, gute Qualität mit imitiert Pelzbesatz, garnierung, St. 14.50 10.50

Frauenmäntel aus bestem Flausch, zum Teil mit imit. Pelzbesatz, Stück 24.00, 19.50 16.50

Damenmäntel aus bestem Flausch, Kragen, Manschetten und unten herum mit Ia Plüsch garniert Stück 24.00

Frauenmäntel aus Velour, Ottomane, zu Teil mit echtem Pelzbesatz und halb gefüllter, Stck. 55.00, 44.00 36.00

Entzückende Mädchen-Kleider

Mädchen-Kleider aus reinwoll. Popeline, in vielen neuen Farben, mit Paspel- und Knopfgarnierung, langer Arm, für 5-14 Jahre für 5 Jahre Stück 9.75

Mädchen-Kleider aus reinwoll. Popeline, in mod. Farben, m. Plisseeröckchen u. Kurbelstick., f. 6-14 Jahre, f. 6 J. Stück 9.25

Mädchen-Wintermäntel aus mittelfarbigen Flauschstoffen, mit Plisseeröckchen und Taschen, für 5-14 Jahre für 5 Jahre Stück 8.75

Kinderkleidchen aus waschbarem Velour in vielen Farben, mit lang. Arm u. Kragen, f. 1-4 Jahre, für 1 Jahr Stück 2.15

Knabenkittel aus pa. Cheviot, in bunten Farben, mit Kurbelstick., Paspel und langem Arm, für 1-3 Jahre, für 1 Jahr Stück 3.95

Plisseeröckchen für Mädchen mit Leibchen, aus reinwollenem Popeline, in marine, schöne, weite Form, für 3-14 Jahre, für 3 Jahre Stück 4.35

Mädchenkleider aus reinwollenem Cheviot, in blau-grün, mit langer Arm, Faltenrock und kariertem Besatz, für 5-14 Jahre, für 5 Jahre Stück 7.75

Babymäntelchen aus guten Flauschstoffen, in rot und grün, für 1-3 Jahre, für 1 Jahr Stück 3.95

Kleinkinder-Mäntelchen aus Flauschstoffen, in neuen, modernen Farben, mit Krimmerkragen und Gürtel, für 1-4 Jahre für 1 Jahr Stück 5.75

Gute, billige Knaben-Bekleidung

Knaben-Manchesterhosen gute, gewirkte Ware, in mehreren Farben, für 8 bis 14 Jahre, für 3 Jahre Paar 3.90

Knaben-Schulanzüge schöne Sportkleider, in allen Moden, aus verschiedenen gemustert, äußerst haltbaren Buckskins, für 3-12 Jahre, für 3 Jahre Stück 7.75

Knaben-Schlupfanzüge aus reinwoll. Kammgarncheviot, ganz auf Futter, mit schön. Garnitur für 3-8 Jahre, für 3 Jahre Stück 11.90

Knaben-Mäntel aus guten Flauschstoffen, in vielen Farben, für 2-4 Jahre, für 2 Jahre Stück 5.95

Knaben-Maifrosenmäntel aus wertvollem blauem Tuchcheviot, warm gefüttert, mit Armstickerei, für 2-12 Jahre, für 2 Jahre Stück 8.50

Mädchen-Kleider moderne Meros mit zugegenem Rock, f. 5-14 Jahre, für 5 J. Stück 3.95

Samkappe wie Abb., moderne Farben, mit Ripsband u. Ziernadel Stück 3.95

Großer, weicher Filzhut in allen Moden Stück 4.95

Gesteppter Filzfuchthut viele mod. Farben Stück 5.75

Kleine Samkappe mit gesteppten Discen u. Federantastie Stück 7.50

Für die Kleinen: Große Luftballons Stück 10 Pl.

Große Auswahl in Putz- und Ansteckblumen.

WALD-SOHN
 Große Auswahl in Putz- und Ansteckblumen.
 wie mod. Fantasie-Keilern, Bänder, Ziernadeln, Linsenornamente, sowie entzück. Netzheften in Ansteckblumen.

Gewerkschaftsbewegung.

Die Bewegung der Berliner Straßenbahner.

Die Funktionäre der drei Berliner Verkehrsbetriebe beschäftigten sich am Donnerstag in einer beschleunigten Versammlung mit der ihre Institutionen betreffenden Lohnbewegung. Der Sektionsleiter des Verkehrsverbandes teilte zunächst mit, daß die Straßenbahner den für die Straßenbahn gefällten Schiedsspruch einstimmig abgelehnt haben und die Sektionsleitung nach eingehender Beratung zu dem Beschluß gekommen sei, den Funktionären zu empfehlen, sie mit der Durchführung einer Abstimmung bei der Straßenbahn über die Frage des Streiks zu beauftragen.

Die Sektionsleitung hat weiter beschlossen, vor dieser Abstimmung nochmals an einem Tage zwei große Vollversammlungen für das gesamte Personal der Berliner Straßenbahn einzuberufen, in der den Straßenbahnern der Ernst der Situation nachdrücklich vor Augen geführt werden soll. Sobald dann das Abstimmungsergebnis vorliegt, sollen die Funktionäre die weiteren Kampfmaßnahmen festsetzen.

Die Funktionäre erklärten sich in einer längeren sehr ersten Debatte mit dem Vorschlag der Sektionsleitung einverstanden und vertraten ebenfalls einstimmig die Auffassung, daß alle Vorbereitungen getroffen werden müssen, um die berechtigten Forderungen der Straßenbahner gegebenenfalls durch einen Streik durchzuführen.

Die Bewegung im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau.

Am kommenden Samstag und Sonntag, den 17. und 18. September, finden im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau in allen Arbeiterorten und Bezirken Verhandlungen statt, bei welchen zur Lage im Reich und zur Kündigung des Arbeitsvertrags Stellung genommen wird. Es ist bestimmt damit zu rechnen, daß die Bergarbeiter sich hinter die Beschlüsse der Organisation stellen werden.

Verschiedene Blätter brachten eine anscheinend vom mitteldeutschen Braunkohlenindustrieverein ausgehende Meldung, wonach die Gewerkschaften der mitteldeutschen Bezüge trotz des Tarifvertrags zur Kündigung des Vertrags aufgefordert haben und diese Aufforderung ohne Ausnutzung der Verhandlungsmöglichkeiten ergehen ließen. Daraus ist, wie der Verband der Bergarbeiter Deutschlands mitteilt, richtig, daß der Gehalt infolge Kündigung durch die Gewerkschaften am 20. Juni d. J. abließ. Die im Juni stattgefundenen Schlichtungsverhandlungen blieben durch das Verhalten der Arbeitgeber negativ. Seit dem 1. Juli besteht daher im mitteldeutschen Braunkohlenbergbau ein Lohnstopp nicht mehr. Die Schlichtungsinstanzen sind von den Gewerkschaften restlos in Anspruch genommen worden.

Neugliederung der Landesarbeitsbezirke.

Der von uns bereits gemeldete Vorschlag für die Neugliederung der Landesarbeitsbezirke, den der Vorstand der Reichsanstalt den obersten Landesbehörden vorgelegt hat, ist am Dienstag vom Reichsarbeitsministerium der Presse übergeben worden. Es ist jetzt damit zu rechnen, daß der schon seit längerer Zeit hinter den Kulissen tobende Kampf um die Neugliederung der Landesarbeitsnachweisbezirke binnen kurzer Zeit der breiten Öffentlichkeit und bestimmt dann nicht weniger scharf ausgefochten werden wird. Schon hat Bayern seinen Protest gegen die Einverleibung der Pfalz in den großen süddeutschen Landesarbeitsnachweisbezirk Baden-Württemberg-Pfalz beim Reich angemeldet. Ob es damit Gluck haben wird, muß sehr bezweifelt werden; denn die Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung ist auf dem Grundgedanken der Selbstverwaltung aufgebaut. Das Aufsichtsrecht des Reiches geht nicht so weit, daß es gegenüber der Reichsanstalt die Berücksichtigung des bayerischen Protestes erzwingen kann. Das Reich müßte mindestens den Nachweis führen, daß der Vorschlag des Vorstandes der Reichsanstalt sachlich unabweisbar und unhaltbar ist. Das dürfte den Reichsbehörden aber sehr schwer fallen. Wie in Bayern, so werden sich wahrscheinlich auch noch an anderen Stellen des Reiches allerhand Unzufriedenheiten melden, die sich mit den Neugliederungsvorschlägen des Vorstandes nicht abfinden wollen. Unter diesen Umständen ist es angebracht, sich die Grundgedanken, von denen sich der Vorstand bei der Aufstellung des Gliederungsplanes leiten ließ, etwas genauer zu vergegenwärtigen. Diese Grundgedanken sind, wie von maßgebender Stelle mitgeteilt wird, folgende:

Die Bezirke sollen nach den Verhältnissen des Arbeitsmarktes so abgegrenzt werden, daß sie in sich möglichst ausgleichsfähig sind. Infolgedessen sind nicht in allen Fällen die Grenzen der Landesarbeitsämter den Produktionsbereichen der vorhergehenden Wirtschaftszweige (Landwirtschaft, Bergbau usw.) angepaßt. Ueberbevölkerte Großstädte wie Berlin, Hamburg sind nicht von ihrem dünner besiedelten Hinterland getrennt. Einheitliche Arbeitsmarktbezirke, also ausgeprochene Arbeiterwohn- und Beschäftigungsgemeinde, sind nach Möglichkeit geschlossen einem Landesarbeitsamtsbezirk eingegliedert. Politische Grenzen sind in der Regel nicht durchschnitten, weil die einzelnen Länder und Provinzen in sich wirtschaftlich eng verflochten sind. Nur in wenigen Ausnahmefällen (Pfalz, Grenzmark), die durch zwingende wirtschaftliche Gesichtspunkte bedingt erscheinen, ist von diesem Grundsatz abgewichen.

Die Zahl der Landesarbeitsämter soll von 22 auf 13 heruntersinken. Nach dem Vorschlag werden die Bezirke, abgesehen von Ostpreußen und Pommern-Grenzmark-Mecklenburg-Strelitz, im Durchschnitt mehr als 800 000 arbeitslosenversicherungspflichtige Arbeitnehmer umfassen. Die Erweiterung der Bezirke soll den Grundrissen der Wirtschaftlichkeit Rechnung tragen. Der größere Bezirk kann eher ein Leistungsfähiges Landesarbeitsamt mit sachkundigen Beamten für seine Hauptarbeitsgebiete (Arbeitsvermittlung, Berufsberatung, Arbeitslosenversicherung, Notstandsarbeiten) tragen. Der größere Bezirk ist ferner tragfähiger für die Durchführung der Arbeitslosenversicherung. Nach § 150 des Gesetzes bildet er die engere Beitragsgemeinschaft für die Gefahr der Arbeitslosigkeit. Die Auseinanderlegung der Beitragsverteilung (Reichsanteil und Landesanteil) kann bei einem Rückgang der Arbeitslosigkeit um so früher eintreten, je tragfähiger die Beitragsgemeinschaften der Landesarbeitsamtsbezirke sind.

In solchen Fällen, in denen das Schwerkraft einer arbeitsmarktpolitischen Frage nicht am Ort, sondern deutlich in einem anderen Teil des Landesarbeitsamtsbezirks liegt, müssen Zweigstellen des Landesarbeitsamtes für bestimmte Aufgaben (z. B. Fachabteilungen für charakteristische Berufsgruppen oder Abteilungen zur Regelung des Grenzverkehrs) errichtet werden. Auch gemeinsame Fachabteilungen mehrerer Landesarbeitsämter nach dem Vorbild der bestehenden Fachabteilung für den Bergbau des Rhein-Kuhr-Bezirks, sind möglich.

Der Grundgedanke der Neugliederung der Landesarbeitsbezirke ist — darf nicht durch allseitig Länder- und Provinzialpartikularismus von vornherein verpöndelt werden.

Überall werden Sonderwünsche zurückgestellt werden müssen. So wird auch Berlin wohl oder übel darauf verzichten müssen, einen selbständigen Landesarbeitsbezirk darzustellen, obwohl es den Rang einer Provinz genießt und wirtschaftlich sicherlich mehr bedeutet als mancher der großen, neuen Landesarbeitsbezirke. Der Kernpunkt eines Falls — das muß beim Kampf um die Neugliederung die Lösung sein.

Betriebsfremde in landwirtschaftlichen Werkwohnungen.

In der agrarischen Presse mehren sich die Notizen, die gegen die Belegung der Werkwohnungen landwirtschaftlicher Betriebe mit Betriebsfremden Stellung nehmen. Diese Art der Wohnungsbeziehung sei, so wird weiter ausgeführt, im Interesse einer geordneten landwirtschaftlichen Produktion unhaltbar. Es sei Pflicht der behördlichen Stellen, sich schneidens über die Durchführung abstoßender Gegenmaßnahmen klar zu werden.

Der Klagegesang der agrarischen Presse ist nicht neu. Wir können uns erinnern, ihn schon vor Jahren gehört zu haben. Vor Jahren haben wir aber schon das zur Frage der Belegung landwirtschaftlicher Werkwohnungen mit Betriebsfremden gesagt, was wir heute erklären möchten:

Die landwirtschaftlichen Unternehmer haben es selbst in der Hand, einen großen Teil der heute mit Betriebsfremden besetzten Werkwohnungen wieder dem eigentlichen Zweck zuzuführen. Dazu ist lediglich notwendig, daß sie alle Betriebsfremden, besonders aber denjenigen, die früher Betriebsangehörige waren und aus den wichtigsten Gründen entlassen wurden, eine weitere Beschäftigung unter zeitgemäßen und tariflich geordneten Verhältnissen anbieten. Soweit wir die sogenannten Betriebsfremden kennen, werden sich nur wenige gegen ein derartiges Angebot aussprechen.

Ein weiterer Ausweg ist, daß sich die landwirtschaftlichen Unternehmer mehr als bisher um eine anderweitige Unterbringung der Betriebsfremden kümmern. Sie müssen den Bau von ländlichen Mietwohnungen pflegen und fördern helfen. Dazu sind sie um so mehr verpflichtet, weil mit dem Bestehen des Güterbesitzsystems außer ihnen andere Leute auf dem Lande so gut wie nichts zu sagen haben. Wer absoluter Herrscher sein will, muß auch die mit der Herrscherstellung verbundenen Unannehmlichkeiten in Kauf nehmen.

Hoffen sich machen die behördlichen Stellen diesen uns selbstverständlich erscheinenden Standpunkt zu eigen.

Die Internationale Vereinigung des Rhein-Schiffahrts-personals, bestehend aus dem Deutschen Verkehrsband, dem französischen und Schweizerischen Transportarbeiter-Verband, hat, wie von der Transportarbeiter-Internationale mitgeteilt wird, den französischen Reedereien neue Forderungen zur Lohn- und Arbeitszeitfrage unterbreitet.

Baugewerksbund, Baugewerkschaft Breslau.

Achtung, Kurstustnehmer! Für den im Oktober beginnenden Maurerlufst sind die Meldungen umgehend in unserem Verbandsbüro abzugeben. Meldungsfrist 24. September. Spätere Meldungen können nicht mehr berücksichtigt werden. Die Ortsverwaltung.

Der Kongress in Edinburgh.

(Von unserem Sonderkorrespondenten.)

Edinburgh, 12. September.
Nichts konnte für die Wandlung, die sich in den Köpfen der Führer der britischen Gewerkschaftsbewegung vollzogen hat, bezweifelnder sein als die Rede, mit welcher der bisherige Jahrespräsident der Gewerkschaften den diesjährigen Kongress eröffnet hat. An Stelle jenes Wortradikalismus, der die kontinentale Arbeiterbewegung in den vergangenen Jahren vor immer neue Kämpfe gestellt hatte, ist eine nüchterne Schilderung der gegenwärtigen Lage getreten. Es war eine Rede, die keine Illusionen zu schaffen suchte und selbst vor dem Hinweis auf die Notwendigkeit des Ausbaues der gemeinsamen Verhandlungen und Beratungen mit den Unternehmern nicht zurückschreckte. Während noch vor drei Jahren kontinentale und britische Gewerkschaften eine verschiedene Sprache zu sprechen schienen, enthielt die Eröffnungsrede nichts, was nicht auf jedem anderen europäischen Gewerkschaftskongress hätte gesagt werden können. Mit Ausnahme der Worte über und an Rußland, in denen sich die von den Russen gegenüber der englischen Arbeiterbewegung beliebten Methoden, wenn auch nicht billigte, so doch mit den Leiden und Verfolgungen, denen die russischen Führer in der Vergangenheit ausgesetzt waren, zu entschuldigen suchte. Aber selbst dieses Bekenntnis seines Präsidenten hat der Kongress später durch seine Entscheidung hinsichtlich der anglo-russischen Beziehungen widerrufen!

Die in der Rede zutage tretende Wandlung ist bemerkenswert: Nichts und ist „in der Fingel“ des Generalrates; er war, ohne Parteikommunist zu sein, einer der Vorkämpfer der Agitation für die gewerkschaftliche Einheitsfront, einer der leidenschaftlichsten Verkünder des Gedankens der anglo-russischen Zusammenarbeit. Selbst wenn es nur eine persönliche Wandlung wäre, müßte diese Ueberrumpfung vom Radikalismus bemerkenswert erscheinen. Aber es handelt sich um mehr, um einen Spiegel der Wandlung, die sich im gesamten Generalrat der Gewerkschaften und, wie der Kongress deutlich zeigte, in der Masse der Funktionäre selbst vollzogen hat. Das kam bei der Erörterung der Beziehungen zur „Minderheitenbewegung“ und später bei der Entscheidung über die anglo-russischen Beziehungen unmissverständlich zum Ausdruck.

Die Beziehungen zur Minderheitenbewegung, der englischen Ausgabe der kommunistischen Zellenbauer, waren schon seit längerem gespannt. Schon Ende 1925 hatte der Generalrat sich dahin ausgesprochen, daß die Wege und Ziele der Minderheitenbewegung mit denen der offiziellen Gewerkschaftspolitik unvereinbar seien. Dieser rein akademischen Erklärung war im Januar 1927 eine Entschiedenheit des Generalrates gefolgt, wonach gewerkschaftliche Ortsstellen, die sich der Minderheitenbewegung anschließen hätten, „keinerlei Anerkennung vom Generalrat finden“ würden. Der vorjährige Gewerkschaftskongress hatte die wachsenden Bedenken der Funktionäre über die Agitation und Betätigung der Minderheitenbewegung erkennen lassen. Klarheit aber hat erst Edinburgh geschaffen und nach einer Diskussion, in der die Vertreter der Minderheitenbewegung keinerlei Relinquenz mehr fanden, mit überwältigender Mehrheit gegen die Minderheitenbewegung entschieden. Damit war zwar im Innern die nötige Klarheit geschaffen, es wolle jedoch zu Beginn des Kongresses scheinen, als ob der Generalrat einer ähnlichen Klärung nach außen hin, also in den Beziehungen zu den Russen, auszuweichen wünsche. Er hatte sich, im Gegensatz zu den Gewerkschaftsvorständen der kontinentalen Organisationen, zu sehr mit der anglo-russischen Bewegung identifiziert, als daß es ihm hätte leicht werden können, hier mit der gleichen Konsequenz vorzugehen. Ein Teil des Generalrats hoffte noch immer, daß die Russen vor die Entscheidung gestellt, einen Abbruch des anglo-russischen Komitees zu ratifizieren oder das englische Prinzip der Nichtmischung anzuerkennen und damit das „gemeinsame Komitee“ zu retten — eine Alternative, die das englische Memorandum vom 27. Juli unmißverständlich ausgesprochen hatte — das letztere wählen würden. Da traf pünktlich zum Kongress die russische Antwort auf dieses

Memorandum der Engländer ein. Sie enthielt nicht nur bei jeder Stelle die schärfste Kritik an der englischen Forderung — das hätte man schließlich nach geschluckt — sondern stellte darüber hinaus selbst wiederum eine unmißverständliche Einmütigkeit in die innere Politik der englischen Gewerkschaftsbewegung dar. In noch mehr, die Russen proklamierten in dieser Antwort Einmütigkeit geradezu als ihr „heiliges Recht“.

Das brachte das Gefühl zum Vorkommen. Mit einer einzigen Ausnahme beschloßen alle großen Gewerkschaften in ihren Fraktionskämpfen, unter solchen Umständen die anglo-russischen Verhandlungen abzubrechen und der Kongress nahm mit einer riesigen Mehrheit den Vorschlag des Generalrats an, die Verhandlungen mit dem allrussischen Gewerkschaftsrat als beendet anzusehen, solange keine gegenwärtige Haltung und Politik andauere. Dieser Zusatz kommt technisch einer bloßen Suspendierung der Beziehungen gleich. Praktisch ist es jedoch bei der Unwahrscheinlichkeit einer russischen Bekehrung und Wandel ein völliger Abbruch der Beziehungen. Er wurde als solcher auch vom Kongress und der gesamten englischen Presse empfunden.

Der Kongress in Edinburgh hat damit die Klärung beendet, die bereits im Vorjahre in Scarborough eingeleitet hatte; er hat überdies dem Widerspruch, der in der bisherigen Aufrechterhaltung der anglo-russischen Beziehungen einerseits und Belämpfung der Minderheitenbewegung andererseits gelegen hatte, ein Ende gesetzt. Die dreijährige Ära des Radikalismus ist abgelaufen. Das gesamte Erbe dieser Ära des Wortradikalismus, die hinter der englischen Gewerkschaftsbewegung liegt, ist aber damit freilich noch keineswegs beseitigt. Weder nach innen, noch nach außen. Nach außen hat die Politik der jüngstvergangenen Jahre insbesondere zu jener Spannung zwischen den britischen Gewerkschaften mit dem A.S.B. geführt, die auf dem Pariser Kongress der Gewerkschafts-Internationalen in dem Zwischenfall, in dessen Mittelpunkt die Person Wurtz stand, gipelte. Aber auch diesbezüglich sind die Aussichten nach Edinburgh günstiger als bisher. Mit dem Abbruch der Beziehungen zu den Russen ist die britische Gewerkschaftsbewegung der Wehrheit der im A.S.B. vereinigten Gewerkschaften näher gekommen als seit vielen Jahren. Nach diesem Kongress, auf dem die politische Linie, die Wurtz in sich personifizierte, eine so schwere Niederlage erlitten hat, kann der Zeit Wurtz keine Prinzipienfrage mehr sein; er ist zu einer rein persönlichen Frage geworden. Der Kongress hat die Entscheidung über diesen ganzen Fragenkomplex dem neu zu wählenden britischen Generalrat übertragen. Und wenn auch zweifellos die persönliche Loyalität gegenüber Wurtz — die ganz und gar nichts mit Billigung oder Nichtbilligung seiner sachlichen Haltung zu tun hat — auch in Zukunft noch eine Schwierigkeit für die Lösung darstellt, so ist doch nach Edinburgh erstbeste Hoffnung vorhanden, daß nunmehr eine freundschaftliche Lösung möglich sein wird.

Wirtschaft.

Der Kampf um die Gasfernversorgung.

Es liegt auf der Hand, daß der Gedanke der Gasfernversorgung früher oder später verwirklicht werden muß. In ihm wird in erster Linie der rheinisch-westfälische Bergbau profitieren. Unklar nun aber den Kontinenten im weitestem Maße auch hinsichtlich der Verwaltung und der Preise entgegenzukommen, hat das rheinisch-westfälische Unternehmertum versucht, in erster Linie besondere Vorteile für sich herauszuschlagen. Hier hat sich besonders die Aktiengesellschaft für Kohleerwertung in Essen, die von den Gruben zum Zwecke der Verwirklichung der Gasfernversorgung gegründet worden ist, hervorgetan. Selbstverständlich ist dadurch dem Gedanken der Gasfernversorgung nicht gedient worden. Die ganze Bewegung geriet auf den toten Punkt. Jetzt versucht die A.-G. für Kohleerwertung durch allerlei Mittel, doch zum Ziele zu kommen. Darüber wird uns von unterrichteter Seite folgendes geschrieben:

„Entgegen ihrem früheren lauten Auftreten arbeitet die Essener A.-G. für Kohleerwertung in den letzten Monaten still hinter den Kulissen. Nachdem sie die Freigabe der Provinzialstraßen in Westfalen erlangt hat, drückt sie jetzt auf den Bezirk Kassel mit der Drohung, die Fernleitung um diesen Bezirk herumzulegen. Wie weit die Drohung in Kassel, wo man auf eigene Braunkohle Rückblick nehmen zu müssen glaubt, Erfolg haben wird, muß abgewartet werden.“

Wichtiger sind aber auch die Verhandlungen, die neuerdings von der A.-G. für Kohleerwertung mit der Stadt Köln geführt wurden. Das Ziel ist hier, Köln von der Stadt Frankfurt a. M. zu trennen. Beide Städte haben im rheinischen Gebiet Kohlenfelder zur gemeinsamen Ausbeute erworben. Wie wir über die Pläne der A.-G. für Kohleerwertung erfahren, hat diese ein Angebot an die Stadt Köln gemacht, in dem sie nur 3,05 Pfennig pro Kubikmeter Ferngas, lieferbar in Köln, fordert. Das Angebot der A.-G. für Kohleerwertung soll auch noch weiter gehen. Für den Fall der als selbstverständlich betrachteten Stilllegung des Kölner Gaswerks, das rund 500 Arbeiter beschäftigt, ist die A.-G. für Kohleerwertung bereit, auf ihre Kosten in Köln ein Kohlewerk errichten zu lassen. Jedenfalls stehen die Dinge im Westen vor einer wichtigen Entscheidung, und man darf gespannt sein, wie sie sich weiter entwickeln werden.“

Wieder eine Zechenstilllegung.

In einer Zeit, wo unter den Bergwerksvereinigungen in Rheinland und Westfalen ein förmliches Wettrennen stattfindet, um neue Schächte anzulegen, wird die beabsichtigte Stilllegung der Zeche Rheinebe gemeldet. Die Zeche Rheinebe war früher das Rückgrat der Gelsenkirchener Bergwerks-Gesellschaft (Rirdor), wurde aber im Jahre 1926 in den Ruhrtrust aufgenommen. Sie gilt als eine der modernsten eingerichteten Zechen in einer äußerst günstigen Lage. Um so mehr überrascht die Begründung der beabsichtigten Stilllegung. Es heißt nämlich, der Betrieb der Zeche sei infolge der Lohnerhöhungen ohne Kohlenpreiserhöhung unrentabel geworden. Beschäftigt werden auf Rheinebe 1500 Mann. Die Stilllegung soll ab 1. April 1928 erfolgen. Die Belegschaft hofft man auf anderen Zechen unterzubringen.

Ohne Zweifel will man durch die Aufkündigung der Stilllegung einer der größten Zechen im eigentlichen Ruhrrevier einen Druck auf den Widerstand gegen die verlangte Kohlenpreiserhöhung ausüben. Wenn man auch verpöndelt, die Belegschaft auf anderen Zechen unterzubringen, so weiß doch der Kenner der Verhältnisse, daß das einerseits ein billiger Trost für die Belegschaft, andererseits aber eine Drohung gegenüber der beabsichtigten Stadtgemeindeförderung ist. Sessentlich läßt man sich nicht einschüchtern und untersucht vor allen Dingen einmal die Tatsache, daß man einerseits immer wieder neue Schächte teufte und andererseits Zechen, die bis vor kurzem als Mutterzechen galten, mit nichts dir nichts stilllegen will.

Meistwärtigung zwischen Deutschland und Haiti.

Zwischen der deutschen Regierung und der Regierung der Republik Haiti ist durch Notenwechsel vom 28. Juli 1927 der einseitige Abbruch der Beziehungen am 1. Oktober 1927 abgebrochen worden. Jeder der beiden Länder in dem anderen Land das Recht begünstigungsberechtigter genießen sollen.

*Silber in gold
dieser Saison
fabrikation*

Stoff-Knabenanzüge . . . Mk. 4-15
Stoff-Belkleider Mk. 5-18
Herren-Anzüge pa Sitz . . . Mk. 15-50
Sport-Anzüge pa Sitz Mk. 18-48

*günstigste Maß-
aufnahmesystem*

Aus Schlessen.

Sitzung des Niederschlesischen Provinzial-Ausschusses vom 13. September 1927.

Der Ausschuss stellte eingangs seiner Sitzung vom 13. September 1927 fest, daß für den Generalmajor Hänelchen und für den verstorbenen Bauerngutsbesitzer Kalschrenner der Rentengutsbesitzer Gustav Kirchgatter aus Kattowitz, Kreis Glogau und der Landrat Dr. Karl Kirchner aus Münsterberg als Abgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei in den Provinziallandtag eingetretten sind. Die von den beiden ausges. deren Mitgliedern bekleideten Stellen als stellvertretende Mitglieder des Provinzialausschusses wurden auf Vorschlag der Deutschnationalen Partei mit dem Landrat a. D. Grafen zu Limburg-Stirum in Groß-Peterwitz und dem Vorwerksbesitzer Scholz in Kroischwitz besetzt.

Der Provinzialausschuss nahm weiterhin davon Kenntnis, daß ein außerordentlicher Provinziallandtag für den 28. September 1927 einberufen werden soll. Neben anderen Vorlagen wird dieser Provinziallandtag über Vordrungen der Sitzung der Provinzial-Hilfskassen für die Provinz Niederschlesien zu beschließen haben, die die Hilfskassen in den Stand setzen sollen, sich an Auslandsanleihen zu beteiligen. Auch für provinzielle Zwecke ist die Aufnahme einer Auslandsanleihe in Vorbereitung. — Zwei Beauftragte des Provinzialausschusses haben den Patenthof der Provinz in St. Laurent Blangn, deutscher Krieger, bei Aras besucht. Sie berichteten, daß der Friedhof in tabelalem Zustande, jedoch völlig öde sei, da ihn keinerlei Blumen schmückt. Ihre Vorschläge für den Schmuck des Friedhofs von St. Laurent Blangn fanden die Billigung des Ausschusses.

Der Vortag des Landeshauptmanns über die Bildung eines Wohlfahrts-Ausschusses (Landeswohlfahrtsamt) stimmte der Provinzialausschuss zu. Dieser Ausschuss wird die Aufgabe haben, dem Landesfürsorgeverbande, der der Mittelpunkt der öffentlichen und privaten Wohlfahrtspflege seines Bezirkes sein soll, die Möglichkeit zu geben, mit den verschiedenen in der Wohlfahrtspflege tätigen Personen und Organisationen Fühlung zu behalten. — Ferner wurden größere Beihilfen für einige Wohlfahrtsanstalten und Wohlfahrtsanstaltungen von provinzieller Bedeutung bewilligt.

In den Kreisen Löwenberg, Gohrau, Mittisch, Reichenbach und Schweidnitz sind im Frühjahr und Sommer 1927 eine größere Anzahl Landwirte durch Ueberschwemmung so geschädigt worden, daß ihre Existenz gefährdet ist. Nachdem der Staat und die zuständigen Kreisverwaltungen sich zu Beihilfen entsprechend den Schädigungen und den Richtlinien der Provinz bereit erklärt haben, übernahm der Provinzialausschuss den üblichen Anteil an den Beihilfen, mit der Einschränkung, daß die Provinzbeihilfe grundsätzlich als Darlehen und nur ausnahmsweise als verlorene Zuschüsse gegeben werden soll. — Zur Unterstützung von Straßen- und Brückenbauten wurden einer besonders großen Zahl von Kreisen, Städten, Gemeinden und Regesauverbänden Bauhilfsgelei bewilligt. Eine Erweiterung des Reges der Hauptdurchgangsstraßen wurde eingehend erörtert und soll unter der Voraussetzung dringenden Bedürfnisses durchgeführt werden. Mit den Städten Bernstadt, Bries, Gohrau, Freiburg, Strehlen und Wartha wurden Verträge wegen Regelung der Unterhaltungsverhältnisse an den Hauptdurchgangsstraßen abgeschlossen.

Die von dem Provinziallandtag bei dessen letzter Sitzung beschlossene Sonderbeihilfe für gefährdete Theater wurde auf die beiden schlesischen Wandtheater der beiden Bühnenverbände und auf die städtischen oder privaten Theater in Glogau, Görlitz, Liegnitz, Bries und Jauer verteilt. Im nächsten Jahre soll diese Sonderbeihilfe jedoch nicht wiederholt werden, sondern nur eine Beihilfe an die beiden Wandtheater gegeben werden. — Die außerordentlich wichtige und dankenswerte Arbeit der Hochschulpforträge in den schlesischen Städten, die durch Breslauer Hochschullehrer geleitet wurde und weiter geleitet werden soll, soll durch Bewilligung eines Zuschusses gefördert werden.

Zum ordentlichen Mitgliede des ständigen Verwaltungsausschusses der Ruhegehaltskasse des Provinzialverbandes Niederschlesien wählte der Ausschuss an Stelle des ausgeschiedenen Bürgermeisters Hertmann in Hagnau Bürgermeister Staedel, Schreiberhau i. R. und an dessen Stelle als stellvertretendes Mitglied den Bürgermeister Konitzer in Frankenstein. — An Stelle des verstorbenen Direktors der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Lebus wurde der langjährige Vertreter des Direktors der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt in Plogwitz, Oberarzt Dr. Seemann, zum Direktor ernannt und an seine Stelle der Oberarzt Dr. Kötter von der Anstalt Lebus als Stellvertreter des Direktors der Anstalt Plogwitz versetzt. — Die Herren Dr. med. Häner und Dr. med. Hoppe wurden als beamtete Abteilungsarzte bei den Provinzial-Heil- und Pflegeanstalten in Bunzlau und Lebus angestellt.

Die nächste Sitzung des Provinzialausschusses ist für den 19. Oktober 1927 in Aussicht genommen. Möglicherweise wird mit dieser Sitzung eine Bereinigung des hochwassergefährdeten Gebietes der Bartsch und Schägke verbunden werden.

Verkehrsverbindung Rudowa—Raschob.

Eine Autoverbindung nach der Tschochlowawski wird von der O.P.D. durch die beiden Kraftwagenlinien Rudowa—Straubitz und Rudowa—Grenzbrunn geplant. Hierdurch soll eine bequeme und schnelle Erreichung von Raschob ermöglicht werden.

Waldenburg. Zeichen der Wohnungsnot. In der letzten Stadterordnetenversammlung mußte der Bau einer zweiten Wohnkaserne beschlossen werden. Ein Zeichen dafür, wie grenzenlos groß die Wohnungsnot in Waldenburg ist, beweist die Tatsache, daß diese zweite Wohnkaserne im Gegensatz zu der bereits erbauten nicht für ernährte Mieter bestimmt ist, sondern für Mieter aus Waldenburg, die zum Teil mit Stempel gefügt sind und jeden Augenblick zusammenzubrechen drohen. 44 Familien aus solchen baufälligen Häusern sind bereits ohne jede Wohnung und werden 20 in der neuen Kaserne untergebracht. In der Stadterordnetenversammlung wurde angedeutet, im kommenden Jahre keine Hausinspektionsarbeiten an private Bauunternehmer zur Verfügung stellen zu lassen, da diese private Bauunternehmer sich nicht im geringsten auf dem Wohnungsmarkt auswirken hat. In der gleichen Sitzung wurde schließlich Gelände zur Errichtung von zwei Geschäftshäusern und zum Bau von fünf Wohnhäusern an private Bauunternehmer zur Verfügung gestellt. Die Errichtung dieser Gebäude wird durch den Verkauf eines Grundbesitzes an der Hauptstraße und der Anschaffung von Feuerungsmitteln an die städtischen Arbeiter, Angestellten und Beamten. Durch erhält ein Verleiher 20 Mark, je ein Kind 10 Mark, ein lediger 20 Mark und ein lediger 10 Mark.

Feinstmännchen, Kreis Schweidnitz. Die gesamte Ernte verbrannt. Wahrscheinlich infolge Brandstiftung geriet die mit der gesamten diesjährigen Ernte angefüllte Scheune des Gutsbesizers Hoffmann in Brand und wurde vollständig ein Raub der Flammen.

Raub. Spiritus aus „Monopolin“. Die Bahndirektion der Südbahn ermittelte, daß zwei junge Leute aus dem Automobilbetriebslokal „Monopolin“ durch Zufall von Salz, Wasser und Kohle und Abkühlung des Spiritus herausgewaschen. Die Geräte wurden bei der vorgenommenen Hausdurchsuchung beschlagnahmt. Bisher waren 40 Liter Spiritus hergestellt worden.

Mitkomm. Kreis Gabelschwert. Die Kirmis endigt mit Feuer. Einen unerfreulichen Abschluß nahm die im hiesigen Ort gefeierte Kirmis. Auf dem Plowdorschen Grundstück im Niederdorf war auf bisher noch unaufgeklärte Weise Feuer ausgebrochen und legte die beiden kleinen Häuser, die aus Holz bestanden und dem Feuer reichlich Nahrung gaben, restlos in Asche. Als ein Wind muß es bezeichnet werden, daß es der Feuerwehr trotz des herrschenden Südwindes gelang, die nachgelagerten Nachbargrundstücke vor einem Uebergreifen des Feuers zu schützen.

Reinerz. Die Jugendherberge Menschorst am Goldenen Stollen, die von der Ortsgruppe Breslau des Deutschen Jugendherbergsvorbands angekauft und ausgebaut wurde, ist nunmehr dem Verkehr erschlossen worden. Die Herberge bietet Unterkunftsmöglichkeit für 50 bis 60 Personen. Der Wenzelsplatz dürfte nicht nur eine Wiege für die wandernde Jugend sein, sondern inmitten des schönsten Winterparadieses auch der Sportjugend Unterkunft gewähren.

Rote Woche im Oktober.

Das Wahlkampfjahr 1928 wirft seine Schatten voraus. Ueberall beginnen unsere Genossen sich zu regen. In manchen Kreisen ist man bereits recht aktiv tätig. Auf das Drängen vieler unserer Funktionäre hat der Bezirksvorstand deshalb im Monat Oktober wiederum eine besondere

Werbewoche

angelegt. Alles Nähere dazu ist ja bereits im Mitteilungsblatt des Bezirkes, Nr. 9, vom September, gesagt worden. Wir rufen hiermit die gesamte Parteigenossenschaft zu dieser Werbearbeit auf. Vor allem ist es Pflicht, jetzt im Monat September in die überall stattfindenden Mitgliedererhebungen zu gehen, um sich zu dieser Arbeit zu beteiligen. Pflicht aller Genossinnen und Genossen aber ist es, sich diesem Appell zur Vorbereitung für die großen Kämpfe nicht zu entziehen. In der Zeit vom 8. bis 16. Oktober, das ist die Zeit der Werbewoche, hat jeder Parteigenosse, jede Parteigenossin sich zur Arbeit für die Partei bereit zu halten. Es dürfen in dieser Zeit keine Veranstaltungen sein, die diese wichtige Parteiarbeit stören.

Ortsgruppenvorstände, Parteigenossen und Genossinnen, geht überall sofort an die Vorarbeit. Bald ist die Zeit da, dann muß alles zu dieser wichtigen Aufklärungsarbeit fertig und bereit sein. Der Bezirksvorstand.

Liegnitz. Unser Bruderblatt, die Liegnitzer Volkszeitung, hat dieser Tage in der Grünstraße ein Grundstück erworben, das der Errichtung einer eigenen Buchdruckerei dienen soll, die ihren Betrieb voraussichtlich im April kommenden Jahres eröffnet. Bisher wird die Volkszeitung im Lohndruck hergestellt, was natürlich die Entwicklung und Ausgestaltung des Blattes beeinträchtigt. — Glück auf!

Girlesdorf, Kreis Striegau. Kindesmord? In der Nähe wurde von Schulknaben die Leiche eines vier bis fünf Monate alten Kindes gefunden. Bisher war es der Polizei nicht möglich, die Herkunft des Kindes oder den Namen der Mutter festzustellen.

Rudowa. Ein neues Genesungsheim. Zu der am 13. September unter dieser Spitzmarke erschienenen Notiz wird uns von informierter Seite mitgeteilt: Die Meldung, daß die Reichsbahn-Direktion Oepeln in Rudowa das Haus Goethe zur Einrichtung eines Genesungsheimes käuflich erworben hat, ist unrichtig. Das Haus Goethe gehört seit 1918 der Reichsbahn-Betriebskrankenkasse Oepeln und ist von dieser als Genesungsheim eingerichtet worden. Sozial-Verständnis, ihren Arbeitern ein Genesungsheim einzurichten, hat die Reichsbahn-Direktion Oepeln nicht.

Reife. Vom Zuge jermalm. Nachdem der hiesige Bahnassessor Drenkhahn erst wenige Tage nach seinem Erholungsurlaub den Dienst wieder angetreten hatte, kam er unglücklichweise beim Rangieren auf der Station Ogen an der Strecke Dittmannhau—Priebrana so unglücklich unter den rangierenden Zug zu liegen, daß ihm beide Oberschenkel jermalm wurden. Wenige Stunden darauf starb er an Verblutung.

Kraupitz, Kreis Neustadt. Vom Schlachtfeld der Arbeit. Beim Drehen mit der Dampfmaschine geriet die 23jährige Arbeiterin Sommer auf dem Permium Stöblau mit beiden Beinen in die Maschine, wobei ihr von der Trommel beide Beine abgerissen wurden. Der herbeigerufene Arzt veranlaßte die sofortige Ueberführung nach Neustadt. Die grauenhaften Verletzungen lassen das Schlimmste befürchten.

Kaibitz. Der Luft wird an der Magdalenen Turm hat reich seine Aufsicht gefunden. Der Laker, ein 21 Jahre alter Mann aus Oitz, wurde bereits festgenommen.

Hindenburg. Der gefährliche Kofenkachel. Vor mehreren Wochen zog sich ein Gärtnereibesitzer von der Kronprinzengasse durch die Stämme einer Kofe eine geringe Verletzung an der rechten Hand zu. Nach kurzer Zeit machte sich eine Anschwellung der Hand bemerkbar, die der hinzugezogene Arzt als die Folge einer Blutvergiftung feststellte. Erste Komplikationen, die das Leben des Betroffenen in Gefahr gebracht hätten, liegen nun nur noch durch eine rasche Amputation eines Fingers abzuwenden.

Wojewodsch. Kampf gegen die heftige Kinderheilschule. Nachdem der 600 Schüler zählende deutsche Kinderheilschule vor kurzem von den zur Verfügung stehenden zwölf Schülern drei entzogen wurden, hat die Wojewodsch nunmehr vier der bewährtesten deutschen Lehrkräfte von Myslowitz nach anderen Orten der Wojewodsch verschickt. Diese Verfügungen haben natürlich in den Kreisen der deutschen Bürgerchaft große Erregung hervorgerufen.

Wasserstand

Ort	Stand	Ort	Stand
Kattowitz	1,22	Kattowitz (Haupt-Post)	2,08
Waldenburg	1,12	Waldenburg	1,12
Waldenburg (Haupt-Post)	1,50	Waldenburg (Haupt-Post) 50 cm	
Waldenburg (Haupt-Post)	2,08	Waldenburg (Haupt-Post) 1,50	0,28
Waldenburg	1,10	Waldenburg 1,50	

Landkreis Breslau/Neumarkt.

S.P.D., Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt.

Frauenlosterenz.
Frauen! Kergeht nicht, Sonntag, den 18. September, vormittags 10 Uhr, an der Konferenz in Klein-Haidau teilnehmen. Dieser Tag muß Euch zur politischen Fortbildung ganz zur Verfügung stehen. Es werden zwei wichtige Reden gehalten. 1. 5. Fahrt vom Freiburger Bahnhof Breslau früh 9,23 Uhr bis Deutsch-Wilfa. Von dort 10 Minuten zu Fuß nach dem Lokal „Männerkränze“ in Klein-Haidau.

Klettenberg, S. V. J. Sonntag, den 18. September, von 1-3 Uhr, kommt die Völkertanzmannschaft auf dem Plage zum Heim. Frei Heil!

Tschelch. Alle Parteimitglieder müssen Sonnabend, den 17. September, zur Mitgliederversammlung, von 8 bis 8 Uhr, im Lokal von Schelz erscheinen. Referent: Genosse Schiffer.

Straßenperre.

Am Sonntag, den 18. September, veranstaltet der Deutsche Motorradfahrerverband auf der Rundstraße Ostschin—Wesig—Tschelch—Wesig—Wesig—Wesig eine Verlässlichkeitssahrt für Motorräder und Motorräder mit Wagen. Die genannte Straßenstrecke wird daher am Sonnabend, den 17. September, von 6 bis 8 Uhr vormittags (Training) und am Sonntag, den 18. September, von 13 bis 17 Uhr (Wettrennfahrt) für den übrigen Verkehr gesperrt.

Wochenbericht des Kreis-Arbeitsnachweises Neumarkt.

Der Arbeitsmarkt hat sich gegenüber der Vorwoche wenig geändert. Die wegen Beendigung verschiedener Außenarbeiten entlassenen Arbeitskräfte konnten anschießend in anderen Betrieben untergebracht werden. Die Flegelarbeiten sowie die Wasserbaustrecken Maltsch und Dohrenfurth haben weitere Arbeitskräfte eingestellt. Im Baugewerbe besteht noch wie vor günstige Beschäftigungsmöglichkeit. Die Arbeiten bei der Straßenpflasterung in Canth sowie beim Straßebau in Marischwitz sind beendet. Die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger beträgt zurzeit 34.

Schmolz. Vom Arbeiter-Radfahrerbund. Am Sonntag, den 11. September, feierte die hiesige Ortsgruppe des Arbeiter-Radfahrerbundes „Solidarität“ ihr festes Stützungsmitglied verbunden mit Einweihung der sechs neuen Saalmaschinen. Die Feier wurde mit einer Korfahrt durch das Dorf eröffnet. Bezirksleiter Genosse Gröner war als Festredner erschienen. Er umriß in seiner Ansprache die Entwicklung des Bundes seit seiner Gründung in den 90er Jahren, den Terror und die Schikanen, die der Bund zu überwinden hatte. Trotzdem war diese Zeit sportlich wie numerisch eine Epoche kühnen Aufstiegs. Die Ausführenden gipfelten in einem leidenschaftlichen Appell, der allenthalben bemerkbaren Reaktion die geschlossene Front der Arbeiterklasse nicht nur spirituell, sondern auch gewerkschaftlich und politisch entgegenzustellen. Dann führten die Ortsgruppen Schmolz, Groß-Mochern, Weitzern. Lohe einige Reden vor, die glänzend gelang. Den Abschluß bildete ein Korbwagen, der vom Genossen Walek mit seinem jugendlichen Partner Stephan gefahren wurde. Allen Gästen und Helfern, die zum guten Gelingen des Tages beitrugen, sei an dieser Stelle nochmals gedankt.

Arbeiter-Sport

Handball-Vorschau für Sonntag, den 18. September.

Die Frauenriebe geht am kommenden Sonntag ihren Kampf weiter und knappe Resultate dürften an der Tagesordnung sein. Auf 2.5 Uhr in Mochern wird Nordost sich sehr anstrengen müssen, um die 3. Abt. II niederzurufen. 3. Abt. I erwartet man als höheren Sieger über 1921. Bratislawia wird dagegen die Ueberlegenheit der 4. Abt. I anerkennen müssen. Einsteigt hat in Neustadt gegen den Plabesitzer anzutreten, ein interessantes Treiben, wobei der Ausgang ungewiß ist.

Einige Männer- sowie Jugendspiele umrahmen wieder den Sonntag. 8.30 Uhr tritt Bratislawia im Eichenpark der 1. Abt. gegenüber. Wollen die Bratislawen gewinnen, so müssen dieselben in anderer Beziehung antreten wie am vergangenen Sonntag. 9.30 Uhr wird G.W.O. II die 7. Abt. III höher geschlagen nach Hause schicken. Nachmittags tritt die 5. Abt. I nach langer Zeit wieder mal an die Öffentlichkeit gegen G.W.O. I. Beide Mannschaften haben gleiche Siegesaussichten. 8. Abt. I fährt nach Tschelch, um sich mit der 6. Abt. II zu messen, wobei die 8. Abt. knapp triumphieren wird. Boleidons Knabenmannschaft trägt am Sonntag in Tschelch nachmittags 15 Uhr ein Gesellschaftsspiel gegen die Knaben der 6. Abt. aus. Beide Mannschaften werden sich ein spannendes Treiben liefern, wobei man den Schimmer der größten Siegesaussichten einräumen dürfte. Boleidons Jugendsowie 1. und 2. Männermannschaft weilen nachmittags in Gaudau, um gegen den dortigen Verein anzutreten. Zwei Schiedsrichter-Berichtungen am Vormittag im Eichenpark vervollständigen den vielreichen Sonntag.

Arbeiter-Samariter, Jostmannschaft. Sonntag früh, 7 Uhr, findet sich die gesamte Jostmannschaft im Gewerkschaftshaus zum Zeitlauf ein. — Jugendamateur. Sonntag, den 18. September, Propagandafahrt nach Bries, Treffpunkt 7.15 Uhr. Hauptbahnhof. Nebenabend jeden Dienstag von 7 bis 10 Uhr im Zwingerturnplatz. Gäste willkommen!

Arbeiter-Samariter, 5. Abteilung. Wegen des Techniker-tages fällt die für Sonntag angekündigte Erregung aus.
Handball-Vereinigung. Am Sonntag nachmittags 15 Uhr spielt Boleidon II — Gaudau II und nicht, wie in der Anfängungs vom Montag, Boleidon 2. Jah. — Gaudau 2. Jah.
Handball-Spielervereinigung. Nach Beschluß des Spielerschulles muß von jedem Spiel ein Bericht eingereicht werden, auch wenn dasselbe nicht ausgetragen wird. Sonst erhält der platzweisende Verein Strafe. Refusiert bis 12.30 Uhr bei Urbanke, Margaretenstraße (Galtwirtsch.), gegenüber dem Gewerkschaftshaus, abzugeben.

Arbeiter-Verbreitung Breslau, e. B. Jugendabteilung. Alle Jobtenfahrer treffen sich Sonntag, den 18. September, früh 6.15 Uhr Hauptbahnhof (Verkehrshalle links, Fahrplanstafeln). Pünktlich sein!

Arbeiter-Radfahrerverein Breslau. Sämtliche Sportgenossen und -genossinnen, weige Sonnabend, den 17. September, nach Reichenbach fahren, treffen sich um 1/2 10 Uhr nachmittags am Strie-gauer Platz. Abfahrt ist pünktlich 5 Uhr.

Arbeiter-Radfahrer-Bund, 5. Abteilung. Die 5. Abteilung des Arbeiter-Radfahrer-Bundes „Solidarität“ feiert am 17. September die 10-jährige Weibe im Oberstrom, Uferstraße 48, und bittet die Sportgenossen um rege Beteiligung. Die 10-jährige Feiern wird am Sonntag, den 18. September, in Kattowitz eine Werbeveranstaltung der Abteilung 5 in Gaudau stattfinden, welche mit dem Autowagenverein „Gaudau“ einen Mannschafstempel im Ringen und Gewichtheben austrägt. — Geht in die Reihen. Treffpunkt ist am Sonntag früh 7 Uhr im Freiburger Bahnhof. — Parakeitlung. Sonnabend, 20. September, 10 Uhr, im Freiburger Bahnhof.

Arbeiter-Vereine Breslau, Deutschland. Dienstag, den 20. September, 20 Uhr, findet die fallige Vorstandswahl statt. Anträge von Vereinen müssen bis dahin schriftlich eingereicht werden. Sitzungsort: Matheja, Subenstraße 18.

Frauenarbeit im Wandel der Zeiten.

Was man die Frauenfrage als kulturelles, soziales, politisches oder wirtschaftliches Problem auffassen, ihre Wurzel ruht in der Tatsache, daß ein beträchtlicher Teil der Frauen ihrem ursprünglichen Wirkungsbereich in der Familie ausbleiben muß. Mit dieser Feststellung verliert die Frauenfrage ihren spezifisch modernen Charakter und wird zu einer Frage aller Zeiten und Völker, denn immer hat das Weib seinen Bereich in der Zahl der heimatlichen Männer und der Kinder gefunden. So hat auch das Mittelalter seine Frauenarbeit gehabt, und die Zeit des Minnesanges und Frauenlebens hat ihren wirtschaftlichen Kampf gegen die Frau vielleicht noch mehr und rücksichtsloser geführt, als er heute geführt wird.

Das frühe Mittelalter überlastete die Frau mit Arbeit. In jeder Burg war ein wirtschaftliches Zentrum für sich, der Mittelpunkt die Frau stand, um das die Bedienung des Hofes, die Herstellung der Kleidung, die Herstellung des Schmiedes und geistlichen Hüfen in der Zeit Karls des Großen ausgeübte Wertstätten, in denen oft bis zu dreihundert hiesige Frauen mit Spinnen und Weben, Färben und Wäshen, Nähen und Sticken beschäftigt wurden. Wie heute arbeitete man in die Fabrik geht, so ging die hiesige ins Frauenheim, denn die Herrin des Hauses als Meisterin vorstand. Lohn war damals noch nicht, sondern nur eine nicht immer ausreichende Verköstigung. Da abgesehen von dem großen Verbrauch an Hausarbeit auch auf Vorkauf und für Geschenke gearbeitet werden mußte, so erlitt die Arbeit nie eine Unterbrechung.

Das änderte sich mit dem Aufblühen der Städte. Aus den kleinen Hauswirtschaften sonderten sich mehr und mehr verschiedene Tätigkeiten als Gewerbe ab, zunächst die Müller und Schneider, die Schmiede und Schuhmacher und die verschiedenen Gruppen der Schmiede. Aber den Frauen blieb neben ihrer hauswirtschaftlichen Tätigkeit immer noch eine Reihe von Vorkaufarbeiten vorbehalten, so die Versorgung der Gewandung von Schürzen bis zum Weben und Sticken, das Weben und Färben. Daneben mußten sie noch den Handwerker, wie Schmiedern und Sattlern, im Hause bei der Anfertigung ihrer Werkstücke helfen. Je mehr Gewerbe sich aber im Laufe der Jahrhunderte vom Hause lösten, um so mehr Frauen wurden arbeitslos und dem Väter in die Arme getrieben.

Mit dem Erstarken der Zünfte änderte sich auch die Gestaltung der Frauenarbeit. Zunächst möchte man wohl annehmen, daß die gesamte Organisation der Zünfte mit ihren rechtlichen, wirtschaftlichen und militärischen Verpflichtungen ein selbständiges Eingreifen der Frau grundsätzlich ausschaltete. Das ist aber nur teilweise zu. Der Handwerker ließ Frau und Kinder und das Gefinde in der Werkstatt mithelfen, und es gab auch weibliche Lehrlinge, ohne daß die Frauen zunächst als gleichberechtigt zur Ausübung eines Berufes zugelassen wurden. Da aber viele Töchter sich die Lehrzeit beim Vater zunutze machten, so handelte es sich um selbständig betriebene und dabei durch Unterweisung der Preise zu einer gefährlichen Konkurrenz wurden, so schloßen sich die Zünfte, auch gegenüber den Frauen einen Schutzwall auszuweisen. So wurde das Weib unheimlich. Es gab Zünfte, welche die Frauen grundsätzlich ausschloßen, daneben andere, die sie aufnahmen, ohne sie freilich zur Meisterschaft zuzulassen, und schließlich auch weibliche Zünfte, so in Köln schon im 12. Jahrhundert. Bei der Tätigkeit der Frauen in den einzelnen Gewerben ist die Entwicklung ihrer Beschäftigung in der Weberei und Schneiderei besonders interessant. Die Textilindustrie war merkwürdigerweise schon seit dem 12. Jahrhundert in Männerhand, während das Wolltönnen, Spinnen usw. das weite Mittelalter hindurch von den Frauen besorgt wurde, und war von abhängigen Lohnarbeiterinnen nach Art unserer Heim- und Fabrikarbeiterinnen. In der eigentlichen Weberei jedoch wurden wir auch selbständige Meisterinnen, so in Hamberg und Frankfurt a. M. Die Schleierweberei und Weberei sind ganz in den Händen von Frauen, ebenso im 14. und 15. Jahrhundert die Schnur- und Bortenweberei. Im eigentlichen Schneiderhandwerk entspannen sich zwischen Männern und Frauen über Jahrhunderte ausgeübte Kämpfe, bis schließlich im 11. und 15. Jahrhundert sich eine Arbeitsteilung ähnlich der heute geltenden durchsetzte.

Gegen Ende des Mittelalters sind die Frauen wieder in den verschiedensten Berufen vertreten. Die Feinbäckerin obliegt teilweise ihnen, ebenso der Kleinhandel mit Lebensmitteln, und schließlich findet man auch Frauen als Bademägde und Wäscherinnen, als Lohnschneiderinnen und Briefdruckerinnen. Das Angebot an weiblichen Arbeitskräften nahm für die Zünfte eine beachtliche Ausdehnung an, so daß die Zünfte seit dem 16. Jahrhundert wieder dazu übergingen, die Frauen hinauszudrängen, eine Entwicklung, die mit dem Ende des 17. Jahrhunderts ihren Höhepunkt fand. Seitdem war wieder das männliche Geschlecht Vorbedingung für den Beitritt zu einer Zunft, und nur einzelne zunftfreie Gewerbe standen auch noch den Frauen offen. Daneben mußten sich die Frauen nach andere Arbeitsgebiete erschließen. So werden häufig weibliche Berufe erwähnt; in Frankfurt wird ihre Zahl zu Ende des 15. Jahrhunderts allein auf 12 angegeben. Außerdem gab es Lehrinnen, Pförtnerinnen, Zornwäscherinnen, ja, sogar Geldwäscherinnen. Schließlich muß noch die Frauen in den Beginnenhäusern erwähnt werden. Rechtlich waren sie die von Bürgern der Stadt gestiftet wurden, um armen Frauen eine Zuflucht zu gewähren. Dort waren die Frauen ihre Tätigkeit aus und gingen schließlich auch in die Häuser zur Unterfertigung der Hausfrauen.

So schließt sich der Ring zur Gegenwart. Die Betrachtung der Frauenarbeit im Wandel der Zeiten ist für uns in vieler Hinsicht lehrreich, vor allem, weil sie zeigt, daß die Frau zu allen Zeiten um ihr Recht auf Arbeit und Brot hat kämpfen müssen.

stuterte, deren Angaben mit ganz besonderer Voricht nachgeprüft wurden. Nach den üblichen Organisationsmethoden steht an der Spitze ein das Geschäft finanzierender „Prinzipal“ (siehe „Frau Warrens Wemere“ von Shaw), meistens ein reich gewordenen früherer Zuhälter, in dessen Hand alle Fäden zusammenlaufen, sodann der Zuhälter, der die Mädchen ins Ausland verschleppt, und als dritte Person die „Madame“ (Vorbestwirtsin), die in der Regel die Frau oder Geliebte eines Prinzipals oder Zuhälters ist und als seine Wirtschaftlerin fungiert. Auch die beiden Männer üben ihr Gewerbe unter einem Decknamen (Hotelbesitzer, Warenwarenhändler oder dergl.) aus. Alle drei beschäftigen eine große Anzahl von Agenten beiderlei Geschlechts.

Als Beispiel für die Eintätigkeit des Gewerbes sei die Auskunft eines Prinzipals angeführt: „Als ich vor drei Jahren nach Buenos Aires kam, hatte ich eine schwere Zeit durchzumachen. Dann gelang es mir, ein Haus zu eröffnen, das meine Frau leitete, und in 14 Monaten verdiente ich 60 000 Pesos. Diese legte ich in verschiedenen Häusern an, und nun habe ich ein festes und gutes Einkommen, und meine Frau braucht sich nicht mehr mit der Bewirtschaftung des Bordells abzugeben.“ Der Prinzipal hat weitverzweigte Beziehungen in allen Ländern und führt eine ausgebreitete Korrespondenz in einer Geheimsprache, in der er die Bestellungen auf die Mädchen entgegennimmt. Eine Bordellwirtsin in Luns gab folgenden, als typisch zu verzeichnenden Bericht über ihre Geschäftsführung: „Das Mädchen muß im Voraus für Logis und Pension bezahlen, etwa

Die Mobilisierung der alten Jungfrau.

Ein Buch hat sich zur Zeit vorant in den Vordergrund des Interesses der indischen Öffentlichkeit gedrängt, das selbst in wichtige Fragen wie die Zusammenlegung der Verfassungskommission, die Uebersehungsmaßnahmen u. a. in den Hintergrund treten ließ. Bei einer so ungeheuren Wirkung eines literarischen Produkts wäre anzunehmen, daß es sich um das Werk eines bedeutenden Kopfes handelt, der den Vätern Indiens entscheidende Dinge zu sagen hat. Ganz das Gegenteil ist der Fall. Das Buch ist ein typisches Erzeugnis amerikanischer Zivilisations- und Aufklärungspropaganda. Es nennt sich „Mutter Indien“ und hat eine Frau Katherine Mayo zur Verfasserin, die nicht einmal in der literarischen Welt der Vereinigten Staaten einen Namen hat. Obwohl das Buch sehr scharfe Angriffe gegen das Sexualleben der Hindus, die Heirat von Kindern und das Verbot der Verheiratung von Witwen enthält, wäre es in Indien kaum beachtet worden, wenn es nicht von der englischen Zingopresse als Beweis für die moralische und soziale Unmündigkeit der Mehrheit des indischen Volkes ausgenutzt worden wäre. Der große Wert von „Mutter Indien“ für die englischen Gegner der indischen Freiheit besteht darin, daß es ihnen eine völlige Verhöhnung der zur Diskussion stehenden Fragen möglich macht. Sie legen mit Hilfe des dort zusammengetragenen Materials die ganze Wucht ihrer Argumentation auf die Feststellung, daß Indien wohl für die politische Selbstverwaltung reif sei, daß die Mehrheit der Bevölkerung jedoch stillos noch immer auf tiefer Stufe steht und daher der europäischen Führung und Erziehung auf moralischem Gebiet immer noch nicht entbehren kann.

So interessant es wäre, einem kritischen Vergleiche über die sittliche Höhe vom indischen Denken und amerikanischer Sonntagsgemoral anzustellen, so bleibt doch für den Augenblick die Betrachtung der politischen Hintergründe des Falls das Wichtigere.

Aus einer Anfrage, die die sowjetische Gruppe der indischen Gesetzgebenden Versammlung über die Haltung der anglo-indischen Regierung zu der für das Weib betriebenen halbpolitischen Propaganda eingebracht hat, werden allerhand pittoreske Details erhältlich. Danach entpuppt sich „Mutter Indien“ als ein Pamphlet, das mit der geistigen Unterfütterung der anglo-indischen Reaktionäre lediglich zum Zweck geschrieben worden ist, um Indien durch das Urteil eines nach außen hin objektiv schenenden Beobachters in den Augen der übrigen Welt zu diskreditieren. Bei den Vorstudien für ihr Werk hat sich die Verfasserin lediglich auf die Quellen gestützt, die ihr von den in den anglo-indischen Regierungskreisen sitzenden „Diehards“ (Nationalisten) geliefert worden sind.

Noch interessanter wird der Fall des Buches durch die Feststellung, daß Katherine Mayo ihren anglo-indischen Freunden einen ganz besonderen geistigen und literarischen Befähigungsnachweis erbracht hat. Sie hat nämlich ein Buch ähnlicher Tendenz über die Philippinen geschrieben, daß der Regierung der Vereinigten Staaten zur Zeit als Rechtfertigung für ihren vertragswidrigen Überstand gegen die Unabhängigkeitswünsche der Philippinos dient.

Der Zweck des für das Pamphlet eingesetzten Propagandaselbstzeuges ist angehts dieser Feststellungen nicht zu verkennen. Diese literarisch-politische Ginstlichkeit ist zur Beeinflussung der von Cant beherrschten öffentlichen Meinung der anglo-indischen Welt bestimmt. Dori wird sie ihren Zweck sicherlich nicht verfehlen. Glücklicherweise liegt aber das Buch der Auseinandersetzung zwischen Indien und England ganz wo anders. Die auf diesem Feld operierenden Kräfte sind bereits so verteilt, daß auch eine Mobilisierung der anglo-indischen alten Jungfern beiderlei Geschlechts kaum noch im Stande sein wird, viel am Gange der Ereignisse zu ändern.

Soziale Therapie.

Unter diesem Titel ist in Carl Heymanns Verlag in Berlin ein Buch erschienen, das uns einen Einblick in die Arbeit der Wohlfahrtspflege und der Fürsorgearbeit gewährt. Wir finden hier eine Anzahl Fälle aus den verschiedensten Gebieten der Fürsorge zusammengestellt, und zwar handelt es sich hierbei, wie die Herausgeberinnen, Dr. Alice Salomon und S. Bronsky in ihrer Einleitung sagen, um einen Versuch, „für den Unterricht in den Wohlfahrtslehren geeignete Unterlagen zu beschaffen, das konkrete Geschehen, wenigstens in seiner Spiegelung, in eine Form zu bringen, die es für die Besprechung und kritische Würdigung einer Klasse oder Arbeitsgemeinschaft brauchbar macht.“

Aber abgesehen von diesem nützlichen und notwendigen Versuche stellt dieses Buch noch etwas anderes dar als nur ein Lehrbuch. Es ist ein kurzer Film aus dem Leben des Proletariats; es ist eine Anklage gegen die Gesellschaft. In kurzen, nüchternen Berichten der Fürsorgestellen und Wohlfahrtsämter folgen wir dem Leidenswege proletarischer Familien, die — wie man so schön sagt — durch „höhere Gewalt“ in unerschuldetes Elend geraten sind. Und was ist hier in den meisten Fällen die „höhere Gewalt“? — die Wohnungsnot! Da wohnen fünf- und mehrköpfige Familien in einer einsperrigen Stube, in einer ungesunden Wohnung über dem Kuhstall, in einer feuchten Stube unter dem Dach. Zu dem wirtschaftlichen Tiefstande gesellt sich die Krankheit, die durch die Wohnungsnot gefördert wird, und zu der infektiösen Erkrankung eines Familienmitglieds gesellt sich die Übertragung der Krankheit auf die gesamte Familie, und zu dem Kampf um trockene Brot gesellt sich infolge der Wohnungsnot die Trunksucht, die die Familie vollends ruiniert.

Hier finden wir schwarz auf weiß verzeichnet: Stärker als die Arbeitslosigkeit und die Arbeitslosigkeit, härter als der gute Wille, gefährlichen Neigungen zu begegnen, sind die sozialen Mißstände eines Landes. Das Eingeständnis sozialen Mißstandes aber hat die Fürsorge- und Wohlfahrtsleistungen. Wenn sie auch mit liebevoller Hingabe organisiert werden, um das Unglück zu lindern, das oft plötzlich über eine Familie hereinbricht, um untertütend einem Schwerkranken den Lebenskampf zu erleichtern, wenn sich auch so manche Wohlfahrtsflegerin den Dant vieler Menschenkinder erworben haben wird, so sollen wir doch nicht vergessen: Soziale Therapie — soziale Heilmittel — liegt nicht in dem Einrichten und Ausbauen von Wohlfahrtsämtern oder dem Bestreben, einen möglichst automatisch gut funktionierenden Fürsorgeapparat zu schaffen — etwa den gedachten, den beherrschtesten Europas —, soziale Heilmittel ist vielmehr die Arbeit, um die sozialen Mißstände da anzugreifen, wo die Wurzel des Übels steckt: in Macht und Mißstand der herrschenden Klassen, auf Kosten der arbeitenden Klasse.

Nähren wir die Augen auf dieses Ziel, denn die Bemühungen mit allerhand Pflichten Wunden lindern zu wollen, werden die soziale Not nie abstellen können! Hilde Freyer.

Der gelehrte Bund für Frauenrecht kämpft derzeit sehr energisch gegen die außerordentlich schrecklichen Arbeitsbedingungen für Frauen und Kinder in den griechischen Teppichfabriken. Ebenso vertritt er eine Verbesserung der unheimlichen Kinder zu erzielen. Die neueste Bestimmungen vom Jahre 1920 ergreifen die für uns unfaßbare Vorkehrung, daß ein Vater keine Pflichten gegen ein uneheliches Kind hat, wenn er zur Zeit der Empfängnis mit einer anderen Frau als mit der Mutter des Kindes verheiratet war.

Gemossin!

Hier verschwendest Du Deine Jugend, Deine Gesundheit!



Turne, spiele, wandere in freier Natur • Werde Mitglied im Arbeiter-Turn- und -Sportbund

25 bis 30 Franken täglich. Daneben berechne ich natürlich noch Ausgaben für Licht, Heizung und Wäsche. Der Besucher bezahlt mir 5 bis 10 Franken für die Benutzung des Zimmers und das Geld für die Getränke. Das Mädchen nimmt vom Besucher so viel wie es bekommen kann. Ob sie das Geld behält oder ihrem Zuhälter abgibt geht mich nichts an. Das Mädchen muß 10 Franken wöchentlich für die ärztliche Untersuchung bezahlen. Sie hat einmal in der Woche frei, aber niemals am Sonnabend oder an Sonn- und Feiertagen.“ Der Zuhälter hat bis zu sechs Mädchen unter seinem Oberbefehl, die ihm, ohne Kenntnis der Landessprache und ohne jeden Anhalt, rettungslos preisgegeben sind.

Die Ausdehnung des Mädchenhandels läßt sich zahlenmäßig natürlich nicht genau ermitteln, muß aber, an der großen Zahl fremder Prostituierten gemessen sehr groß sein. In Buenos Aires wurden von 1921 bis 1924 jährlich 300 bis 400 Prostituierte neu eingeschrieben, darunter 75 Prozent Ausländerinnen. Unter Einrechnung der geheimen Prostituierten hatten sich dort nach niedrigster Schätzung 4500 ausländische Prostituierte auf. Ein ähnliches Bild ergibt sich in ganz Süd- und Mittelamerika und in Ägypten. Zu den Ausfuhrstaaten gehören in erster Linie die Staaten Osteuropas, zu den Einfuhrstaaten Süd- und Mittelamerika, Kleinasien und Nordafrika. Ein reger Austausch sorgt für ständig neuen Anreiz. Es gibt Bordelle, die ihre Insassen nie länger als 14 Tage behalten. Die Händler nehmen auf ihrer Reiseroute in der Regel einen Zirkulärs, benutzen Lokalfüge und kleinere Dampfer und laufen in unbewachten kleinen Häfen an.

Dieser Bericht der Völkerbundskommission bekräftigt eindringlich die von den Abolitionisten, das heißt von den Verkämpfern einer allgemeinen Abschaffung der Prostitution als anerkanntes Gewerbe, veritete Meinung, daß die Anerkennung als Gewerbe die Quelle des Mädchenhandels ist, da die staatlich konzessionierten Bordelle den Markt darstellen, der allein den Handel anregt und ermöglicht. In den Ländern, in denen die Reglementierung der Prostitution und die Bordelle abgeschafft worden sind, ist tatsächlich auch der Mädchenhandel verschwunden und findet nur noch im Durchgangsverkehr statt (Sokland). Die Rückständigkeit einiger Staaten gefährdet aber alle übrigen, denn durch den Durchgangsverkehr für die Länder mit Bordellen fallen trotz der Wachsamkeit der Behörden hier und da doch auch immer wieder Töchter der fortgeschrittenen Staaten den Mädchenhändlern zum Opfer.

22 Staaten sind jetzt dank den Bemühungen des Völkerbundes der internationalen Konvention beigetreten. „Aber“, so schließt der Bericht, „alle Schlußmaßnahmen werden vergeblich sein, so lange der moralische Tiefstand der Allgemeinheit die Nachfrage aufrecht erhält. Nur die Erziehung der Jugend beiderlei Geschlechts zu einem hohen sittlichen Standpunkte kann eine wirkliche Besserung herbeiführen.“ Wir möchten diesen Worten noch hinzufügen, daß Gewinnung und Behauptung eines hohen sittlichen Standpunktes sehr wesentlich von den sozialen und wirtschaftlichen Verhältnissen abhängen werden, vor allem von der Schaffung menschenwürdiger Wohngelegenheiten für die heranwachsende Generation und von der Einführung eines Arbeitstages und sonstiger Arbeitsbedingungen, die nicht bei den regeren temperamentvoller gearteten Mädchen Abenteuerlustigen Vorschub leisten.

Völkerbund und Mädchenhandel.

In fast allen europäischen Kulturländern bestehen seit einigen Jahrzehnten als freie Vereinigungen die sogenannten Völkerbundkomitees zur Bekämpfung des Mädchenhandels. In den Jahren 1902 und 1904 wurden in Paris internationale Konferenzen unter offizieller Beteiligung der Regierungen abgehalten, und im Anschluß an diese Kongresse kam es zu Vereinbarungen zwischen den einzelnen Ländern, nach denen jedes Land eine Zentralstelle zur Bekämpfung des Mädchenhandels errichten sollte, die mit den andern durch eigenen Telegraphencode in Verbindung steht. Gefandtschaften und Konsulate erhielten entsprechende Anweisungen; für Häfen und Grenzorte wurden besondere Überwachungsmaßnahmen angeordnet, und eine Konferenz der Stellenvormittler wurde zugesagt. Außerdem verpflichtete sich jedes Land zur Auslieferung der Mädchenhändler und zum unentgeltlichen Rücktransport der Opfer bis zur Grenze des Heimatlandes. Dreizehn Staaten traten dieser Konvention bei.

Der Weltkrieg hat diese wertvolle Kulturarbeit unterbrochen, und nach Friedensschluß fanden die Mädchenhändler in der allgemeinen Entwertung, Arbeits- und Ratlosigkeit ein ergiebigeres Tätigkeitsfeld für ihr schmutziges Gewerbe. Schließlich hat der Völkerbund die unterbrochene internationale Arbeit wieder aufgenommen und zunächst ein Komitee zum Studium der verschiedenen Fragen eingesetzt. Das Amerikanische Institut für Sozialhygiene stellte 25 000 Dollar zur Ermittlung von Art und Umfang des Mädchenhandels zur Verfügung. Der erste Teil des Ergebnisses dieser Ermittlungen, der zunächst einen allgemeinen Überblick geben will, ist vor kurzem erschienen. In 25 Ländern sind 6500 Personen befragt worden, darunter allerdings 6000 Pro-

Mord an einem Mühlenbesitzer.

Donnerstag früh wurde der Mühlenbesitzer Märker in Wilmersdorf (Kreis Westend-Storkow) abschießend von seiner Windmühle in einer Erdbewehrung mit durchschnitener Kefle aufgefunden. Die Feststellungen der Berliner Kriminalpolizei ergaben, daß Märker in der Nacht auf seiner Mühle noch tätig gewesen und irgendwie von der Arbeit weggejagt worden ist. Ob ein Raubmord vorliegt, steht noch nicht fest, ebensowenig, ob es sich um einen oder mehrere Täter, von denen jegliche Spur fehlt, handelt.

Bis jetzt konnte noch keine Spur der schlächtigen Täter zutage gefördert werden. Beim Absteigen des Intories fand man in der Nähe der Treppe, die zu der Windmühle hinaufführt, drei Patronenhülsen und einen Ladestreifen. In die Mühle ist in der letzten Zeit schon dreimal eingebrochen worden. Trotzdem hatte sich Märker nicht mit einer Waffe versehen. Vermutlich hatten es nun auch in der letzten Nacht zum Donnerstag wieder Einbrecher auf die Vorräte in der Mühle abgesehen. Wahrscheinlich wurde Märker durch ein Geräusch auf sie aufmerksam und ging hinaus. Als die Verbrecher ihn anschoßen, setzte er sich, wie Kampfsuren am Talort zeigen, zur Wehr. Jetzt griffen die Verbrecher zum Messer und töteten ihn. Das Nordmesser ist noch nicht gefunden. Wahrscheinlich haben die Mörder es mitgenommen. In der Ortschaft wurde der Verdacht auf Leute gelenkt, die in der Umgebung beschäftigt gewesen sind. Die Nordkommission und die Landjäger, die diesen Fingerzeigen nachgingen, haben aber bisher keinen Anhalt für einen bestimmten Verdacht gefunden. Es ist auch nicht ausgeschlossen, daß wieder Berliner Verbrecher ihre Hand im Spiel haben.

Riesiger Hotelbrand in Franzensbad.

Das Kurhotel Imperial, das größte und schönste Hotel von Franzensbad, steht in Flammen. Trotzdem alle Feuerwehren der ganzen Umgebung an Ort und Stelle sind, erscheint eine Bekämpfung des Brandes aussichtslos. Mit dem vollständigen Niederbrennen ist zu rechnen. Das Feuer brach im Dach aus und hatte nach einer Viertelstunde bereits den ganzen Dachstuhl und nach einer weiteren Viertelstunde das ganze zweite Stockwerk erfaßt. Obwohl das Hotel voll besetzt war, sind die Gäste außer Gefahr.

Das beschlagnahmte Titelblatt des Domela-Buches.

Wie bereits gemeldet, ist auf Antrag des Prinzen Wilhelm von Preußen durch das Amtsgericht Charlottenburg eine Verfügung ergangen, durch welche dem Malik-Verlag, in dem das Domela-Buch erschienen ist, verboten wird, das Bild des Prinzen Wilhelm auf der Innenseite des Deckels zu veröffentlichen. Die Rechtsvertreter des Verlages geben nunmehr bekannt, daß sie gegen diese Verfügung des Amtsgerichts Charlottenburg bei den zuständigen Stellen Beschwerde einlegen wollen. Diese wird damit begründet, daß der zuständige Richter bereits vor dem Hauptverhandlungstermin eine Beschlagnahme des Umschlages verfügt habe, ohne dem Malik-Verlag Gelegenheit zur Stellungnahme zu geben. Weiter wird von den Anwälten noch mitgeteilt, daß die Berliner Polizei nunmehr auch zu der Angelegenheit Stellung genommen und auf Grund des vorläufigen Beschlagnahmebefehles des Amtsrichters in Charlottenburg um eine Aufklärung über die Art seiner Durchführung ersucht habe.

Tod nach der Premiere.

Der junge Film-Regisseur Bruno Kahn, dessen Film „Kleinholzhände“ mit Asta Nielsen in der Hauptrolle am Dienstag in Berlin seine Uraufführung erlebte, erlitt infolge der Aufregung einen Nervenschlag, an dessen Folgen er in der Nacht zum Donnerstag gestorben ist. Kahn hatte vor einem Jahr mit seinem erfolgreichsten Film „Dienstagabend“, ebenfalls mit Asta Nielsen in der Hauptrolle, zum ersten Mal als Regisseur und erfolgreicher Regisseur von sich reden gemacht.

Eis Scharlachfieber in Brandenburg.

In den Kinderkrippen in Brandenburg a. S. sind in der letzten Zeit mehrfach Scharlachkrankungen vorgekommen. Um eine weitere Ausbreitung zu verhüten, ist vom Kreisrat im Einvernehmen mit der Polizeiverwaltung die Schließung sämtlicher brandenburger Kinderkrippen angeordnet worden. Zurzeit sind elf Kinder an Scharlach erkrankt. Es handelt sich aber nur um leichtere Fälle.

Artifiziell.

In Mägeln ließ sich ein Artillie in einem zwei Meter tiefen Loch begraben. Er wollte darin 15 Minuten verweilen. Bereits nach einigen Minuten sog er jedoch die Koileine. Obwohl er sofort ausgegraben wurde, war er schon bewußtlos und starb kurz nach seiner Einlieferung ins Krankenhaus.

Zuchthausstrafe wegen Lockbaldes.

Das Schöffengericht Essen verurteilte den 26-jährigen aus Polen stammenden Arbeiter Adolf Harlig aus Mülheim an der Ruhr, der am 11. April dieses Jahres seine Frau Luise Kutherbed auf offener Landstraße durch sieben Wechsellager führte, unter Verletzung mildernder Umstände zu acht Jahren Zuchthaus und fünf Jahren Ehrverlust.

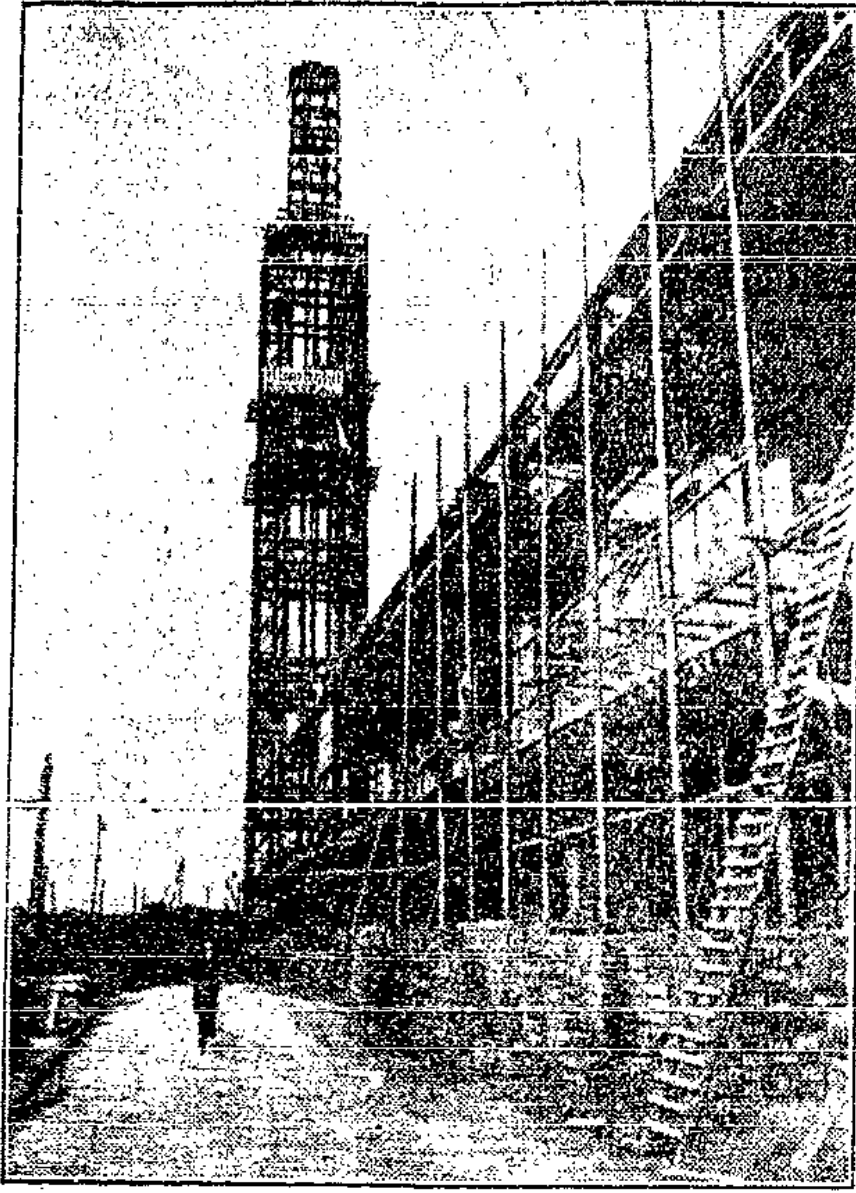
Die Kanalisierung der Ruhr vollendet.

Die Kanalisierung der Ruhr für Schiffe bis 2300 Tonnen von Bielefeld an der Ruhr bis zur Ruhrmündung unter Schaffung einer großen Schiene ist, nach einer Blättermeldung, vollendet.

Ausbau des Stettiner Hafens.

Der Ausbau des Stettiner Hafens gewinnt nunmehr sehr Formen. Nach dem Ministerium und Senat ist ihre Zustimmung zur Beteiligung des Staates an den Kosten gegeben haben — der Beschluß des Reichstages steht allerdings noch aus — werden großzügige Erweiterungen und Neubauten in die Wege geleitet werden. Für die Binnen-Schiffahrt ist ein Durchgang von der Oder zur Parnitz vorgesehen. Ein Durchgang von der Swante zum Reiterwerderhafen bringt eine Begrabung und zugleich ausreichende Tiefe der Fahrwasser für Seefahrtsschiffe, die dann mit acht Meter Tiefgang einlaufen können. Außerdem soll eine Vertiefung des gesamten Hafens auf acht Meter. Einem sehr wichtigen Wandel wird durch den Bau eines Getreidebeckens abgeholfen werden. Der Bau der Getreidebeckens im Stettiner Hafen wird von 120 Meter auf 270 Meter verlängert. Zusammen mit verschiedenen Erweiterungen bestehender Anlagen ergibt sich auf dem größten Teil einer Seelängelanlage von etwa fünfzehn Millionen Reichsmark, die zu zwei Dritteln der preussische Staat, den Rest die Stadt Stettin übernimmt.

Die kommende große Presseausstellung „Pressa“ in Köln.



Der 80 Meter hohe Aussichtsturm in Eisenkonstruktion, das Symbol der Ausstellung der „Pressa“ in Köln.

Die Grabungen in der Diebeshöhle bei Ufrungen.

Die von der Landesanstalt für Vorgeschichte zu Halle veranlaßten Grabungen in der Diebeshöhle bei Ufrungen (Kreis Sangerhausen), die von dem Privatdozenten an der Universität Münster, Dr. Andre, geleitet wurden, können vorläufig als abgeschlossen gelten. In der mittleren Höhle konnte, wie dem Amtlichen Preussischen Pressebüro mitgeteilt wird, eine gut erhaltene Brandstätte freigelegt werden, die, wie zu erwarten war, neben zahlreichen Holzkohlesteinen auch massenhaft angebranntes Korn und gebrannte Knochenreste enthielt. Nicht über und unter, selten in der Brandstätte, fanden sich außerordentlich häufig Topfscherben aus dem Beginn der Bronzezeit (zwischen 2000 und 1500 v. Chr.), und zwar solche vom Nühelicher Typ. Menschliche Skelette wurden ebenfalls in ziemlicher Menge angetroffen, besonders in dem braunen Lehm. Es handelt sich um 8 bis 10 Individuen, darunter 3 Kinder. Die Knochen lagen nicht mehr in ihrem ursprünglichen Zusammenhang, zum Teil fanden sie sich, öfters zwischen Gipsblöcken eingelassen, längs einer 2,50 Meter hohen Spalte. Die Funde von Gebrauchsgeschäften wie Töpfe, Gewandnadeln und Perlen aus Knochen, eines Steinbeils aus Diabas, einer Hammeraxt aus Hirzhorn usw. und die Funde von Korn und Tierknochen (Rind, Schwein, Ferkel, Reh) lassen mit Sicherheit darauf schließen, daß es sich hier nicht um Begräbnisstätten, sondern um den Wohnplatz einer kleinen Menschenhorde der frühesten Bronzezeit handelt. Und weiter kann aus der Lagerung der menschlichen Überreste geschlossen werden, daß diese Horde offenbar von einem großen Dedeneinsturz in der Höhle betroffen wurde und dabei zugrunde ging. Eine Grabung in der oberen Höhle zeigte ebenfalls eine geringmächtige, aber ganz typische Brandstätte, die jedoch nur Topfscherben und wenige Tierreste enthielt.

Opfer eines Raubüberfalls.

Donnerstag vormittag ist der 25-jährige Bankbeamte Werner Scheil seinen Verletzungen, die er bei einem Überfall erlitten hatte, in einem Krankenhaus in Halle erlegen. Scheil wurde in der Nacht zum Montag in der Nähe der Bahn bei Neumark (Kreis Querfurt) blutüberströmt mit schweren Kopf- und Fußverletzungen aufgefunden. Er konnte nur noch angeben, daß er von drei Männern überfallen worden war und verlor darauf das Bewußtsein, das er nicht wieder erlangt hat. Es ist anzunehmen, daß die Täter bei dem Ermordeten einen größeren Geldbetrag vernahmten.

Ein deutscher Dampfer in Cherbourg beschädigt.

Donnerstag nacht hat der Dampfer „Resolute“ von der Hamburg-Amerika-Linie bei der Ausfahrt nach Newyork, als er an den auf der Reiserückkehr befindlichen „Auroras“ und „München“ vom Norddeutschen Lloyd vorbeifahren wollte, aus noch nicht aufgeklärten Gründen die „München“ oberhalb des Wasserpiegels in vier Meter Länge beschädigt. Der Kapitän der „Resolute“ hat sich sofort an Bord der „München“ begeben und festgestellt, daß das Schiff nach prompter Ausbesserung des Schadens den Weg nach Newyork fortsetzen könne. Beide Schiffe sind gegenwärtig dorthin unterwegs.

Ein Deutscher in Cherbourg beschädigt.

Eine Delegation deutscher Metallgießer, die nach der Teilnahme an internationalen Versammlungen in Paris Freitag abend Paris mit dem D-Zuge Paris-Köln verlassen hatte und sich in einem reservierten Abteil zweiter Klasse befand, wurde kurz nachdem der Zug den Nordbahnhof Paris verlassen hatte, von außen her beschossen. Die Kugeln durchlöchernten die Fensterheben des Abteils, durch Splitter wurde ein Deutscher getroffen, ebenso ein Franzose.

Ein abler Streich.

Am Sonntag morgen hing am Depeschentisch einer Zeitung in Eichweiler die Nachricht, daß der D-Zug Paris-Berlin im Tunnel bei Ellendorf eingestürzt sei. Zwei Leute sind etwa fünfzig schwer und leicht Verletzte wurden angegeben. Die Nachricht war aus den Fingern gelassen worden, konnten die Verletzte dieses verheerenden Unfalls noch nicht festgestellt werden. Die Reichsbahndirektion Köln hat eine hohe Bezahlung an die Ermittlung der Täter ausgesetzt.

Ein Raubüberfall in Ostpreußen.

Ein Raubüberfall ist über dem Flugplatz Jkres aus 300 Metern Höhe abgemacht. Der Räuber, ein Kaitoje, kam ums Leben.

Zuchthaus für einen Bahnhofsvorsteher.

Das Memeler Schöffengericht verurteilte den früheren Vorsteher des Memeler Stadtbahnhofes, Rudolph, der in Gemeinschaft mit dem flüchtigen Rumänen Edelstein falsche Bescheinigungen über die Einlösung von Nachzahlungsbeträgen an fingierte Firmen Betrügereien in Höhe von 440 000 Mark begangen hatte, zu 2 1/2 Jahren Zuchthaus. Die Unterzuchungshaft von 3 Monaten wurde als verbüßt angerechnet.

Unterzahlungen in Angermünde.

Eine plötzliche Revision bei der Stadtparkasse in Angermünde hat schwere Verfehlungen des dort beschäftigten Kassierers Kundler aufgedeckt. Kundler hat sich schwere Unfundentfaltungen zuzuschulden kommen lassen, die ihm schwere Weise tausende von Mark eingebracht haben. Er und sein Gehilfe Schmidt wurden gestern verhaftet. Weiter deckte eine Revision beim hiesigen Landratsamt Verfehlungen des hier beschäftigten Sekretärs de Sambre auf. Auch hier sollen die Unterzahlungen bis in die Tausende gehen. Endlich stehen noch zwei Direktoren des hiesigen Katasteramtes unter der Anklage, Unterzahlungen im Amt begangen zu haben.

Ein „nationaler“ Betrüger.

Der Führer der Deutsch-Danziger Volkspartei, der Abgeordnete Dr. Blavier, wurde Mittwoch in der Berufungsinstanz wegen Betruges zu drei Monaten Gefängnis und wegen Beleidigung der Staatsanwaltschaft zu 1000 Gulden Geldstrafe verurteilt. Das Urteil der Berufungsinstanz lautet auf drei Monate Gefängnis und 2000 Gulden Geldstrafe. Das Gericht erblickt den Betrug in Kreditgeschäften, die der Abgeordnete, Regierungsrat Dr. Blavier mit Geschäftsleuten eingegangen hatte. Die Beleidigung der Staatsanwaltschaft wurde in dem in öffentlicher Versammlung von Dr. Blavier erhobenen Vorwurf der Rechtsbeugung durch die Staatsanwaltschaft gesehen.

Isadora Duncan tödlich verunglückt.

Die bekannte Tänzerin Isadora Duncan ist bei einem Autounfall in Nizza tödlich verunglückt. Ihr Schleier verfang sich in einem Rade des in höchster Geschwindigkeit befindlichen Wagens und sie fand, ehe man ihr Hilfe bringen konnte, durch Ersticken den Tod. Der Schleier hatte ihr den Hals eingeschnürt.

Die Tänzerin hat ein Alter von 55 Jahren erreicht. Sie einst gefeierte Künstlerin ist in ihrem Leben vom Unglück verfolgt gewesen. Im Jahre 1913 rannte ein Automobil, in dem sich ihre beiden Kinder, ein Töchterchen von fünf und ein Sohn von drei Jahren befanden, bei Paris in die Seine, wobei die beiden Kinder den Tod fanden. Die Mutter sah dem Unglück vom Hause aus zu. Im Juli 1914 wurde ihre Villa in einem Pariser Vorort von Feuer zerstört. Während und nach dem Krieg lebte Isadora Duncan in Rußland, wo sie sich mit dem um viele Jahre jüngeren Dichter Jesseni verheiratete. Die Ehe war allerdings nur von kurzem Bestand. Der Dichter verließ die Tänzerin fluchtartig in Paris, kehrte nach Rußland zurück und beging dort im letzten Jahre in Moskau Selbstmord. Auch die Tänzerin unternahm daraufhin im Januar einen Selbstmordversuch, indem sie sich an der Riviera ins Meer stürzte. Sie wurde jedoch gerettet.

Ausdeckung eines Komplotts in Pera.

Die Polizei deckte in Konstantinopel ein verbrecherisches Komplott auf, an dem drei Armenier und ein Türke beteiligt waren. Als diese in einem Hause in Pera festgenommen werden sollten, leisteten sie bewaffneten Widerstand. Ein Polizeibeamter wurde getötet und zwei verletzt. Ein Armenier wurde getötet und die drei anderen Verschwörer verletzt und gefangen genommen.

25 Todesopfer der Hitze von Chicago.

Die Hitzewelle in Chicago dauert bereits den vierten Tag an. 25 Todesfälle werden gemeldet. Die Schulen sind geschlossen. Die Kaufäden stehen leer. Der Wassermangel verursacht ernste Ungelegenheiten.

Die Weltflieger geben auf.

Die beiden amerikanischen Weltflieger Broa und Sait haben in Tokio beschlossen, von der weiteren Durchführung ihres Fluges Abstand zu nehmen. Die Flieger geben zu, hundert von Telegrammen aus der Heimat erhalten zu haben, in denen sie aufgefordert werden, ihr Leben durch den Versuch der Überquerung des Stillen Ozeans nicht leichtfertig aufs Spiel zu setzen. Eine andere Meldung will wissen, daß das japanische Marineministerium den Fliegern verboten habe, die zwischen Japan und den Hawaii-Inseln liegenden Bonin-Inseln anzufliegen. Hier wollten die Flieger eine Zwischenlandung auf dem Weiterflug über die Hawaii-Inseln nach San Francisco vornehmen. Die Bonin-Inseln sind in den letzten Jahren von Japan stark befestigt worden. Um den Fliegern keinen Einblick in die Befestigungsanlagen zu gewähren, sei das Verbot erlassen. Die Flieger haben auf ihrer Fahrt von der Ostküste Amerikas bis nach Japan 1235 Meilen zurückgelegt. Als die gefährlichste Etappe bezeichnen sie die letzte Strecke von Omura nach Tokio, die sie während der großen Unwetterkatastrophe zurücklegten.

38 Räuber gehängt.

Das Peronal eines Dienstaes abend in Guaymas in der State Sonora (Amerika) angekommenen Zuges berichten es habe 38 Reichname von Männern gezählt, die an Bahnhöfen und Telegraphenstangen an der Eisenbahnlinie im Staat Kapariti gehängt waren. Es wird angenommen, daß es sich bei den Gehängten um kürzlich gefangen genommene Räuber handelt.

Die Sturmkatastrophe in Japan.

Der von dem letzten Ausläufer der Springflut am Mittwoch in Yokohama angerichtete Schaden wird auf eine halbe Million Yen geschätzt. Der Zellen hatte eine Breitenausdehnung von 30 Meilen. Sein Weg war besetzt mit zerstörtem Material. Dreißig Personen wurden verletzt. Ein großer Kraftwagen wurde durch ein Dreirad Auto umgeworfen, die ihm anhaften wurden zum größten Teil zerstört. Güterwagen wurden weit fortgeschleudert. Telegraphenmasten wurden an dem Boden gerissen, Fenster zerstochen und Eisenkonstruktionen wie Streichhölzer geschnitten.